Die deutsch-holländische Linke

1919–1933

Beitrag zur Geschichte der revolutionären Bewegung



3,– Euro 5.– SFr.

Internationale Kommunistische Strömung

KONTAKTADRESSEN

Deutschland: Postfach 410308
D-50863 Köln
Schweiz: Postfach 2216
CH-8026 Zürich

Die IKS im Internet: www.internationalism.org
e-mail-adressen der jeweiligen Sektionen:
– deutsch@internationalism.org
– schweiz@internationalism.org

BROSCHÜREN

- Plattform der IKS
- Nation oder Klasse
- Gewerkschaften gegen die Arbeiterklasse
- Die Dekadenz des Kapitalismus
- Die Russische Revolution
- Fraktion oder Partei
- Die Italienische Linke
- Die Deutsch-Holländische Linke
- Faschismus und Antifaschismus
- Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Kommunismus
- Kommunismus (Artikelsammlung)

Einige Buchladen, in denen man die Presse der IKS findet

DEUTSCHLAND

Hamburg: Bula Nautilus, Friedensallee 7–9; **Bremen:** Bula am Ostertor, Fehrfeld 60; **Berlin:** Schwarze Risse Gneisen-austr. 2; Manteuffelstr. 96; **Hannover:** Internationalismus Bula, Engelbosteler Damm 10; **Bielefeld:** Bula Eulenspiegel, Hagenbruchstr.; **Dortmund:** Taranta, Humboldstr. 44; **Bochum:** Universitätsstr. 26; **Düsseldorf:** Bibabuze, Aachenerstr. 1; **Mönchengladbach:** Prolibri; **Köln:** Der andere Buchladen, Zülpicher Str. 19; **Bonn:** Breitestr. 76; **Aachen:** Pontstr. 39: **Frankfurt:** Karl-Marx-Bula, Jordanstr. 11; **Nürnberg**: Bücherkiste Dieckmann, Schlehengasse 6; Libresso, Bauerngasse 14; **Karlsruhe:** Andere Buchladen, Marienstr. 15; **München:** Basisbula, Adalbertstr. 41–43;

UNGARN

Budapest: Gondolkodó, Logodi utca 51, H 1012 Budapest

SCHWEIZ

Zürich: Buchhandlung am Helvetiaplatz, Stauffacher Str. 60; Buchhandlung Paranoia City, Bäckerstr. 9; Kasama, Militärstrasse 87a; Aufbau, Kanonengasse ; Rat und Tat, Röschibachstr. 69; **Basel:** Buchhandlung Waser, Rümlinsplatz 17; Platfon, Lindenbergstr. 23; **Bern:** Reithalle, Schützenmatte **Winterthur:** Atropa, Kirchplatz 2; Infoladen Rabia, Bachtelstr. 70; **St. Gallen:** Comedia, Katharinengasse 20; **Fribourg:** Lindwurm, 41, rue de Lausanne; **Genf:** Librairie du Boulevard, 34 rue de Carouge; **Lausanne:** Librairie BASTA, Petit-Rocher 4; **Lugano:** CSOA Molino, Viale Cassarate 8

ÖSTERREICH

Wien: Karl Winter OHG, Landesgerichtsstr. 20; Buchhandlung Hahngasse 15

INHALTSVERZEICHNIS:

2. Teil
DER HOLLÄNDISCHE LINKSKOMMUNIMSUS UND DIE REVOLUTION (1919-1927)

VON DER 3. INTERNATIONALE (KOMINTERN) BIS ZUR GRÜNDUNG DER KOMMUNISTISCHEN ARBEITERINTERNATIONALE

4. Kapitel
Die Holländische Linke in der 3. Internationale

1. Die Strömungen der Linke in der Internationale im Jahre 1919
2. Die deutsche Frage
3. Das Amsterdamer Büro (1919-1920)
4. Die holländische Minderheit und die KAPD
5. Der Wendepunkt des 2. Kongresses: Kinderkrankheit oder opportunistische Krankheit des Kommunismus?
6. "Die Kinderkrankheit des Kommunismus" Die Antwort der Holländischen Kommunistischen Linke auf Lenin
a) Der historische Kurs und die opportunistische Taktik
b) Die Rolle der kommunistischen Partei, "Massen und Führer"
c) "Die westeuropäische Revolution" und die Taktik des Proletariats
d) Die Gewerkschaftsfrage
e) Die Verwerfung des "revolutionären Parlamentarismus"
f) "Das Argument des Meridians"

5. Kapitel
GORTER, DIE KOMMUNISTISCHE LINKE UND DIE GRÜNDUNG DER KOMMUNISTISCHEN ARBEITERINTERNATIONALE

EIN GESCHEITERTES UNTERFANGEN (1921-27)

1. Der Rückfluss der Weltrevolution
a) Kronstadt 1921
b) Märzaktion Deutschland 1921
2. Der Ausschluss der Kommunistischen Linke
a) Die Linke der Holländischen Kommunistischen Partei
b) Der Ausschluss der Bulgarischen Linkskommunisten aus der Komintern
c) Der Ausschluss der Deutschen Kommunistischen Linken

3. Gorter, die KAPD und die Gründung der Kommunistischen Arbeiterinternationale
a) Die russische Frage: Staatskapitalismus, Partei und Internationale
b) Der Außerordentliche Kongress der KAPD (11. - 14. Sept. 1921) und die Frage der Bildung einer KAI.
c) Die Verwerfung der Wirtschaftskämpfe
4. Die Spaltung der KAPD und ihre internationalen Konsequenzen
a) Die Spaltung im März 1922
b) Gorter und die Essener Strömung
c) Der Zerfall der Essener Strömung
d) Das Entstehen einer Berliner Strömung in der KAP der Niederlande

3. Teil
VOM LINKSKOMMUNISMUS ZUM RÄTEKOMMUNISMUS

6. Kapitel
Die Entstehung der GIK (1927-1933)
1. Der Bruch mit der KAPD
a) Die Entwicklung der KAPD nach 1923
b) Die GIK, Pannekoek und die KAPD
2. Die GIK und die internationale Umgruppierung der Rätekommunisten (1929-32)
a) Die GIK und die deutsche rätekommunistische Bewegung: Die Gründung der KAU
b) Die internationale Umgruppierung der Rätekommunisten
c) Der Versuch der Umgruppierung der Rätekommunisten in den Niederlanden (1932-33)

3. Die Machtübernahme durch Hitler und ihre Folgen
a) Die GIK und die Lage in Deutschland
b) Der holländische Rätekommunismus und Van der Lubbe

BEITRAG ZU EINER GESCHICHTE DER REVOLUTIONÄREN BEWEGUNG

Wir veröffentlichen hier einen Auszug aus einem Buch mit dem Titel "Die Holländische Linke", das den Beitrag der "Holländische Linke" zur revolutionären Bewegung von ihrer Entstehung Anfang des Jahrhunderts bis 1950 aufarbeitet. Der hier veröffentlichte Teil behandelt die Entwicklung insbesondere der deutschen Linkskommunisten zwischen 1919 - 1933. Das Buch - zurzeit auf Englisch und Französisch erhältlich - kann bei der Kontaktadresse angefordert werden.

Die Holländische Kommunistische Linke stellte einen Hauptbestandteil der revolutionären Strömung dar, die in den 20er Jahren aus der niedergehenden Kommunistischen Internationale hervorgegangen war. Schon vor der von Trotzki angeführten Linksopposition und viel tief greifender noch schaffte es die Kommunistische Linke, die Gefahren des Opportunismus aufzuzeigen, von denen die Internationale und ihre Parteien bedroht waren, und die schließlich die Überhand gewannen. In diesem Kampf für die unnachgiebige Verteidigung der revolutionären Prinzipien stellte sich diese Strömung, die hauptsächlich aus der KAPD in Deutschland, der KAPN in den Niederlanden und der von Bordiga angeführten Linken der Italienischen Kommunistischen Partei bestand, der von der Komintern verfolgten Politik entgegen. Insbesondere der Politik der Beteiligung an den Wahlen und an der Gewerkschaftsarbeit, der Bildung von "Einheitsfronten" mit der Sozialdemokratie, der Unterstützung der nationalen Befreiungskämpfe. Um gegen die Positionen dieser Strömung Stellung zu beziehen, hatte Lenin seine Schrift "Der linke Radikalismus - als Kinderkrankheit des Kommunismus" verfasst, auf die Hermann Gorter, einer der Hauptführer der Holländischen Linke in seinem "Offenen Brief an den Genossen Lenin" antwortete. Wie die Italienische Linke war diese Strömung vor dem 1. Weltkrieg als ein Teil des gleichen Kampfes entstanden, den Rosa Luxemburg und Lenin gegen den Opportunismus und Reformismus führten, welche sich in den Parteien der II. Internationale ausbreiteten. Es war also kein Zufall, dass der gleiche Lenin (bevor er "zentristische" Positionen an der Spitze der Komintern bezog) sich in seiner Schrift "Staat und Revolution" (1917) auf die Analysen Anton Pannekoeks, den Haupttheoretiker der Holländischen Linken stützte. Die Kontinuität und die Erfahrung der Holländischen Linken beim Kampf für die Verteidigung der revolutionären Positionen ließen sie zur theoretischen Führungskraft der Deutschen Linken (KAPD und AAU) werden, und der in den 30er Jahren die GIK (Gruppe Internationalistischer Kommunisten) folgte, von denen Pannekoek und Canne-Meijer am bekanntesten waren. Nach dem Verschwinden der GIK im Jahre 1940 gab es für die "rätekom-

munistische Strömung" (oder auch "rätistisch" genannt - ein Name, den die Deutsch-Holländische Linke im Gegensatz zu "Parteikommunismus" oder "Staatskommunismus" angenommen hatte) einen vorübergehenden Aufschwung mit dem Spartacusbond, bevor sie schrittweise zu einer Variante des Anarchismus wurde und verschwand. Trotz der Schwächen, unter denen sie litt, insbesondere die Unterschätzung der Rolle der kommunistischen Organisationen, die schließlich zu ihrem Verschwinden führten, hat diese Strömung einen erstrangigen Beitrag zur revolutionären Bewegung während der schrecklichen Konterrevolution geliefert, die nach der revolutionären Welle von 1917-23 über die Arbeiterklasse hereinbrach. Nach dem 2.Weltkrieg wurde dieser Beitrag von der Gauche Communiste de France (GCF= Kommunistischen Linke Frankreichs), deren Positionen später der Internationalen Kommunistischen Strömung als Grundlage dienten, voll ausgewertet. Die GCF war aus der Italienischen Linken hervorgegangen, die ihrerseits geschafft hatte, dank ihrer richtigen Auffassung von der Rolle der kommunistischen Fraktionen in den Zeiten der Konterrevolution eine größere Klarheit zu gewinnen. Deshalb ist dieser Text eine unabdingbare Ergänzung zu unserem Buch "Die Kommunistische Linke Italiens", das wir schon veröffentlicht haben. Diese Texte sind unabdingbar für all diejenigen, die die wirkliche Geschichte der kommunistischen Bewegung kennenlernen wollen, anstatt ihrer Verfälschung zu verfallen, wie sie vom Stalinismus und Trotzkismus betrieben wurde.

2. TEIL
DER HOLLÄNDISCHE LINKSKOMMUNISMUS UND DIE REVOLUTION (1919-1927)
VON DER 3. INTERNATIONALE ZUR GRÜNDUNG DER KOMMUNISTISCHEN ARBEITERINTERNATIONALE

4. Kapitel
DIE HOLLÄNDISCHE LINKE IN DER 3. INTERNATIONALE

Im Januar 1919 wurde an verschiedene kommunistische Parteien, die gerade gegründet worden waren, und an revolutionäre Fraktionen oder Oppositionen ein Einladungsschreiben zu einem Kongress einer „neuen revolutionären Internationale“ verschickt. Ursprünglich ging es nicht darum, zu einem Kongress einzuladen, sondern zu einer einfachen „internationalen sozialistischen Konferenz“, um die Gründung der 3. Internationale vorzubereiten. Sie sollte vor dem 1. Februar entweder in Berlin oder in Holland geheim stattfinden (1). Aber die Niederschlagung des Januaraufstandes von Berlin zwang dazu, den ursprünglichen Plan zu ändern: die Konferenz sollte vom 2.- 6. März in Moskau tagen.

Die Kommunistische Partei Hollands erhielt auch die Einladung. Auf ihrem Gründungskongress im Nov. 1918 beschloss sie, eine Delegation zum Kongress der 3. Internationale zu schicken (2). Aber die Haltung der Führung der KPN war genau die gleiche, wie die, die sie während der 3 Konferenzen der Zimmerwalder Bewegung gehabt hatte. Obgleich er über alle Mittel verfügte, um nach Moskau fahren zu können, „schaffte“ Wijnkoop es nicht, sich dorthin auf den Weg zu machen. Tatsächlich handelte es sich um eine Weigerung seinerseits. Um diese Weigerung zu rechtfertigen, die noch immer hinter einem sektiererischen Satz versteckt wurde, veröffentlichte er die Artikel des bürgerlichen Journalisten Ransom (3), der behauptete, der Kongress der 3. Internationale sei eine „rein slawische Aktion“.

Schließlich wurde die KPN indirekt und nur mit beratender Stimme auf dem I. Kongress der neuen Internationale vertreten. Ihr Repräsentant, Rutgers, kam nicht direkt aus den Niederlanden. Er hatte 1914 das Land in Richtung USA verlassen, wo er sich der Amerikanischen Liga für sozialistische Propaganda angeschlossen hatte (4). Über Japan nach Moskau gelangt, vertrat er tatsächlich nur diese amerikanische Gruppe, ohne irgendein Mandat. Also wurde die Holländische Linke mittels des Vertreters aus den USA bekannt. Einer der Führer der amerikanischen Linkskommunisten, Fraina (1), sein Freund, war stark von Gorter und Pannekoek beeinflusst worden.

Die Kommunistische Partei Hollands trat schließlich der 3. Internationale im April 1919 bei. Rutgers wirkte bei der Exekutive mit.

1. DIE STRÖMUNGEN DER LINKEN IN DER 3. INTERNATIONALE IM JAHRE 1919

Die Linke in der 3. Internationale entwickelte sich im Laufe des Jahres 1919 unter dem Einfluss der deutschen Revolution. Diese stellte für alle Strömungen der Linke die Zukunft der proletarischen Bewegung im industrialisierten Westeuropa dar. Trotz der Niederlage im Januar 1919 in Berlin, als das Proletariat von der Sozialdemokratie mit Noske und Scheidemann an ihrer Spitze niedergeschlagen worden war, schien die Weltrevolution noch nie so greifbar wie damals. Räterepubliken waren auch in Ungarn und Bayern errichtet worden. Die Lage blieb auch noch in Österreich revolutionär. Große Massenstreiks erschütterten Großbritannien und standen auch in Italien unmittelbar bevor. Der amerikanische Kontinent selber wurde durch die revolutionäre Welle von Seattle bis Buenos Aires erschüttert (2) (*). Das Proletariat der höchst entwickelten Länder geriet in Bewegung. Die Frage der Taktik, die in den zentralen Ländern des Kapitalismus angewendet werden müsste, in denen die Revolution proletarischer sein würde als in Russland, musste notwendigerweise auf dem Hintergrund der Machtergreifung gestellt werden, denn die meisten Revolutionäre glaubten, dass diese in naher Zukunft bevorstünde.

Die revolutionäre Welle, d.h. die Erfahrung selber der Arbeiter, die mit dem Staat konfrontiert wurden, brachte eine Änderung der Taktik zum Ausdruck, die mit dem Ende des friedlichen Zeitalters des Wachstums des Kapitalismus eingesetzt hatte. Alle revolutionären Strömungen erkannten die Thesen des I. Kongresses der 3. Internationale als gültig an:
„Die jetzige Periode ist die Periode der Auflösung und des Zusammenbruchs des gesamten kapitalistischen Weltsystems, die den Zusammenbruch der europäischen Kultur überhaupt bedeuten wird, falls der Kapitalismus mit seinen unlösbaren Gegensätzen nicht vernichtet wird.
2. Die Aufgabe des Proletariats besteht jetzt darin, die Staatsmacht zu ergreifen. Das Ergreifen der Staatsmacht bedeutet die Vernichtung des Staatsapparates der Bourgeoisie und die Organisierung eines neuen, proletarischen Machtapparates“.
(Einladungsschreiben einiger kommunistischer Parteien zur Teilnahme an einem Internationalen Kommunistischen Kongress)
In der neuen Periode war es die Praxis der Arbeiter selber, die die alten parlamentarischen und gewerkschaftlichen Taktiken in Frage stellte. Das russische Proletariat hatte das Parlament nach seiner Machtübernahme aufgelöst, und in Deutschland hatte sich eine große Masse von Arbeitern im Dezember 1918 für den Boykott der Wahlen ausgesprochen. In Russland wie in Deutschland waren die Arbeiterräte als die einzige Form des revolutionären Kampfes in Erscheinung getreten, und sie stellten eine direkte Verwerfung der alten gewerkschaftlichen Strukturen dar. Aber der Klassenkampf in Deutschland hatte den Widerspruch zwischen Proletariat und Gewerkschaften aufgedeckt. Als die Gewerkschaften sich an der blutigen Niederschlagung im Januar 1919 beteiligten und politische Kampforganisationen auftauchten - die Unionen AAU -, hieß damals der Schlachtruf nicht „Wiedereroberung der alten Gewerkschaften, sondern ihre Zerstörung“.

Indem die Kommunistische Internationale das Programm sowohl der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) als auch der Bolschewistischen Partei als ihre Grundlage nahm, akzeptierte die Internationale in Wirklichkeit die antiparlamentarischen und gewerkschaftsfeindlichen Strömungen der Linken. Denn hatte der Kongress des Spartakusbundes nicht die Beteiligung an den Wahlen verworfen? Obgleich Rosa Luxemburg selber nicht mit der Mehrheit einverstanden war, verteidigte sie eine Linie gegen die Gewerkschaften: „*Die Gewerkschaften haben sich im Verlaufe des Krieges und in der Revolution bis zum heutigen Tage als eine Organisation des bürgerlichen Staates und der kapitalistischen Klassenherrschaft gezeigt. Deshalb ist es selbstverständlich, dass der Kampf um die Sozialisierung in Deutschland sich in erster Linie befassen muss mit der Liquidierung dieser Hindernisse, die die Gewerkschaften der Sozialisierung entgegenstellen“ (Rosa Luxemburg, Gründungsparteitag der KPD, Ges. Werke, Bd. 4, S. 486).*

In der Anfangsphase akzeptierte die Kommunistische Internationale in ihren Reihen syndikalistische revolutionäre Elemente, die sowohl den Parlamentarismus als auch die Beteiligung an den alten Gewerkschaften verwarfen. Aber diese Elemente verwarfen aus prinzipiellen Gründen auch die Notwendigkeit einer politischen Partei des Proletariats. Dies traf nicht zu auf die Elemente der Kommunistischen Linke, die übrigens meistens die syndikalistisch revolutionäre Bewegung verwarfen, und gegen deren Mitgliedschaft in der Internationale sie Stellung bezogen, weil es sich nicht um eine gewerkschaftliche, sondern um eine politische Organisation handelte (2).
Im Laufe des Jahres 1919 tauchte dann die linkskommunistische Strömung nicht mit einer gewerkschaftlichen, sondern einer politischen Grundlage in den entwickelten Ländern auf. Die Frage der Wahlbeteiligung wurde in einigen Ländern zur Schlüsselfrage für die Linken. Im März 1918 boykottierte die Kommunistische Partei Polens die Wahlen; d.h. die Partei, die selbst aus der SDKPIL um Rosa Luxemburg und Jogiches hervorgegangen war. In Italien wurde am 22. Dez. 1919 „Il Soviet“ in Neapel unter der Führung von Amadeo Bordiga veröffentlicht. Im Unterschied zu Gramsci und seiner syndikalistischen Strömung, die für die Beteiligung an den Wahlen eintrat, verteidigte die Strömung um Bordiga die Nichtbeteiligung an den Wahlen mit dem Ziel, die Reformisten aus der Italienischen Sozialistischen Partei heraus zu schmeißen, damit eine „rein kommunistische Partei“ gegründet werden könne (3). Die abstentionistische Kommunistische Fraktion der PSI wurde offiziell im Okt. 1919 gegründet. In GB sprach sich die Workers' Socialist Federation um Sylvia Pankhurst gegen den „revolutionären“ Parlamentarismus aus, um jede „Energieverschwendung“ zu vermeiden (4). In Belgien bezog die Gruppe „De Internationale“ aus Flandern und die Gruppe von War van Overstraeten (5) gegen die Wahlbeteiligung Position. Das Gleiche traf auf die eher peripheren Länder zu. Auf dem Kongress der Bulgarischen Kommunistischen Partei im Mai 1919 war eine starke Minderheit in Erscheinung getreten, die aus prinzipiellen Gründen die parlamentarische Arbeit verwarf (6).

Die Holländer dagegen blieben zögernd und gespalten. Sie waren weit davon entfernt, eine radikale Position zur Parlamentarismusfrage einzunehmen. Während die Mehrheit um Wijnkoop sich für die Beteiligung an den Wahlen aussprach, blieb die Minderheit unentschlossen. Gorter selber sprach sich für eine Form des revolutionären Parlamentarismus bis zum Sommer 1920 aus (1).

Pannekoek dagegen vertrat eine antiparlamentarische Position. Wie alle Linkskommunisten unterstrich er den Wechsel der historischen Periode und die Notwendigkeit, mit dem demokratischen Prinzip (2) zu brechen, das in den Arbeitermassen Westeuropas noch haften blieb. Für die Entwicklung des Klassenbewusstseins war es aus seiner Sicht notwendig, mit dem „demokratischen Parlamentarismus“ (3) zu brechen.

1919 vertrat niemand in der Kommunistischen Internationale die Meinung, dass die Verwerfung der Beteiligung an den bürgerlichen Parlamenten ein Grund für den Ausschluss der Linken aus der Komintern sei. In einer Antwort an Sylvia Pankhurst meinte Lenin (4), „*die Frage des Parlamentarismus ist aber jetzt eine einzelne, nebensächliche Frage... Das unzerreißbare Band mit der Masse der Arbeiter, das Verstehen, beständig unter ihnen zu agitieren, an jedem Streik teilzunehmen, auf jede Frage der Masse Antwort zu geben, das ist das wichtigste für die kommunistische Partei... Jene revolutionären Arbeiter, welche den Parlamentarismus zum Mittelpunkt ihrer Anfälle machen, sind prinzipiell völlig im Recht, inwiefern sich durch diese Anfälle die prinzipielle Verneinung des bürgerlichen Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie äußert“ (5) (Die Kommunistische Internationale, Nr. 4-5, S. 91-98 - Der Sozialismus in England -).*

Aber gegenüber dieser Frage stellte das Rundschreiben des Exekutivkomitees der Komintern vom 1.9.1919 einen Wendepunkt dar. Während die parlamentarischen Aktionen und die Wahlkampagnen noch als „Hilfsmittel“ dargestellt wurden, erschien die Eroberung des Parlamentes als eine Eroberung des Staates. Die Kommunistische Internationale kehrte wieder zu der sozialdemokratischen Auffassung vom Parlament als Zentrum des revolutionären Kampfes zurück: „... (die Militanten) *beteiligen sich am Parlament, um sich dieses Apparates zu bemächtigen, und um den Massen hinter den Mauern des Parlaments zu helfen, diese zu sprengen“ (Sinowjew, „Der Parlamentarismus und der Kampf um die Räte“) (6).*

Schlimmer noch: der Bruch der Linken und der Komintern vollzog sich um die Gewerkschaftsfrage. Sollte man in einer Zeit, in der die Arbeiterräte noch nicht aufgetaucht waren, noch in den Gewerkschaften arbeiten, die aber konterrevolutionär geworden waren, oder sollte man sie im Gegenteil nicht zerstören, um wirkliche Organisationen des revolutionären Kampfes aufzubauen? Die Linke war gespalten. Die Fraktion um Bordiga neigte zur Gründung von „wirklichen“ roten Gewerkschaften. Die Kommunistische Partei der USA um Fraina unterstützte die Arbeit mit den revolutionären Syndikalisten in der IWW. Sie verwarf jeden „Entrismus“ in reformistischen Gewerkschaften. Die Minderheit der KPN mit Gorter und Pannekoek an ihrer Spitze verwarf immer mehr eine Mitarbeit in den NAS, weil sie meinten, dass der Bruch mit der anarchosyndikalistischen Strömung unvermeidbar geworden war.

Der Ausschluss der Deutschen Linken aufgrund ihrer antiparlamentarischen und gewerkschaftsfeindlichen Position sollte zum Kristallisationspunkt der Opposition der internationalen Linken werden. Die holländische Minderheit trat an die theoretische Spitze des deutschen und internationalen Linkskommunismus.

2. DIE DEUTSCHE FRAGE

Mittels eines Manövers gelang es der Führung der KPD, die Mehrheit der Linken im September 1919 auszuschließen. Diese Mehrheit hatte seit dem Gründungskongress der KPD (31. Dez. 1918, 1. 1. 1919) die Linie vertreten: „Heraus aus den Gewerkschaften“. Militante Kommunisten vor allem in Bremen und Hamburg griffen die Büros der sozialdemokratischen Gewerkschaften um Legien an, nahmen deren Gelder mit und verteilten sie an arbeitslose Arbeiter. Als die ersten Unionen gebildet wurden, erhielten sie anfänglich Unterstützung von der Zentrale um Levi und Brandler. Auch sie unterstützten die Bildung von Unionen bei den Eisenbahnern und den Landarbeitern. Die Betriebsorganisationen, die aus Arbeitern und revolutionären Delegierten zusammengesetzt waren, schlossen sich zusammen, um Unionen zu bilden. Aber mit dem Niedergang der Revolution erschienen die Unionen als Organe des politischen Kampfes, die die Erbschaft der Fabrikräte übernommen hatten. Im Laufe des Jahres 1919 waren sie in den Hauptbereichen der Arbeiterklasse weit verbreitet: bei den

Bergleuten, auf den Werften, bei den Matrosen und im Metallbereich.

Vom Sommer 1919 an änderte die Zentrale um Levi und Brandler ihre Position von Grund auf, wobei politische Hintergedanken eine Rolle spielten. Sie wollten sich den Unabhängigen der USPD nähern, die die Opposition in den Gewerkschaften kontrollierten. Die Zentrale um Levi und Brandler griff die Linke als eine „gewerkschaftliche" Tendenz an. Aber tatsächlich stellte diese Tendenz nur eine Minderheit dar. Hauptsächlich gab es sie an der Wasserkante (Bremen und Hamburg um Laufenberg und Wolffheim, die von einer deutschen IWW träumten) und in Sachsen um Rühle. Diese beiden Tendenzen unterschätzten die Existenz einer politischen Partei des Proletariats, die sie auf einen Propagandakreis für die Unionen reduzierten. Aber auf die große Mehrheit, die später im April 1920 die KAPD bilden sollte, traf dies nicht zu. Sie verwarf den Anarchosyndikalismus und den unpolitischen revolutionären Syndikalismus. Aus ihrer Sicht waren die Unionen nur Kampforganisationen, die den Direktiven der Partei folgten. Deswegen waren sie keine „Syndikalisten", sondern gegenüber den Gewerkschaften feindlich eingestellt (1).

Während der nationalen Konferenz von Frankfurt im Aug. 1919 sprach sich Levi sowohl für eine Arbeit in den Gewerkschaften als auch für eine Beteiligung am Parlament aus. Auf dem Oktoberkongress (dem sog. Heidelberger Kongress) trug Levi eine Resolution vor, obgleich diese vorher nicht in den Sektionen der Partei vor dem Kongress diskutiert worden war, in der der Ausschluss der Elemente vorgeschlagen wurde, die sich nicht an der Arbeit in den Gewerkschaften und am Parlament beteiligen wollten. Alle Prinzipien der Arbeiterdemokratie in der Partei verwerfend (jeder Bereich verfügte über eine Stimme unabhängig von ihrer Größe) und die Entscheidung der Konferenz von Frankfurt über Bord werfend, wurde der Zentrale das Recht zugestanden, die Linke auszuschließen. Und diese wurde dann, obwohl sie in der KPD die Mehrheit darstellte, ausgeschlossen. Es ist wichtig zu betonen, dass die ausgeschlossene Opposition sich weigerte, Laufenberg, Wolffheim und Rühle zu unterstützen, die sofort eine neue Partei bilden wollten. Diese Haltung (2), bis zum Ende für die Wiedereroberung der Partei zu kämpfen, war ein Merkmal der kommunistischen Linke der damaligen Zeit, und sie stand in dieser Hinsicht der Fraktion um Bordiga sehr nahe.

Die holländische Linke solidarisierte sich mit der deutschen Linken. Pannekoek griff insbesondere Radek an, der in theoretischer Hinsicht Levi in dessen Kampf gegen die deutsche Linke unterstützte. Er griff die Annäherung zwischen der KPD und den Unabhängigen an, die aus seiner Sicht ein Abgleiten zum Opportunismus bedeutete (4). Diese Politik spiegelte eine kleinbürgerliche Vorgehensweise wider, eine „blanquistische" Auffassung von der Partei. Indem die unmarxistische Theorie vertreten wurde, dass eine „revolutionäre Minderheit die politische Macht ergreifen und sie in ihren Händen halten könnte", rechtfertigte Radek nur die Diktatur der Zentrale um Levi innerhalb der Partei. Seine Partei stand auch im Gegensatz zur Politik der Bolschewiki. Denn diese hatten im Okt. 1917 keine Diktatur der Partei, sondern der Räte gewollt:

„Das wirkliche russische Beispiel findet man in den Tagen vor Nov. 1917. Dort hatte die Kommunistische Partei nie erklärt oder geglaubt, sie solle die Macht ergreifen und ihre Diktatur sei die Diktatur der arbeitenden Massen. Sie erklärte immer, die Sowjets, die Vertreter der Massen, sollten die Macht ergreifen; sie selbst stellte das Programm auf, kämpfte dafür, und als schließlich die Mehrheit der Sowjets die Richtigkeit dieses Programms erkannte, nahm sie die Herrschaft in die Hände" („Der neue Blanquismus", A. Pannekoek, in „Organisation und Taktik der proletarischen Revolution" S. 120). (1)

Der Pannekoek des Jahres 1919 war noch nicht der rätekommunistische Pannekoek der 30er und 40er Jahre. Wie die kommunistische Linke seit den 20er Jahren trat er auch für die unersetzbare Rolle der Partei ein. Im Gegensatz zu den später von der bordigistischen Strömung erhobenen Vorwürfen haben Pannekoek und die holländische Linke nichts gemeinsam mit den Positionen Rühles, der parteifeindlich und spontaneistisch war, und eine Nachtrabpolitik gegenüber den Massen aufgrund eines demokratischen Formalismus betrieb:
„Wir sind keine Fanatiker der Demokratie, wir haben keinen abergläubischen Respekt vor Mehrheitsbeschlüssen und huldigen nicht dem Glauben, alles was sie (die Mehrheit) mache, sei gut und müsse geschehen" (ebenda, S. 120).

Die holländische Linke betonte immer die größeren Schwierigkeiten der Revolution in Westeuropa, deren Verlauf viel „langsamer und schwieriger sein würde". Die Rezepte Radeks, um die Ereignisse mit Hilfe einer Minderheitendiktatur in der Partei zu beschleunigen, führen nur zu einer Niederlage.

In den Ländern, in denen die alte bürgerliche Kultur noch vorherrschte, mit einem Geist des Individualismus und des Respekts gegenüber den ethischen Werten der Bourgeoisie, war die blanquistische Taktik unmöglich. Nicht nur verwarf sie die Rolle der Massen als revolutionäres Subjekt, sondern sie unterschätzte auch die Kraft des Feindes und die notwendige Arbeit der Propaganda zur Vorbereitung der Revolution. Nur die Entwicklung des Klassenbewusstseins als ein schwieriger Prozess ermöglicht den Sieg der Revolution. Aus dieser Sicht verwarf Pannekoek zum ersten Mal ausdrücklich die syndikalistische Taktik. Er unterstützte voll die deutsche Linke, die für die Bildung von Betriebsorganisationen eintrat (2). Viel weniger klar war dagegen die Position der Holländer zur Frage des revolutionären Parlamentarismus. Pannekoek hatte eine Reihe von Artikeln in „Der Kommunist" veröffentlicht, der als Organ der Opposition von Bremen erschien. Darin gab es allerdings eine Haltung des zentristischen Hin- und Herschwankens zwischen der Rechten und Linken. Während die Unmöglichkeit des Einsatzes des Parlamentarismus als „Methode" der proletarischen Revolution „im imperialistischen und revolutionären Zeitalter" aufgezeigt wurde, schien Pannekoek die Arbeit auf der Parlamentstribüne in den weniger entwickelten Ländern jedoch für möglich zuhalten. Dies hing ihm zufolge von der „Stärke, dem Entwicklungsgrad des Kapitalismus in jedem Lande ab". Diese Theorie der „besonderen Fälle" führte zur impliziten Verwerfung des Antiparlamentarismus als ein neues Prinzip der revolutionären Bewegung im Zeitalter des dekadenten Imperialismus - „Periode der Krise und des Chaos", und die weltweit in jedem Land gültig sei. Es ging also nicht mehr um eine Frage der Taktik, die man gemäß den Produktivkräften in einem Land zu bestimmen hatte. Obwohl diese Idee nur implizit entwickelt war, wurde sie im Nachhinein von der niedergehenden „bordigistischen" Strömung (4) fortgesetzt.

Die theoretische Auffassung der holländischen Linken entwickelte sich ziemlich langsam. Sie wurde bereichert durch die polemische Konfrontation und durch die Erfahrung mit der deutschen Revolution. Dabei lernte sie sowohl von der deutschen Linken, wie auch diese wiederum von der holländischen Linken. Es gab eine gegenseitige Beeinflussung der verschiedenen Linken auf internationaler Ebene. Das traf auch auf die italienische Linke zu. Die Kristallisierung der Position der kommunistischen Linken als ein Rahmen von politischen Positionen wurde durch die Schaffung des Amsterdamer Büros der Kommunistischen Internationale weitgehend begünstigt. Die Errichtung dieses Büros ist der Höhepunkt der internationalen Anerkennung der holländischen Linken in der revolutionären Weltbewegung.

3. DAS AMSTERDAMER BÜRO (1919-1920)

Im Jahre 1919 befand sich das Zentrum der 3. Internationale in einem Land, das in einen Bürgerkrieg gestürzt worden war und im

Würgegriff der weißen Armeen steckte. Diese damit verbundene Isolierung hatte das Exekutivkomitee dazu veranlasst, sich für die Errichtung von Büros der Internationale in Westeuropa zu entschließen. Diese Büros hatten zur Aufgabe, sowohl Propaganda zu betreiben, als auch die verschiedenen, von den jeweiligen Büros abhängigen Parteien zu organisieren. Die Exekutive der Komintern hatte Büros in Skandinavien, auf dem Balkan, im Süden Russlands und in Mitteleuropa in Wien geschaffen. Gleichzeitig wurde das „lateinamerikanische Büro" in Mexiko auf Betreiben Borodines gegründet. All diese schlecht koordinierten Organismen spiegelten eine noch vorhandene große Verwirrung der Zentralisierung der internationalen Arbeit wider. Aber für die Komintern gab es damals noch keinen Zweifel daran, dass in einer nahen Zukunft das Zentrum der Internationale nach Westeuropa verlegt werden müsste, weil sich dort die Revolution entwickeln würde. Diesem Zweck sollten die neu eingerichteten Büros dienen. Aber im Herbst 1919 schuf die Komintern gleichzeitig ein provisorisches Sekretariat mit Sitz in Deutschland und ein provisorisches Büro, das seinen Sitz in Holland hatte und mit diesem in ständigem Kontakt stand. Diese beiden Organisationen spiegelten die Existenz der Tendenzen innerhalb der Komintern wider. Das Sekretariat stand unter dem Einfluss der Rechten, Levis und Clara Zetkins, die zu den „Unabhängigen" neigten. Das Amsterdamer Büro dagegen sammelte die Linkskommunisten, die sich gegen einen Rechtskurs der KPD stellten.

Die Komintern ordnete den Holländern eine besondere Bedeutung zu, um innerhalb des Amsterdamer Büros die Propaganda zu betreiben, und die Verbindung zwischen den kommunistischen Parteien Westeuropas und Nordamerika aufzubauen. Die Holländer sollten diese Arbeit anführen. Mit der Entscheidung vom 28. Sept. 1919 berief das Exekutivkomitee Gorter, Pannekoek, Roland-Holst, - die alle dem linken Flügel der KPN angehörten - und Rugers, van Ravesteyn und Wijnkoop (die beiden letzten Vertreter des rechten Flügels) ins Büro. Rutgers traf Anfang November ein, um das „Unterbüro" (1) einzurichten und eine internationale kommunistische Konferenz zu organisieren. Trotz der Divergenzen mit den Holländern war das Vertrauen der Bolschewiki gegenüber ihnen groß, insbesondere gegenüber Pannekoek. Dieser wurde aufgefordert, nach Russland zu fahren, um der theoretischen Arbeit dort zu helfen und als Experte zu dienen (2). Pannekoek wollte dies jedoch nicht, um materiell von der russischen Regierung unabhängig zu bleiben.

Wijnkoop gelang es von Anfang an, mittels einer Reihe von Tricks Pannekoek und vor allem Gorter - den er als einen Psychopathen bezichtigte (3) - aus der Führung des Büros zu entfernen. Damit blieben, entgegen der Entscheidung der Komintern, nur Rutgers, Roland-Holst und Wijnkoop. Dabei versuchte allerdings Wijnkoop während der kurzen Existenz des Büros von sich ein radikales Bild zu geben als jemand, der auf dem linken Flügel der Komintern stünde. Er bezog Position gegen die Annäherung zwischen der KPD und der USPD, gegen den Eintritt der englischen KP in die Labour-Partei. Aber trotz dieses Radikalismus gelang es ihm durchzusetzen, dass bei Hauptfragen wie der Parlamentarismusfrage - er selbst war Abgeordneter - ein Mittelweg eingeschlagen wurde. In Wirklichkeit weigerte er sich, ausdrücklich Position für die kommunistische Linke zu beziehen. Den Kampf zwischen der deutschen Opposition und der Rechten um Levi bezeichnete er als „eine Auseinandersetzung zwischen Bonzen der Partei beider Richtungen". Aber der scheinbare Radikalismus Wijnkoops dauerte nicht lange, nur gerade bis zum 2. Kongress der Komintern, wo der Ausschluss der Unabhängigen und Cachins und Frossards beschlossen wurde (5). Schließlich wurde die Linke aus der KPN 1921 ausgeschlossen (siehe unten).

Zur Vorbereitung der internationalen Konferenz, die im Feb. 1920 stattfinden sollte, waren Thesen verfasst worden, an deren Erarbeitung sich Pannekoek und Roland-Holst beteiligt hatten. Diese wurden eingeleitet von einem Aufruf der Kommunisten, die sich in einer einzigen Partei zusammen schließen sollten, so wie es der Beschluss des Exekutivkomitees der Komintern gewesen war.

Aber diese Thesen entfernten sich mehr oder weniger von der Linie der Komintern. Die „Thesen über den Parlamentarismus" - wahrscheinlich von Rutgers verfasst - waren ein Kompromiss zwischen den Positionen der kommunistischen Linken und denen der Internationale. Sie hoben hervor, dass der „Parlamentarismus nie ein Organ des siegreichen Proletariats sein kann", was sich auf die Lehren der Oktoberrevolution stützte. Die Theorie des revolutionären Parlamentarismus wurde vehement verteidigt: „*... der parlamentarische Kampf in den schärfsten Formen des Protestes gegen imperialistische Gewalttaten, vor allem im Zusammenhang mit Aktionen außerhalb des Parlaments, (kann) ein kräftiges Mittel sein, die Massen zu wecken und ihren Widerstand wachzurufen" („Vorschläge aus Holland", Thesen über Parlamentarismus, These Nr. 3, in Kommunistische Internationale, Bd. 1, Nr. 4/5, S. 14).*

Aber diese Behauptung war mit gewissen Einschränkungen formuliert worden: Einerseits meinte man, dass die Parlamente „immer mehr zu einem Ort der Jahrmärkte werden, in denen die Massen nur missbraucht werden", was ein Beweis für die Überholtheit des „revolutionären Parlamentarismus" sei. Andererseits behauptete man, dass die Parlamentsbeteiligung nur eine Frage sei, die nur vor Ort und nicht weltweit entschieden werden könnte. Es „*..muss der Arbeiterklasse jedes Landes die Entscheidung darüber überlassen werden, ob, wann und in welcher Weise sie den Parlamentarismus in ihrem Kampfe benutzen will*" (ebenda, These Nr. 5, S. 14).

Diese Thesen waren nur ein Projekt; sie wurden geändert und wieder neu geschrieben, vermutlich von Pannekoek. Die Verwerfung des revolutionären Parlamentarismus erschien nun viel deutlicher, aber sie war gewissen Bedingungen unterworfen, wie dem Auftauchen von Arbeiterräten. „*Wenn das Parlament zum Sammelpunkt und Organ der Konterrevolution wird, und die Arbeiterklasse in den Sowjets die Organe ihrer Macht aufbaut, kann es sogar geboten sein, sich jeder Teilnahme an der parlamentarischen Tätigkeit zu enthalten" (ebenda, These Nr. 4, S. 14). (2)*

Hinsichtlich der Gewerkschaftsfrage stellten die Thesen auch einen Kompromiss dar. Man befürwortete, dass die revolutionären Arbeiter eine „revolutionäre Opposition innerhalb der Gewerkschaften" bilden, was der Position der Komintern entsprach, die davon träumte, die konterrevolutionären Gewerkschaften zu „revolutionieren", weil sich dort die großen Massen befänden. Andererseits meinte das Amsterdamer Büro, dass es möglich sei, „neue Organisationen zu schaffen". Dies sollten die Industriegewerkschaften und nicht die auf Berufskriterien beruhenden Gewerkschaften sein. Diese revolutionär gesinnten Gewerkschaften würden sich nach den IWW und den englischen Shopstewards ausrichten. Aber bei der Frage der Rolle der Gewerkschaften nach der Machtübernahme durch das Proletariat hob sich das Büro deutlich von der Komintern ab: im Unterschied zu den Russen, die in den Räten - wie Trotzki (3) - nur eine „Arbeiterparlament" sahen, verwarfen die Holländer heftig die Auffassung, dass die Gewerkschaften „die neue proletarische Gesellschaft aufbauen könnten". Diese Rolle müssten die Sowjets, die politischen Einheitsorgane der Arbeiterklasse ausüben.

Der Einfluss der deutschen Revolution aber auch der von Pankhurst und Fraina brachte das Büro dazu, viel klarer abgegrenzte Positionen zu beziehen, die theoretisch besser untermauert waren und der deutschen Opposition näher standen. Das Büro konnte zum Zentrum der Umgruppierung der ganzen internationalen kommunistischen Linke werden, die in Opposition zu der Orientierung der Komintern bei der Gewerkschafts- und Parlamentarismusfrage standen. Dies verdeutlichte die Arbeit der Internationalen Kommunistischen Konferenz, die vom 3. - 8. Febr.

1920 in Amsterdam stattfand. Die Konferenz ist sehr repräsentativ für die Kräfte des Linkskommunismus in den entwickelten Ländern. Von dieser Tendenz vertreten waren Fraina aus den USA, Sylvia Pankhurst aus GB, van Overstraaten aus Belgien, Gorter, Pannekoek und Roland-Holst aus Holland, Karl Stücke von der Bremer Linken (4). Die anderen Delegierten gehörten entweder dem Zentrum an, wie Wijnkoop, Rutgers oder Mannoury, oder zum rechten Flügel wie die Mitglieder der BSP, der linkssozialistischen Partei, Willis und Hodgson. Anwesend waren ebenfalls ein Indonesier und Maring-Sneevliet, Delegierter Indonesiens (5). Weil sie zu spät informiert worden waren, trafen erst nach der Konferenz die Delegierten der KPD Levi, Zetkin, Frölich, Posener und Münzenberg ein, sowie der Schweizer Herzog, Antiparlamentarist und der Sekretär des Lateinamerikanischen Büros, F. K. Puerto (1). Der Delegierte Finnlands und auch der aus Spanien trafen ebenfalls zu spät ein.

Aufgrund seiner Dauer, der Bandbreite der Diskussionen und der umfassenden Teilnahme von Delegierten aus verschiedenen Kontinenten glich diese Konferenz einem internationalen Kongress. Sie hatte einen eher repräsentativen Charakter als die vorherigen Konferenzen von Imola und Frankfurt (2). Es muss allerdings bemerkt werden, dass die Holländer weit davon entfernt waren, mit der illegalen Arbeit gut zurechtzukommen. Die ganze Konferenz stand unter Überwachung der niederländischen Polizei und von Spionen, die all das notierten, was gesagt und beschlossen wurde (3). Clara Zetkin wurde bei ihrer Ankunft in Amsterdam verhaftet und nur nach einer Intervention des rechten Sozialdemokraten Wibaut (4) wieder freigelassen, der 1917 durch seine Unterdrückung der Arbeiter berühmt geworden war. Eine Huldigung für die wenig extremistische Führung der KPD?

Die internationale Konferenz brachte die Positionen der kommunistischen Linke zu zwei Hauptfragen zum Ausdruck: Die Verwerfung der Gewerkschaftsarbeit und die Weigerung, Entrismus in den Organisationen zu betreiben, die der 2. Internationale angehörten, wie z.B. der Labour-Partei.

Die Thesen Frainas über die Gewerkschaften, die mehrheitlich angenommen wurden, gehen weiter als die oben erwähnten provisorischen Thesen. Sie verwerfen jede Arbeit in den „Berufsgewerkschaften“, die „endgültig in den Kapitalismus integriert sind“, und politisch als der Labour-Partei zugehörig angesehen werden, die „der Regierungsausdruck des Staatskapitalismus ist“. In den Thesen trat man für revolutionäre Industriegewerkschaften nach der Machtübernahme ein, wobei sie auf die gleiche Ebene gestellt wurden wie die Fabrikräte, und die Thesen verwerfen implizit den Apolitismus, die Politikfeindlichkeit der IWW. Aufgrund ihres Eintretens für Industrieunionen (5) stand die kommunistische Linke des Büros auf den ersten Blick der KAPD viel näher. Aber nur auf den ersten Blick, denn später verwarf die KAPD wie auch die Minderheit der kommunistischen Partei der Niederlande (KPN) die Gewerkschaftsform, d.h. sowohl die von Industriegewerkschaften als auch sog. revolutionäre Gewerkschaften.

Aber in dem Büro blieb eine Verwirrung bestehen über politische Parteien und revolutionäre Gewerkschaften. Trotz einer starken Opposition von Fraina und Pankhurst akzeptierte die Konferenz, dass ökonomische Organisationen im Stile der Shop-Stewards im Büro repräsentiert sein sollten. Diese Entscheidung entsprach übrigens der der Komintern bis zu ihrem 2. Kongress.

Die wichtigste Entscheidung der Konferenz betraf Großbritannien. In diesem Land gab es eine sehr starke Labour-Partei, die mit der 2. Internationale verbunden war, und linkssozialistische Parteien, BSP, ILP (1), die mit der USPD in Deutschland vergleichbar waren. Lenin und die Komintern wollten, dass diese kommunistischen Gruppen der Labour-Partei beitraten, um dort „die Massen zu gewinnen“. Dies stand im Widerspruch zu der Orientierung der Loslösung der Revolutionäre von der 2. Internationale, die man als tot angesehen hatte. Die Parteien, die dieser 2. Internationale noch angehörten, waren damals nicht als der rechte Flügel der Arbeiterbewegung, sondern als der linke Flügel der Bourgeoisie aufgefasst worden, und dort, wo die „Linke“ eine vorherrschende Stellung innehatte, als „zentristisch“ angesehen worden. Anfang des Jahres 1920 änderte die Komintern ihre Position, indem sie für die Bildung von Massenparteien eintrat. Entweder durch die Vereinigung von kommunistischen Gruppen mit den mehrheitlich zentristischen Strömungen wie den Unabhängigen in Deutschland, oder durch den Entrismus kleiner kommunistischen Gruppen in eine Partei der 2. Internationale wie in dem „besonderen Fall“ Großbritanniens. Aber eine Politik der „besonderen Fälle“ führt immer zu einer opportunistischen Politik.

Die auf der Konferenz angenommene Resolution war die von Fraina verfasste. Sie trat an die Stelle der Position Wijnkoops, die zu ungenau war und der Frage der Einheit der Kommunisten und der Spaltung ausgewichen war. Fraina betonte die Notwendigkeit, sich nicht nur von den Sozialpatrioten zu trennen, sondern auch von den Opportunisten, d.h. der Strömung, die zwischen der 2. und 3. Internationale hin- und herschwankte. Es handelte sich um die gleiche Position, die auch Bordiga (2) vertrat. Dass die Resolution zur Abspaltung im Hinblick auf die Bildung der kommunistischen Partei und gegen die *„angebliche Möglichkeit, dass die neue kommunistische Partei Englands sich mit der Labour-Partei verbinde“,* so hatte es Pankhurst formuliert (3), von den Delegierten der BSP und einem holländischen Delegierten verworfen wurde, ist symptomatisch. Als solche schien die Resolution eine akzeptable Entscheidung zu sein, weil sowohl gegen die Labour-Partei als auch gegen die USPD gerichtet.

Tatsächlich wurde das Amsterdamer Büro zum Zentrum der Linksopposition der 3. Internationale mit Entscheidungsbefugnis, da es forderte, dass das Berliner Sekretariat, das sich in den Händen der Rechten befand, sich auf den Bereich Mittel- und Osteuropas beschränke. Das amerikanische Unterbüro (4), für das die amerikanische KP mit Fraina ein Mandat erhalten hatte, konnte zu einem Propagandazentrum der Linken auf dem ganzen amerikanischen Kontinent werden. In Anbetracht dieser Gefahr und zum Zeitpunkt, als das Büro die Gründung der KAPD in Deutschland begrüßte, beschloss die Komintern die Auflösung des Büros am 4. Mai. 1920. Dies geschah durch eine einfache Funkbotschaft Moskaus. Von da an verlagerte sich das Zentrum der Opposition hin nach Deutschland, wodurch oppositionelle Bestrebungen durch die Führung um Wijnkoop und der Mehrheit der KPN nicht möglich waren.

4) DIE HOLLÄNDISCHE MINDERHEIT UND DIE KAPD

Die Minderheit der KPN begrüßte enthusiastisch die Bildung der KAPD, die offiziell am 4. und 5. April 1920 entstanden war (5). Die „Roode Vaan“ veröffentlichte die Übersetzung des Programms der KAPD. Sie wurde zum Sprachrohr der KAPD in der KPN gegen die Führung Wijnkoops, die sich darauf beschränkte, die Positionen der KPD gegen die Linksradikalen zu veröffentlichen (6). Von da an stellte die Minderheit, die von Luteraan und Korper (7) angeführt wurde, eine strukturierte Opposition in der Partei dar, die offen gewerkschaftsfeindliche - hauptsächlich gegen die NAS (8) gerichtet - und antiparlamentarische Positionen vertrat. Wijnkoop betrachtete zu Recht die Minderheit als eine niederländische Tendenz der KAP, die er nach dem 2. Kongress der Komintern (s.u.) mit allen Mitteln bekämpfte. Die Führung der deutschen Opposition befand sich jedoch in einer anderen Lage als die Holländer, die den Kampf innerhalb der Partei fortsetzen konnten. Im Gegensatz zur Auffassung Rühles, Wolffheims und Laufenbergs weigerte sie sich, die Bildung einer 2. Partei ins Auge zu fassen und als Mehrheit der alten Partei verlangte sie, dass die aus der Partei Ausgeschlossenen wieder in die KPD-Spartakus aufgenommen werden sollten. Aber der Kongress der KPD-S, der im Februar 1920 stattfand, schloss die Möglichkeit einer Wiederauf-

nahme aus. Die Bildung der KAPD wurde beschleunigt durch die Ereignisse des Kapp-Putsches. Die Partei Levis und Brandlers hatte erklärt, dass sie die sozialdemokratische Regierung nicht angreife und sie gar unterstützen werde: *„Die KPD sieht in der Bildung einer sozialistischen Regierung unter Ausschluss von bürgerlich-kapitalistischen Parteien einen erwünschten Zustand für die Selbstbetätigung der proletarischen Massen und ihr Heranreifen für die Ausübung der proletarischen Diktatur. Sie wird gegenüber der Regierung eine loyale Opposition treiben, solange diese Regierung die Garantien für die politische Betätigung der Arbeiterschaft gewährt, solange sie die bürgerliche Konterrevolution mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft und die soziale und organisatorische Kräftigung der Arbeiterschaft nicht hemmen wird" (Zentrale der KPD, Rote Fahne, 26.3.1920, zitiert in „Die KPD im eigenen Spiegel")(1)*

Die Sozialdemokratie setzte unter der Führung des Reichskommissar Severing, Mitglied der SPD, alle Mittel, die zu ihrer Verfügung standen, ein, darunter auch die Reichswehr. Ihr Ziel bestand darin, den Arbeiteraufstand an der Ruhr niederzuschlagen. Dieser „loyalen" Opposition gegenüber dem Henker des deutschen Proletariats fügte die KPD einige Zeit später ein nationalistisches Element hinzu: Die Politik der Ebert-Regierung wurde als ein „Verbrechen gegen die ganze Nation" bezeichnet (3). Das waren die ersten Anzeichen der Taktik „der Arbeiterregierung" und „Einheitsfront" mit der Sozialdemokratie, die 1923 praktiziert wurde, des „Nationalbolschewismus", der sie im gleichen Jahr dazu führte, mehr oder weniger mit Nazi-Elementen zusammenzuarbeiten (4). Um dieser opportunistischen Politik entgegenzutreten und als eine Partei der revolutionären Aktion zu wirken, wurde die KAPD gegründet. Diese begriff sich nicht als Opposition gegenüber der 3. Internationale. Im Gegenteil, sie betonte, dass der Spartakusbund (KPD) im Widerspruch zu der Linie der 3. Internationale stand. Die erste Handlung der KAPD, die einstimmig von dem Gründungskongress verabschiedet worden war, bestand darin, sofort die unmittelbare Zugehörigkeit zur 3. Internationale zu verkünden - und dies nicht erst zu fordern(5).

Dabei war das Programm der KAPD allerdings mehr durch die Thesen von Gorter und Pannekoek als durch die der Komintern geprägt. Anfänglich jedenfalls war die KAPD bei weitem nicht so homogen wie die Holländer. Vor der Gründung der KAPD bestand die Opposition aus vier Tendenzen.

- <u>Die Bremer Tendenz:</u> Sie hatte die ersten Unionen im Norden Deutschlands organisiert, sie war antiparlamentarisch und antigewerkschaftlich und hatte sich scharf vom Nationalbolschewismus der Hamburger abgegrenzt. Sie weigerte sich, der KAPD beizutreten. Der Preis, den sie für die Rückkehr in das Fahrwasser der KPD bezahlte, war die Auflösung der Union, die sie gegründet hatte, und die Beteiligung an den Wahlen.

<u>- Die nationalbolschewistische Tendenz:</u> diese Tendenz mit Wolffheim und Laufenberg an ihrer Spitze hielt die Mehrheit in Hamburg inne (7). Sie befürwortete den revolutionären Krieg gegen die „Entente" und stützte sich auf die Rote Armee. Als Theoretiker der Unionen propagierten Wolffheim und Laufenberg gleichzeitig nationalistische Auffassungen, die dem Marxismus fremd waren. Sie taten dies schon von 1919 an: *„Die Betriebsräte werden zum Element der nationalen Sammlung, der nationalen Organisationen, des nationalen Zusammenschlusses, weil sie das Grundelement, die Urzelle des Sozialismus sind"* (aus E. Schüddekopf, „Nationalbolschewismus in Deutschland", Frankfurt, 1972, S. 73).

Schlimmer noch war, dass die Hamburger Tendenz den Nationalismus und nicht den Internationalismus als eine Waffe auffasste: *„Die nationale Idee hat aufgehört, ein Machtinstrument in den Händen der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse zu sein, und wendet sich jetzt gegen sie. Die große Dialektik der Geschichte hat dazu geführt, dass die nationale Idee ein Machtinstrument des Proletariats gegen die Bourgeoisie ist" (2).*

<u>- Die parteifeindliche Tendenz der Unionen um Rühle und Pfempfert.</u>
Die Unionen, die 1920 über 80.000 Mitglieder verfügten, - diese Zahl stieg 1920 auf über 200.000 an - waren in die KAPD nicht aufgenommen worden, denn diese wollte eine strenge Trennung zwischen Partei und Fabrikorganisationen aufrechterhalten. Eine bestimmte „ouvrieristische" Minderheit, die unter den Arbeitern in Sachsen sehr stark verbreitet war, aber auch unter den Intellektuellen wie Rühle, meinte, dass die Revolution keine Parteifrage sei. Sie verwarf die Notwendigkeit der politischen Partei des Proletariats und stellte sich gegen jede Zentralisierung einer Organisation. Stattdessen sprach sie sich für den Föderalismus und gar für den Lokalismus aus. Aufgrund ihres auf die Fabriken bezogenen Standpunktes standen sie Gramsci näher als Gorter, der ein überzeugter Anhänger politischer Parteien war (3). Die politisch-literarische Zeitschrift *„Die Aktion" (4) wurde zu einem Sammelbecken all derjenigen, die mit der Zentralisierung innerhalb der KPD (S) und später innerhalb der KAPD unzufrieden waren. 1919 gab es kaum einen Unterschied zwischen der Unionen-Tendenz und der nationalbolschewistischen Tendenz. Einige Leute wie Rühle waren eine kurze Zeitlang auch zu Fürsprechern des Nationalkommunismus geworden. Der sehr „radikale" Rühle verwarf den Versailler Frieden, der von der USPD mit unterzeichnet worden war. Dabei stützte er sich auf fast die gleichen Argumente wie Laufenberg und Wolffheim. „Der USPD-Frieden ist Deutschlands Verderben. Ist das Ende der Revolution, die Erwürgung des Sozialismus. Ist der Untergang unserer Kultur und die Vernichtung unserer Zukunft. Die einzige Rettung ist beim Bolschewismus" (Die Aktion, Dresden 1919).*

<u>- Die Berliner Tendenz:</u>
Diese Tendenz war innerhalb der Opposition die größte und auch später in der KAPD. Sie war nicht auf Berlin beschränkt. Von Intellektuellen wie Schröder, Schwab und Reichenbach angeführt, die alle aus dem Milieu sozialistischer Studenten kamen (6) - und Arbeitern, die ausgezeichnete Organisatoren waren wie Emil Sachs, Adam Scharrer und Jan Appel (7), war sie streng zentralisiert. Aus ihrer Sicht waren die Unionen nur ein Ableger der Partei, und deswegen verwarfen sie jede Form des revolutionären Syndikalismus und mehr noch den anarchisierenden Föderalismus. In ihrer Theorie waren sie von Gorter mehr beeinflusst worden als von Pannekoek, weil dieser *sich der Dekadenztheorie Rosa Luxemburgs entgegenstellte.*

In Anbetracht des theoretischen Gewichtes der Holländer in der neuen Partei, die aus 3 widersprüchlichen Tendenzen zusammengesetzt war, war es entscheidend, dass diese die Taktik der KAPD mitorientierten. Dies tat Pannekoek in einem Brief vom 15. 7. 1920 an die Partei (8). Während er einerseits seine Solidarität mit der KAPD äußerte, und die bis dahin betriebene Agitation als „sowohl prinzipiell als auch formell richtig" erachtete, übte Pannekoek gleichzeitig gewisse Kritiken. Dies traf allerdings auf Gorter nicht zu, der in einem Telegramm die Prinzipien der KAPD kritiklos als „ausgezeichnet" darstellte und seine schriftliche Zusammenarbeit anbot (9). Aber Pannekoek hatte Recht und lag richtig mit seiner kritischeren Haltung. Er verwarf die Auffassung der Unionen, derzufolge die Betriebsorganisationen eine Minderheit von aufgeklärten Arbeitern zusammenfassen sollte, die zwar die „reaktionäre Rolle der Gewerkschaften" erkenne, aber eine kleine Gruppe inmitten der großen Massen bliebe, die noch immer zurückbleiben und sich noch immer an die alten Gewerkschaften hängen". Die Doppelorganisation - einerseits die Unionen, andererseits die KAPD - war überflüssig. Unionen und Partei würden schließlich die gleichen Leute organisieren. Pannekoek spürte, dass die Unionen Fabrikgruppen waren, deren Mitglieder hauptsächlich aus Funktionären der Partei zusammengesetzt waren, er-

weitert um dem Kreis von sympathisierenden Arbeitern, und dass es sich dabei nicht um „Arbeitergruppen" handelte, die sich im Kampf in Aktionsausschüssen organisierten. Dies war eine Erkenntnis, vor der sich auch die KAPD später nicht verschließen konnte. Und in der Zeit ihres Auseinanderbrechens (1) fassten sie die Unionen nur als Grundlagen der Aktionsausschüsse auf, analog einem Pyramidensystem.

Es war wichtig, nicht die Räte mit den Unionen, die Unionen nicht mit der Kommunistischen Partei zu verwechseln. Die Zukunft lag nicht in den Unionen, sondern bei den Räten, die die Mehrheit der Arbeiter zusammenfassten:
„1. als Grundlage der proletarischen Demokratie die Zusammenfassung aller in einem Betrieb Tätiger, die durch ihre Vertreter, Betriebsräte, die politische und gesellschaftliche Leitung in die Hand nehmen - die Sowjets in Russland (und diese betriebsweite Organisation der ganzen Arbeiterschaft wird doch zumeist Betriebsorganisation genannt); 2. als treibende bewusste Minorität, der infolge ihrer klaren Einsicht und revolutionären Willens die Führung zufällt in revolutionären Zeiten: die Kommunisten. Eine zweite Minderheitsgruppe, die doch auch fast nur aus Kommunisten besteht, wir aber, wie es mir scheint, dabei nicht brauchen" (Brief A. Pannekoek, aus Kommunistische Arbeiterzeitung, Nr. 112).

Dieser sehr große Scharfblick muss mit der Auffassung Gorters verglichen werden, der in vielerlei Hinsicht sehr fabrikbezogen dachte und gar eine „erzieherische" Auffassung hatte. *„Die Unionen vermitteln den bewussten Arbeitern die Idee der Räte, und die Kommunistische Partei 'bildet' die Arbeiter, die ein höheres Bewusstsein haben" (3).* Es stimmt, dass Pannekoek selbst hier dazu neigt, die Betriebsräte mit den Arbeiterräten auf eine Ebene zu stellen (Territorialräte in der Stadt und auf dem Lande fassen andere Kategorien zusammen als die Fabrikarbeiter, von denen sie nur ein Teil sind). Dies war ein sehr häufiger Fehler in der revolutionären Bewegung der damaligen Zeit, und man muss dies als einen Teil der damals vorhandenen Auffassung verstehen, derzufolge die Betriebsräte das Zentrum der revolutionären Schwerkraft der Räte sind.

Die andere Kritik Pannekoek befasste sich mit der Existenz einer nationalbolschewistischen Strömung in den Reihen der KAPD. Diese Strömung war eine schreckliche Abartigkeit innerhalb der Partei. Mit ihrem Antisemitismus stützte sie sich auf die schlimmsten Formen des Nationalismus. Pannekoek griff insbesondere die antisemitischen Haltungen an, die die Hamburger gegen Levi bezogen hatten: „Weil Levi ein Jude ist, spiele er die Karte des jüdischen Finanzkapitals". Während die KAPD eine richtige Kritik des Nationalbolschewismus betrieb, blieb sie jedoch Pannekoek zufolge noch viel zu zahm in dieser Kritik. Ihm zufolge müsste diese Strömung aus der Partei ausgeschlossen werden:
„Mir erscheint, ihre Kritik des Nationalbolschewismus nicht nur sehr richtig, sondern noch viel zu sanft. Sie unterschätzen das übel, das er anrichtet, da er prinzipiell die Grundgedanken des Kommunismus untergräbt, und sie werden m. E. nicht mit Laufenberg und Wolffheim zusammenbleiben können. Soll die KAPD zu einer führenden, richtunggebenden Macht werden, die den revolutionären Massen in Deutschland eine feste Klarheit gibt, dann ist ein klarer Standpunkt gerade in der nationalen Frage absolut notwendig; und diesen muss die Partei auf dem nächsten Kongress festlegen" (ebenda, Brief Pannekoeks in KAZ Nr. 112).

Bei dieser Frage gab es bei der KAPD keine Zweideutigkeit. Auf ihrem Berliner Kongress vom 1.-4.8. 1920 wurden alle Anhänger des Nationalbolschewismus ausgeschlossen (4). Dieser von Pannekoek gewünschte Abtrennungsprozess innerhalb der Partei wurde schließlich einige Monate später abgeschlossen durch den Austritt von föderalistischen, der Zentralisation gegenüber feindlich eingestellten Elementen, die dem revolutionären Syndikalismus näher standen als dem Marxismus, und vor allem die Mitgliedschaft in der Komintern ablehnten.

Pannekoek schloss seinen Brief mit der Frage der Zugehörigkeit zur 3. Internationale ab. Die deutsch-holländische Strömung - „unsere Strömung" -, schrieb er, muss einen gnadenlosen Kampf innerhalb der Internationale gegen den Opportunismus führen, falls dieser die internationale Taktik des Kommunismus bestimmen sollte. Wenn dies der Fall wäre, müssten die Holländer und Deutschen sich „als eine radikale Minderheit darauf vorbereiten, in der Opposition zu stehen".

5. DER WENDEPUNKT DES 2. KONGRESSES: KINDERKRANKHEIT ODER OPPORTUNISTISCHE KRANKHEIT DES KOMMUNISMUS?

Der 2. Kongress der Komintern fand inmitten des „revolutionären Krieges der Roten Armee" gegen Polen statt, von dem sich die Bolschewiki erhofften, dass er eine revolutionäre Wirkung auch in Deutschland und schließlich in ganz Westeuropa ausüben würde. Auf diesem Hintergrund war das Gewicht der russischen Bolschewiki in der Internationale gewaltig. Trotz der Anwesenheit von Genossen der Kommunistischen Linken wie Bordiga, Pankhurst usw. wurden die Thesen Lenins über die Taktik verabschiedet. Damit wurde praktisch das Programm der KPD vom Dezember 1918, das die Grundlage der Gründung der Komintern mit dem Programm der Russischen KP gewesen war, aufgegeben. Mit der Befürwortung der Arbeit in den Parlamenten und in den Gewerkschaften, durch die Aufforderung, die KPD solle sich mit der USPD zusammenschließen, und das Gleiche galt für die Kommunistische Partei Englands, die in die Labour-Partei eintreten sollte, verwarf die Komintern die Thesen der Linken, um die Position der Rechten einzunehmen. Es gab ein großes Risiko, dass Massenparteien entstehen würden, die gerade erst aus der 2. Internationale hervorgegangen waren, und kaum die opportunistische Mehrheit losgeschüttelt hatten. Die Komintern ließ sich durch die Frage der Anzahl der Mitglieder verblenden. Hatte Sinowjew in einer Antwort auf Wijnkoop, der jetzt eine „radikale" Sprache an den Tag legte, um seine „Entente-freundliche Politik während des Krieges wieder gut zumachen - nicht gesagt, dass „der Kongress den Delegierten der USPD, die 800.000 Mitglieder zählte, zuhören musste, und sich an diese Massen zu wenden hätte, anstatt die Ratschläge eines Wijnkoops zu hören, dessen Partei nach 15 Jahren Aktivität ungefähr 1.500 Mitglieder zählte" (1). Der Weg zur Gründung von großen Parteien war somit bereitet - wie im Dezember 1920 bei der Fusion zwischen dem linken Flügel der Unabhängigen mit der Partei Levis, als damals eine 400.000 Mitglieder starke Partei entstanden war, oder im Mai 1920 zur Zeit der Bildung der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei um Smeral, die 350.000 Mitglieder umfasste, damit eine sehr große Zahl der Arbeiter dieses Landes. Sie war eine ausgesprochen opportunistische Partei (2).

Es stimmt, dass die Komintern sich dieser Gefahr bewusst war. Sie erkannte, „dass sie von dem Einströmen von unentschlossenen und zögernden Gruppen bedroht war, die es noch nicht geschafft hatten, mit der Ideologie der 2. Internationalen zu brechen". In vielen kommunistischen Parteien waren noch „opportunistische und reformistische Elemente verblieben. Schon Ende 1919 war der Zusammenschluss zwischen Sozialisten und Kommunisten in Ungarn verheerend gewesen. Die 21 Aufnahmebedingungen zur Komintern (3) waren ausdrücklich gegen dieses Risiko des Einströmens verabschiedet worden. Aber obgleich sie gegen die rechten und zentristischen Elemente gerichtet sein sollten, trafen sie auch die linkskommunistischen Strömungen. In Punkt 9 wurde für die Kommunistischen Parteien verbindlich festgelegt, dass sie in den Gewerkschaften arbeiten sollten. In Punkt 11 wurde - ebenfalls wie in den Thesen Bukarins zum Parlamentarismus - implizit gefordert, dass die Kommunisten sich zu Abgeordneten wählen lassen sollten. Und in der 21. Bedingung, die von Bordiga verfasst

worden war, wurde festgelegt, dass bei Ablehnung der Punkte 9 und 11 sowohl die Rechten als auch die Linken ausgeschlossen werden müssten. Im Punkt 12 wurde eine „eiserne, fast militärische Disziplin“ gefordert. Diese war gegen die antizentralistischen Elemente gerichtet, und die als eine Bedrohung gegen die linken Flügeln der Kommunistischen Parteien aufgefasst werden mussten, die aber wiederum nichts mit dem Föderalismus im Stile Rühles zu tun hatten. Ein Jahr später verstand es Wijnkoop, der Mitglied der Kommission der Zulassungsbedingungen zum Kongress war, ausgezeichnet, die Linken der Kommunistischen Partei der Niederlande mit ihrer Hilfe auszuschließen.

Aber die Komintern wollte die Linke nicht ausschließen; sie meinte, dass die Gefahr von Rechts viel größer sei, und dass der „Linksradikalismus“ letzten Endes keine bösartige Krankheit sei. Lenin schrieb dazu:
„Natürlich ist der Fehler des linken Doktrinarismus im Kommunismus gegenwärtig tausendmal weniger gefährlich und weniger folgenschwer als der Fehler des rechten Doktrinarismus“ („Der 'linke Radikalismus', Kinderkrankheit im Kommunismus, Ausgew. Werke, Bd. 3, S. 470).

Die deutsch-holländische Strömung war auf dem 2. Kongress nicht abgelehnt worden. Die KAPD hatte 2 Delegierte geschickt, Jan Appel und Franz Jung, die vor dem Kongress ihren Standpunkt vertreten hatten, und sie hatten nach dem offenen Brief der Komintern an die KAPD versichert, dass aus den Reihen der Partei sowohl die nationalbolschewistische als auch die parteifeindliche Strömung um Rühle ausgeschlossen würde. Nachdem man aber von dieser Delegation von J. Appel und F. Jung keine Nachrichten erhalten hatte, hatte die KAPD eine 2. Delegation geschickt, die diesmal aus Rühle und Merges zusammengesetzt war. Das war das Schlimmste, was sie machen konnte.

Merges (2) und vor allem Rühle - von dem man nicht wusste, ob er Parteimitglied war oder nicht (3) - waren Repräsentanten der föderalistischen Minderheit, die die Partei, im allgemeinen alle kommunistischen Parteien auflösen und in ein System von Unionen überführen wollte. Jegliche internationale Zentralisierung ablehnend, verwarfen sie auch deshalb implizit die Existenz einer Internationale überhaupt. Nachdem er lange in Russland herumgereist war, war Rühle überzeugt, dass die Revolution im Niedergangsstadium steckte, und dass die „Diktatur der Bolschewistischen Partei der Nährboden für das Erscheinen einer neuen sowjetischen Bourgeoisie war“. Aber die Lage in Russland und die der Komintern waren zwei verschiedene Aspekte, denn die Komintern befand sich noch in ihrem Aufstieg und in ihnen gab es noch die linken Strömungen. Trotz dieser Tatsache verzichteten die beiden Delegierten ohne Absprache mit der KAPD auf ihre Teilnahme am Kongress, obwohl Lenin, Sinowjew, Radek und Bukarin, die ihnen eine beratende Stimme einräumen wollten, sie zur Teilnahme drängten. Ohne vorher die bedingungslose Annahme der Entscheidung des Kongresses und des Eintritts der KAPD in die KPD gefordert zu haben, gestand das Exekutivkomitee ihnen vor ihrer Abreise eine beschließende, und nicht mehr wie vorher eine ausschließlich beratende Stimme zu: *„Während wir uns schon in Petrograd auf dem Rückweg befanden, schickte uns die Exekutivkommission eine neue Einladung zum Kongress, mit der Erklärung, dass die KAPD auf diesem Kongress auch das Stimmrecht bekäme, obgleich sie keine der drakonischen Bedingungen des offenen Briefes an die KAPD erfüllt oder auch nur versprochen hätte, sie zu erfüllen“.*

Rühle und Merges lehnten dies ab. Auch die Möglichkeit, Kontakt mit anderen Linken aufzunehmen, unter ihnen Bordiga, der auf dem Kongress ebenfalls anwesend war, wurde auf unverantwortliche Weise verworfen. Dies führte zu einer Krise innerhalb der KAPD, die zum Ausschluss der Strömung um Rühle aus der Partei führte. Alle von der Komintern geforderten Bedingungen - abgesehen von dem Zusammenschluss mit der KPD, die sich selbst mit den Unabhängigen zusammengeschlossen hatte - waren verwirklicht worden. Die nationalbolschewistische und parteifeindliche Strömung war jeweils ausgeschlossen worden.

Mit Rückendeckung der Führung der KAPD in Berlin drängte Gorter mit allen Kräften zum Beitritt zur 3. Internationale. Es ging nicht darum, die 3. Internationale zu bekämpfen, sondern in ihren Reihen solange zu kämpfen, bis der Standpunkt der KAPD gesiegt hatte. Diese Einstellung unterschied sich kaum von der der Italienischen Linken, allerdings änderte sich das später (4). Aber die Auffassung, dass man nur eine „Opposition“ und keine internationale Fraktion innerhalb der Komintern bilden sollte, verhinderte es, dass eine internationale Plattform der Kommunistischen Linken entwickelt wurde, mit Hilfe derer man eine internationale Struktur hätte bilden können. Ausgehend von der Meinung, dass „die 3. Internationale einen großen Fortschritt gegenüber der 2. darstellte“, fuhren Gorter und Schröder und Rasch im November 1920 nach Moskau. Nach langen Diskussionen und in Anbetracht der Weigerung der KAPD, sich mit der KPD und den Linksunabhängigen zusammenzuschließen, erhielt die KAPD den Status sympathisierende Partei der 3. Internationale mit einer beratenden Stimme.

Diese Zugehörigkeit zur Komintern wurde von der Minderheit der KPN begrüßt. Sie stand damit im Gegensatz zu den Behauptungen von Wijnkoop (1), demzufolge „Leute wie Gorter, Pannekoek und Roland-Holst und andere sich selbst außerhalb der Reihen der Komintern stellten“. Wijnkoop ging es darum aufzuzeigen, dass die Führer der Holländischen Linken jetzt isoliert waren, selbst gegenüber der KAPD. Aus seiner Sicht würde die KAPD sehr schnell ihren „oppositionellen Charakter“ verlieren. Seine Hoffnung sollte jedoch bald enttäuscht werden.

6. „DIE KINDERKRANKHEIT DES KOMMUNISMUS“

DIE ANTWORT DER KOMMUNISTISCHEN LINKE HOLLANDS AUF LENIN

Als Appel und Jung in Moskau eintrafen, erhielten sie von Lenin persönlich das Manuskript des Textes „Linksradikalismus- Kinderkrankheit des Kommunismus“ ausgehändigt, der speziell für den 2. Kongress verfasst worden war. Die Antwort der Holländischen Linke, die der theoretische Mentor der KAPD war, ließ nicht auf sich warten. Gorter erhielt den Auftrag, Lenin zu antworten. Er tat dies in einer auf Deutsch, Holländisch und Englisch geschriebenen Broschüre. Gorter stützte sich weitgehend auf den Text von Pannekoek, der im Frühjahr 1920 unter dem Titel „Weltrevolution und kommunistische Taktik“ (2) veröffentlicht worden war. Die im Juli 1920 geschriebene Broschüre stand im Mittelpunkt der Argumentation gegen Trotzki während einer Sitzung des Exekutivkomitees im Nov. 1920 (3). Aber es gab keine wirkliche Erwiderung. Trotzki brachte immer wieder auch das im Folgenden benutzte Argument vor: „Wie zahlreich seid ihr, um eure Positionen zu verteidigen?“ Er behauptete, dass „Gorter nur im Namen einer kleinen Gruppe spricht, die nur über wenig Einfluss in der westlichen Arbeiterbewegung verfügt“. Er versuchte, Gorter lächerlich zu machen, indem er ihn nur als einen „sanften Poeten“ darstellte: „Gorter spricht von der Revolution als Dichter“. Anstatt einer politischen Antwort gab es Angriffe gegen die Person Gorters. Gorter hätte einen „hauptsächlich individualistischen und aristokratischen Standpunkt, Gorter sei vor allem ein Pessimist, er glaube nicht an die proletarische Revolution, Gorter habe Angst vor den Massen usw.“.

All diese Beschuldigungen hielten einer Überprüfung der Broschüre Gorters nicht stand. Denn die Broschüre Gorters war mit dem Text Pannekoeks die wesentlichste Kritik und auch die tiefstgreifende gegenüber der Taktik der Komintern im Jahre 1920.

a) DER HISTORISCHE KURS UND DIE OPPORTUNISTISCHE TAKTIK

In seiner Broschüre „Kinderkrankheit des Kommunismus" meinte Lenin, dass die Linken der revolutionären Ungeduld nachgeben, was eine „Wachstumskrankheit" sei. Während dies vielleicht auf die englische und deutsche Linke zutraf, war dies sicherlich nicht der Fall bei der italienischen und auch nicht bei der holländischen Linken (4). Pannekoek unterstrich, dass die Revolution in Westeuropa ein Prozess von langer Dauer sei (5). Lange bevor Lenin auf dem 2. Kongress behauptete, dass es „für die Bourgeoisie keine absolut ausweglose Lage" gäbe, meinte Pannekoek im August 1919, dass „der Zusammenbruch des Kapitalismus nicht die Unmöglichkeit eines Wiederaufbaus bedeute", „es ist *höchstwahrscheinlich, dass der Kapitalismus sich aus* dieser Krise noch einmal erheben kann" (K. Horner = Anton Pannekoek, „Der Zusammenbruch des Kapitalismus", „Kommunistische Internationale, Bd. 4/5, S. 91) (7). Die holländische Linke vertrat damit alles andere als immediatistische Auffassungen, die in der Komintern vorhanden waren, und für die der erfolgreiche Ausgang der Revolution schon so gut wie sicher war. Auch wenn Gorter weniger Zeit später von 1922 an (1) zum Anhänger der Todeskrisentheorie wurde, die von der „Essener Tendenz" der KAPD verteidigt wurde, war dies 1920 noch nicht der Fall gewesen.

In seiner Antwort auf Lenin zeigte Gorter, dass der historische Kurs zur Weltrevolution 1920 von den subjektiven Bedingungen eng abhängt: *„Aber die Beispiele von Deutschland, Ungarn, Bayern, Österreich, Polen, den Balkanländern beweisen, dass Krise und Not nicht genügen. Die fürchterlichste ökonomische Krise ist da - und doch kommt die Revolution nicht. Es muss noch eine andere Ursache sein, die die Revolution zustande bringt, und die, wenn sie nicht wirkt, sie ausbleiben oder fehlschlagen lässt. Diese Ursache ist der Geist der Massen" („Offener Brief an den Genossen Lenin", S. 224, in „Organisation und Taktik der proletarischen Revolution", ebenda).*

Dieser „Massengeist" wurde von Pannekoek, der nicht zögerte, die Formulierungen Gorters zu kritisieren, die aus seiner Sicht zu idealistisch waren, Klassenbewusstsein genannt. Die Avantgarde des Proletariats besäße dieses Bewusstsein, welche den revolutionären Kurs bestimmen und orientieren. Aber, betonte Gorter, „außer in Deutschland gibt es nirgendwo eine wirkliche Avantgarde". Die Revolutionäre in Westeuropa hinken hinterher. Sie sind in dieser Hinsicht auf der gleichen Stufe wie die Bolschewiki im Jahre 1903". Der Fehler der Russen und der Komintern bestand darin, dass sie dieses Hinterherhinken ausgleichen wollten, indem sie taktische Abkürzungen wählten, die zu einer opportunistischen Taktik führten, in der die Klarheit und der Prozess der organischen Entwicklung zugunsten eines schnellen zahlenmäßigen Anwachsens um jeden Preis geopfert wurde.

Die Wurzel des Opportunismus in der 3. Internationale lag in der Stagnation der Revolution und der Schwäche der kommunistischen Parteien. Es waren die Niederlagen von 1919 und 1920 in Deutschland gewesen, unterstrich Pannekoek, die die Spaltung in der kommunistischen Bewegung in 2 Tendenzen hervorgerufen haben, eine radikale Tendenz, die die neuen Prinzipien vertritt, und einen „klaren und deutlichen Bruch befürwortet", und eine opportunistische Tendenz, und die eher das hervorhebt, was vereinigt, als das, was uns trennt. Der Opportunismus ist umso gefährlicher, weil er allzu oft „frenetische" Erklärungen abgibt und zum Putschismus führen kann, indem er nur „auf eine einzige große Aktion setzt". Pannekoek zielte offensichtlich dabei gegen die Haltung von Wijnkoop, der „wortradikal" war und auch gegen die USPD, die im Jan. 1919 zum Aufstand gedrängt hatte. Solch eine Tendenz, die „sich nur am Unmittelbaren orientiert, ohne die Zukunft vor Augen zu haben", und „an der Oberfläche stehen bleibt, anstatt bis zur Wurzel vorzudrängen, leidet an der Krankheit des Immediatismus".

Damit kehrte die holländische Linke die Beschuldigungen Lenins hinsichtlich der Ungeduld der Linken um. Die schlimmste Krankheit des Kommunismus, die gegenwärtig von der Rechten verkörpert wird, ist der Immediatismus, dessen Gegenstück die Ungeduld ist, weil sie nur den „unmittelbaren Erfolg" sucht.

Es ist interessant festzustellen, dass Gorter und Pannekoek bei der Analyse der Ursachen des Immediatismus unterschiedliche Aspekte angeben. Aus Gorters Sicht gibt es keinen Zweifel daran, dass die russischen Bolschewiki 1920 zutiefst revolutionär waren. Sie täuschten sich zwar, als sie die Revolution in *Westeuropa allgemein beschleunigen wollten. „Sie wollten die Beteiligung von Millionen von Menschen sofort". Pannekoek dagegen unterstrich, dass die Bolschewiki eine konservative Rolle in der Internationale spielten, indem sie sich mit dem russischen Staat identifizierten und damit mit seiner Arbeiterbürokratie. Dieser Staat, gegenüber dem die Internationale sich aufs schärfste unabhängig verhalten müsse, suche einen Modus vivendi mit dem Westen, wobei das Risiko der Opferung der Interessen der Weltrevolution sehr groß sei. Diese Analyse war im Ansatz die, welche Jahre später von der Italienischen Linke entwickelt wurde.*

b) DIE ROLLE DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI - „MASSEN UND FÜHRER"

In seiner Broschüre beschuldigte Lenin die deutsche und holländische Linke nur eine Zirkelmentalität zu haben und die „Notwendigkeit und Disziplin der Partei zu verwerfen". Diese Beschuldigung war richtig hinsichtlich der Strömung um Rühle und die holländischen Rätekommunisten der 30er Jahre, aber sie traf keinesfalls auf den Gorter und Pannekoek der 20er Jahre zu.

Die Holländer betonten im Gegenteil die Rolle der Partei sowohl vor als auch während der Revolution. Aber die Partei ist kein Selbstzweck. Die Auffassungen Rosa Luxemburgs aufgreifend, behaupteten die holländischen Theoretiker, dass die Kommunisten an der Vorbereitung ihres eigenen Verschwindens in der kommunistischen Gesellschaft arbeiteten (1).

Die kommunistische Partei kann nur ein Ergebnis und eine Waffe der Revolution sein. Die Definition der Partei durch Bordiga als ein Programm und einen Willen zur Aktion findet man auch bei der holländischen Linken wieder.
„Eine Partei hat zur Aufgabe, von vorneherein klare Erkenntnisse zu verbreiten, damit innerhalb der Massen, die dies zu diesem Zeitpunkt erkennen können, deutlich wird, was man tun muss, und damit sie selber die Lage einschätzen können. Und während der Revolution muss die Partei ihr Programm, Parolen und Direktiven aufstellen, die die spontan handelnden Massen als richtig erkennen, weil sie darin in einer vollendeten Form ihre eigenen revolutionären Ziele sehen und damit besser die Lage verstehen.

Damit ist die Funktion der Partei keine ausschließlich programmatische, sondern auch die einer Propaganda und Agitation. Selbst wenn die Arbeitermassen spontan handeln, darf die Partei nicht dem Spontaneismus als eine Form der Nachttrabpolitik gegenüber den Aktionen der Massen verfallen. Die Partei darf sich nicht in der Masse auflösen, sondern muss deren Avantgarde mittels ihrer Parolen und Losungen darstellen. Die Partei „orientiert und führt" den Kampf. Diese Führungsrolle ist nicht die eines Generalstabschefs, wo die Partei die Klasse wie in einer Armee kommandieren würde. Die Partei kommandiert nicht, sondern führt die Revolution. Die Revolution kann nicht dekretiert werden. Sie ist „das Werk der Massen und wird spontan ausgelöst". Während bestimmte Aktionen der Partei der Ausgangspunkt der Revolution sein mögen, „obgleich dies nicht oft eintritt", ist der entscheidende Faktor die unterirdische Reifung des Klassenbewusstseins, die die spontanen Aktionen des Proletariats vorbereitet. Es gibt somit kein spontanes Ausbrechen der Revolution, sondern nur ein in Gang Setzen, das vorbereitet und bestimmt wird durch einen Prozess der Bewusstseinsentwicklung. Diese „zutiefst psychischen Faktoren, die im

Unbewussten der Massen stecken, rufen die augenscheinliche Spontaneität der revolutionären Aktivität hervor". Die Funktion der Partei besteht gerade darin, „immer so zu handeln und zu sprechen, dass das Bewusstsein der Arbeiterklasse geweckt und gestärkt wird" (von Gorter betont).

Diese Funktion der Partei bestimmt die Struktur und Funktionsweise der kommunistischen Organisation. Anstatt gewaltige Massen zusammenzufassen auf Kosten einer Verwässerung der Prinzipien und mit dem Risiko eines opportunistischen Geschwulstes, muss die Partei „ein Kern sein, der so widerstandsfähig wie Stahl aber auch so rein wie Kristall ist". Diese Idee einer „Kernpartei" beinhaltet eine strenge Auswahl der Militanten. Aber die holländische Linke machte aus der kleinen Zahl keine für ewig gültige Tugend. Das organische Wachstum der Partei sollte auf der Grundlage eines festen Kerns erfolgen und nicht schwammig sein.
„Wenn wir uns noch eine Zeitlang auf einen kleinen Kern beschränken müssen, dann geschieht dies nicht deshalb, weil wir dafür eine besondere Vorliebe hätten, sondern weil dies ein notwendiges Stadium ist, um stärker zu werden".

Gorter, bei dem sich ein Widerspruch in seiner Argumentation einschlich, ließ sich auf eine sehr ungeschickte Weise durch die Polemik mit dem Exekutivkomitee der Komintern mitreißen, die meinte*, bei der Kommunistischen Linke handelte es sich nur um Sekten: „Also eine Sekte?, sagt das Exekutivkomitee. Gewiss, eine Sekte, wenn Ihr mit diesem Namen den Kern einer die Welt erobernden Bewegung andeuten wollt" (ebenda, S. 220).*

Ebenso ungeschickt ist die Argumentation hinsichtlich der zentralisierten Funktionsweise der kommunistischen Partei. Ebenso wie die KAPD stellte Gorter die „Führerpartei" der „Massenpartei" gegenüber, eine Dialektik, die übrigens Pannekoek nicht akzeptierte. Es war deutlich, dass die ganze Linke durch die Spaltung vom Oktober 1919 in Heidelberg traumatisiert war, als die Minderheit, die sich auf eine nicht-repräsentative Führung der KPD stützte, mittels Manöver ihre Diktatur in der Partei ausübte und die Mehrheit ausgeschlossen hatte. Diese Führung von selbst erklärten Chefs wie Levi, Brandler, Clara Zetkin war dem Willen und der Orientierung der Massen der Arbeiter in den Reihen der Partei entgegengetreten. Die „Führerpartei" ist die Partei, die nicht die innere Demokratie der Partei entwickelt, sondern die Diktatur von Oben nach Unten ausübt, und sich dabei auf die Auffassung Lenins von einer Partei mit „eiserner Disziplin" stützt, d.h. solche Parteien, die „die Opposition unterdrücken". Die „Massenpartei" und nicht die Partei der Massen, die von der Linken verworfen wird, wird von „Unten nach Oben" aufgebaut, mit den revolutionären Arbeitern der Partei.

Gorter und mit ihm die ganze kommunistische Linke, mit Ausnahme der anarchisierenden Tendenzen - leugneten nicht die Notwendigkeit einer einheitlichen Funktionsweise der Partei, die notwendigerweise zentralisiert und diszipliniert sein muss. Gorter, der fälschlicherweise als der „Don Quichote" des Kampfes gegen die Chefs dargestellt wird, trat tatsächlich für eine wirkliche Zentralisierung und Disziplin der Partei ein*: „... wir suchen noch die richtigen Führer, die nicht über die Massen herrschen wollen, und die sie nicht verraten, und solange wir diese nicht haben, wollen wir alles von unten auf und durch die Diktatur der Massen selber.... Dasselbe gilt von der eisernen Disziplin und der strengsten Zentralisation. Wir wollen sie schon, aber erst nachdem wir die richtigen Führer haben" (ebenda S. 170).*

Dieser unklaren Formulierung zufolge wäre die KAPD zu dem Zeitpunkt ohne wirkliche Führer und ohne wirkliche Disziplin und Zentralisierung. Dies war jedoch nicht der Fall. Gorter schien das in die Zukunft zu verlagern, was eine unmittelbare Aufgabe war. Die Erklärung für diese Auffassung liegt sicherlich in der Enthauptung der KPD 1919, der die besten Führer (Rosa Luxemburg, Liebknecht, Levin und Jogiches) geraubt worden waren.

Auf eine sehr intuitive Art und Weise hatte Gorter eine Idee entwickelt, auf die sich die ganze kommunistische Linke, die italienische eingeschlossen, nach dem 2. Weltkrieg stützen sollte. In den revolutionären Parteien gab es nicht mehr wie in der 2. oder 3. Internationale „große Massen", die ein erdrückendes Gewicht in der Organisation haben. Das Wesen der revolutionären Organisation ist eher unpersönlich und mehr kollektiv. Bordiga formulierte dies mit folgenden Worten: „Die Revolution wird schrecklich und anonym sein" (1). Gorter wies auf diese Tatsache 1920 hin und unterstrich, dass dies in einem entwickelten Land wie Deutschland der Fall sein werde. *„Haben Sie nicht bemerkt, Genosse Lenin, dass es in Deutschland keine „großen" Führer gibt? Es sind alles ganz gewöhnliche Männer. Das deutet schon darauf hin, dass diese Revolution an erster Stelle das Werk der Massen, nicht der Führer sein soll" (ebenda, S. 176).*

Das Vorhandensein von „großen Männern" in einer Bewegung, der Persönlichkeitskult erscheint somit als ein Zeichen der Schwäche und nicht der Stärke. Es ist eher typisch für die unterentwickelten Länder, wo das Bewusstsein und die Reife des Proletariats schwächer sind, und damit die Notwendigkeit von Führern größer ist als in den industrialisierten Ländern. In diesen haben die geschichtlichen Kampftraditionen ein viel homogeneres Klassenbewusstsein entwickelt. Die Bedeutung der Führer nimmt in dem Masse ab, je höher das Bewusstsein der Arbeitermassen entwickelt ist.

c) DIE WESTEUROPÄISCHE REVOLUTION UND DIE TAKTIK DES PROLETARIATS

Die von der Holländischen Linken vertretene Hauptidee ist, dass die für Westeuropa befürwortete Taktik zu „russisch" sei und somit nicht angewendet werden könnte. Lenins Taktik könne das „*westeuropäische Proletariat ins Verderben und zu fürchterlichen Niederlagen führen*" (ebenda, S. 178).

Im Unterschied zur russischen Revolution, die sich auf Millionen armer Bauern gestützt hätte, werde die Revolution im Westen mehr von Arbeitern getragen werden. Das Proletariat in den fortgeschrittenen Ländern hat keine potentiellen Verbündeten, weder die Bauern noch die städtische Kleinbourgeoisie. Es kann nur auf seine eigene Zahl, sein Bewusstsein und seine eigene Organisation bauen. Das Proletariat steht allein da und muss gegen alle anderen Klassen der Gesellschaft kämpfen:
„Die Arbeiter in Westeuropa stehen ganz allein. Denn auch nur eine ganz dünne Schicht des niedrigen Mittelstandes wird ihnen helfen. Und diese ist ökonomisch unbedeutend. Die Arbeiter werden ganz allein die Revolution machen müssen. Das ist der große Unterschied zu Russland" (ebenda, S. 173).

Was auf gesellschaftlicher Ebene zutrifft, stimmt noch mehr auf politischer Ebene. Die politischen Kräfte, welche die verschiedenen Tendenzen und verschiedenen Interessen der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten widerspiegeln, vereinigen sich gegenüber dem Proletariat. Im Zeitalter des Imperialismus „verschwinden die Unterschiede zwischen liberal und kirchlich, konservativ und fortschrittlich, groß- und kleinbürgerlich".

Dies bestätigt sich im imperialistischen Krieg und noch mehr in der Revolution. All die Kräfte des politischen Apparates des Kapitals bilden einen Block gegen das revolutionäre Proletariat. Gegen die Einheit des Proletariats in der Revolution wird die Einheit all der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kräfte gerichtet. Sie spalten sich nicht, sondern treten vereint auf.
„Vereint gegen die Revolution, und damit gegen alle Arbeiter, denn nur die Revolution kann eine wirkliche Verbesserung für alle Arbeiter bringen. Alle Parteien überwinden ihre Spaltungen, um sich gegen die Revolution zusammenzuschließen".

Infolgedessen verwarf die kommunistische Linke jede taktische Möglichkeit, um eine Einheitsfront mit diesen Parteien aufzustellen, auch nicht, wenn es sich um eine „linke Einheitsfront" handelte. Sie verwarf die Idee einer „Arbeiterregierung", welche von der KPD (S) und Lenin befürwortet wurde. Die neue historische Periode, die der Kriege und Revolutionen, hat die „Unterschiede" und „Differenzen" zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien ausgelöscht. „Offensichtlich sind die Unterschiede zwischen Sozialdemokraten und Bürgerlichen während des Krieges und der Revolution fast auf nichts zusammengeschrumpft und nahezu verschwunden".

Jede „Arbeiterregierung", unterstrich Pannekoek, ist von ihrem Wesen her konterrevolutionär: „Sie versuchen mit allen Mitteln zu verhindern, dass diese Flanke im Kapitalismus nicht noch weiter aufbricht, und die Macht der Arbeiter sich nicht noch weiter entwickelt. Damit handeln diese Arbeiterregierungen konterrevolutionär".

Die Rolle des Proletariats besteht nicht nur darin, diese zu bekämpfen, sondern sie umzustürzen, um eine kommunistische Regierung zu errichten.

Man kann sehen, dass die Analyse der Linken über das Wesen der sozialdemokratischen Parteien noch von gewissen Zögerungen gekennzeichnet ist. Manchmal erscheint die Sozialdemokratie als der linke Flügel der Bourgeoisie, manchmal als „Arbeiterpartei". Bei Gorter erscheint die Taktik der holländischen Linken nicht sehr klar. Keine Unterstützung für die Sozialdemokratie, weder für den rechten noch den linken Flügel bei den Wahlen, sondern Aufruf *„zu gemeinsamen Aktionen, zum Streik, zum Boykott, zum Aufstand, zu Straßenkämpfen und vor allem zur Bildung von Arbeiterräten, zu Betriebsorganisationen*." Was faktisch auf eine „Einheitsfront an der Basis" und in der „Aktion" hinausläuft, die man mit diesen Organisationen durchführen könnte.

Der Wechsel der historischen Periode hat die Taktik des Proletariats in Westeuropa grundlegend verändert. Diese muss sich jetzt direkt auf die revolutionäre Machtübernahme hin entwickeln. Das bedeutet nicht, dass die proletarische Revolution im Westen einfacher sei als in einem unterentwickelten Land wie in Russland. Im Gegenteil, sie werde schwerer sein: Gegen die Kräfte eines noch „starken" Kapitalismus gerichtet, „werden die Anforderungen an die Massen viel größer sein als in Russland". Diese objektiven Faktoren (Wirtschaftskraft des Kapitals, Einheit der Klassen gegen das Proletariat) üben jedoch nicht solch ein großes Gewicht aus in Anbetracht der Rückständigkeit der subjektiven Bedingungen der Revolution. Die holländische wie übrigens auch die italienische Linke unterstrichen das enorme Gewicht der „Illusionen über die Demokratie im Proletariat". Das „demokratische Erbe" ist ein Hauptfaktor der Passivität und Bewegungslosigkeit innerhalb des Proletariats. Dies ist der Hauptunterschied gegenüber der russischen Revolution. Pannekoek brachte es mit den folgenden Begriffen zum Ausdruck: *„In diesen Ländern hat die bürgerliche Produktionsweise und die ganze damit verbundene Kultur zutiefst das Denken und Fühlen der Massen beeinflusst"*.

Die Denkweise des Proletariats wird durch diese „Kultur" verfälscht, deren typischsten Merkmale der Individualismus, das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer nationalen Gemeinschaft sind, die Ehrfurcht vor abstrakten Begriffen wie der „Demokratie". Die Macht der alten, überholten Auffassungen der Sozialdemokratie, der blinde Glaube des Proletariats an die Führer, die jahrzehntelang den Kampf personifiziert hatten, und auch die revolutionären Ziele, wodurch ein Mangel an Selbstvertrauen zum Ausdruck kam, und schließlich das materielle und moralische Gewicht der alten Organisationsformen, „die gigantische, von den Massen selber geschaffene Apparate waren", sind allemal negative Faktoren, welche das „Gewicht der bürgerlichen Tradition verstärken".

Deshalb war die grundlegende Frage in den höchstentwickelten Ländern Westeuropas die des Bruches mit der bürgerlichen Ideologie, wo ein geistiger Trennungsstrich vollzogen werden musste. Diese bürgerliche Ideologie trat auf als Kultur" und war ein Element „der Infektion und Lähmung der Massen". Der Widerspruch zwischen der Unreife des Proletariats, das zu stark daran gewöhnt war, mit den Begriffen der Ideologie und der Reife der objektiven Bedingungen (Zusammenbruch des Kapitalismus) umzugehen, „kann nur gelöst werden durch den Prozess der revolutionären Entwicklung", durch „die direkte Erfahrung des Kampfes".

Die vom Proletariat in der revolutionären Periode verfolgte Taktik muss sich notwendigerweise an die vom Kapitalismus erreichten „Entwicklungsstufen" anpassen. Die Methoden und Formen des Kampfes ändern sich je nach „den Phasen" der kapitalistischen Entwicklung. Das Proletariat muss „somit die Tradition der vorhergehenden Phasen überwinden, an erster Stelle die gewerkschaftliche und parlamentarische Tradition".

d) DIE GEWERKSCHAFTSFRAGE

Im Unterschied zu den Anarchisten verwarfen Gorter und Pannekoek die parlamentarische und gewerkschaftliche Taktik nicht für alle Zeiten. Aus ihrer Sicht waren diese seit 1914 „keine Waffen mehr für die Revolution". Parlamente und Gewerkschaften spiegelten die „Macht der Führer" über die Massen wider. Dabei handelte es sich jedoch um eine etwas „idealistische" Formulierung, die der grundlegenden Frage auswich: ist die interne Funktionsweise - mit Führern - oder die Struktur selber der Gewerkschaften heute noch dem revolutionären Kampf angepasst? Diese Begriffsverwirrung wurde von Lenin hart kritisiert.

In dem Text „Die Kinderkrankheit des Kommunismus" behauptete Lenin, dass man mit allen Mitteln in die Gewerkschaften eindringen müsse, um sie zu erobern, selbst mit den Mitteln, die am wenigsten gutgeheißen werden können. Er stellte die Gewerkschaften auf die gleiche Ebene, wie die Bewegung der Zubatov (1) im Jahre 1905, denen sich die russischen Arbeiter angeschlossen hatten:
"Man muss all dem widerstehen können, muss zu jedwedem Opfer entschlossen sein und sogar - wenn es sein muss - alle möglichen Schliche, Listen und illegalen Methoden anwenden, die Wahrheit verschweigen und verheimlichen, nur um in die Gewerkschaften hineinzukommen, in ihnen zu bleiben, und in ihnen um jeden Preis kommunistische Arbeit zu leisten" ("Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus, Ausgew. Werke, Band 3, S. 425)

Die Antwort der holländischen Linken war weder moralisch noch moralisierend, sondern historisch argumentierend. Die Situation von 1920 sei nicht mehr die gleiche wie die von 1905. Die Gewerkschaften in Deutschland, das für Westeuropa repräsentativste Land, sind auf die Seite der Bourgeoisie übergewechselt. Und das Einzige, was sie noch mit Arbeitern zu tun haben, ist dass sie deren Blut an ihren Händen kleben haben. Sie sind nicht nur „schlechte Führer", sondern es war auch die „Basis" der Gewerkschaften selber, die sich an der Niederschlagung der Revolution beteiligte (2): *„Die Gewerkschaften wurden von den Führern und von der Masse der Mitglieder als Waffe gegen die Revolution gebraucht. Durch ihre Hilfe, durch ihre Unterstützung, durch ihre Führer, ja teilweise auch durch ihre Mitglieder wurde die Revolution gemordet. Die Kommunisten sahen, dass ihre eigenen Brüder unter Mithilfe der Gewerkschaften erschossen wurden. Streiks für die Revolution wurden verhindert. Glauben Sie, Genosse, dass es möglich ist, dass revolutionäre Arbeiter dann in solchen Vereinen bleiben?" (ebenda, S. 182)*.

In der revolutionären Periode gibt es keine „unpolitischen oder neutralen" Gewerkschaften mehr, die sich auf wirtschaftliche Aktionen zugunsten ihrer Mitglieder beschränken. *„In der Revolution, während der Revolution, ist jede Gewerkschaft, ja jeder Arbei-*

terverein politische Partei. Entweder pro- oder kontrarevolutionär“ (ebenda S. 183).

Im Unterschied zu der Italienischen Linken, die für eine „gewerkschaftliche Einheitsfront“ eintrat, verwarf die holländische Linke jede „Einheitsfrontpolitik“.

Die Gewerkschaften, die anfänglich die natürlichen Organisationen für die Vereinigung des Proletariats waren, haben sich schrittweise in arbeiterfeindliche Organisationen umgewandelt. Ihre Bürokratisierung, wo der Apparat der Funktionäre die Arbeiter beherrscht, entspricht einem fast vollständigen Zusammenschluss mit dem Staat. Die Gewerkschaften verhalten sich wie der kapitalistische Staat, indem sie mit ihren Gesetzen (Regeln, Statuten) und mit Gewalt jede Revolte gegen ihre „Ordnung“ zerschlagen.
„Und darin stimmen auch die Gewerkschaften mit dem Staat und seiner Bürokratie überein, dass trotz der Demokratie, die darin herrschen soll, die Mitglieder nicht imstande sind, ihren Willen gegen die Bürokratie durchzusetzen; an dem kunstvoll aufgebauten Apparat von Geschäftsordnungen und Statuten bricht sich jede Revolte, bevor sie die höchsten Regionen erschüttern kann“ (ebenda, S. 180).

Was für den kapitalistischen Staat insgesamt gilt, gilt auch für die Gewerkschaften. Nicht Wiedereroberung, sondern Zerstörung. Jede Idee der Wiedereroberung der Gewerkschaften und deren „Umwandlung in kommunistische Organisationen“ kann nur eine schlimme reformistische Illusion werden. Gorter verglich Lenin in mehrfacher Hinsicht mit Bernstein. Eine Opposition in den Gewerkschaften zu bilden, - wie es die Taktik Lenins wollte - die dadurch kommunistisch wurde, ist unmöglich, denn „die Bürokratie weiß genau, was sie tun muss, um eine Opposition herauszuschmeißen, bevor diese zu einer wirklichen Bedrohung wird“. Aber in dem - unmöglichen und unwahrscheinlichen - Fall, wo die Opposition die Führung an sich reißen könnte, indem die „schlechten Führer“ verjagt würden, würde sie sich genauso wie diese verhalten (3).
"Ersetzen sie in den alten Gewerkschaften die Bürokratie durch andere Personen, und in kurzer Zeit werden sie sehen, dass auch diese denselben Charakter haben, hoch, unerreichbar über den Massen, nicht mehr in Fühlung mit ihnen. 99 pro Hundert werden Tyrannen sein, an der Seite der Bourgeoisie stehend. Denn das Wesen der Organisation macht sie so“ (ebenda, S. 185).

Es war also nicht der Inhalt der gewerkschaftlichen Organisation, der „schlecht“ geworden war ("schlechte Führer und Arbeiteraristokratie“, wie es von Lenin formuliert wurde), sondern die Organisationsform, die die Massen zur Machtlosigkeit verurteilt. Die Revolution ist somit keine Frage des Eingebens eines neuen revolutionären Inhaltes in die alten Organisationsformen des Proletariats. Nach der Auffassung der kommunistischen Linken kann man nicht die Form von ihrem revolutionären Inhalt trennen. Die Form ist nicht unwichtig (4). Aus dieser Sicht ist die Revolution auch eine Frage der Organisation, genauso wie sie eine Frage der Entwicklung des Klassenbewusstseins, des Inhaltes ist.

Diese Form können nur die Arbeiterräte in einer revolutionären Periode oder besser die Betriebsorganisationen sein. Diese stellen eine Überwindung des Korporatismus (berufliche Beschränkung) der alten Berufsgewerkschaften dar, und sind die einzige Form der Einheit der Arbeiterklasse. Ihre Vertrauensleute sind im Gegensatz zu den Gewerkschaften jederzeit abwählbar. In dieser Hinsicht stützte sich die holländische Linke nur auf das russische Beispiel, wo die Fabrikräte und nicht die Gewerkschaften die Revolution verwirklicht hatten. Aber bestimmte Aussagen der holländischen Linken ließen gewisse Zweideutigkeiten zurück und deuteten auf eine mangelnde Kohärenz hin:
- während man für die Zerstörung der Gewerkschaften eintrat, behauptete man gleichzeitig, dass die Räte die Grundlage für neue Gewerkschaften liefern würden,
- man verwechselte die deutschen Unionen mit den Fabrikräten, die innerhalb der Arbeiterräte gebildet wurden,
- man pries das Beispiel der revolutionären amerikanischen Gewerkschaften IWW und der englischen rank and file movement, obwohl man gleichzeitig jede gewerkschaftliche Organisationsform verwarf,
- man trat für eine Form der Einschränkung und Begrenzung auf eine Fabrik ein, wo die Fabrik im Mittelpunkt der Welt stünde: „Die Revolution im Westen kann nur auf der Grundlage von Fabriken und in den Fabriken organisiert werden“. Die Bildung von territorialen Organismen, welche über die Fabriken hinausgehen, wird nicht aufgeworfen.

Bei diesen Fragen drang die holländische Linke nicht bis zu den Wurzeln des gewerkschaftlichen Problems vor. Es kam darauf an zu sehen, ob der „Niedergang des Kapitalismus“, welcher von der 3. Internationale verkündet worden war, die Unmöglichkeit von dauerhaften Reformen nach sich zog, die zuvor im 19. Jahrhundert von den reformistischen Gewerkschaften durchgesetzt worden waren. Die Frage lautete nun, ob diese weiterhin nach dem Kriege möglich waren?

Arbeiterorganisationen, die rein wirtschaftlichen und forderungsmäßigen Charakter hatten, konnten ihre Klassenziele unter dem Druck des Staates aus den Augen verlieren und zu einer Klassenzusammenarbeit bereit sein. Oder im besten Fall würden sie wie die Unionen (siehe unten) ganz einfach verschwinden. Das Hauptproblem bestand darin zu untersuchen, ob beständig bestehende Organisationen, die die Forderungen der Klasse verdeutlichen, noch möglich waren. Erst viel später bezog die deutsch-holländische Linke eine eindeutige Stellung der Verwerfung von ständig bestehenden Wirtschaftsorganisationen.

e) DIE VERWERFUNG DES REVOLUTIONÄREN PARLAMENTARISMUS

Im Unterschied zur Strömung um Bordiga hatte die Holländische Linke die Frage der Beteiligung an den Wahlen lange als zweitrangig erachtet. Aus diesem Grunde unterschied sie auf wenig überzeugende Weise zwischen einer „materiellen“ bürgerlichen Macht, die durch die Gewerkschaften verkörpert würde, und einer „geistigen“ bürgerlichen Macht, die wiederum durch das Parlament verkörpert würde. Gleichzeitig wurde der Parlamentarismus als eine aktive konterrevolutionäre, das Klassenbewusstsein behindernde materielle Kraft dargestellt. Andererseits erschien die Ideologie in der marxistischen Definition als eine materielle Kraft.

Tatsächlich ist die Wahlillusion ein heimtückisches Gift für die Arbeiterklasse (1). Sie ist verbunden mit den reformistischen Illusionen und bringt die Arbeiter in Abhängigkeit von den Parlamentsführern, die diese im „Krieg“ zu einem Bündnis mit dem Kapitalismus gebracht haben. Sie lähmt die revolutionäre Tätigkeit und fördert die Passivität: *„Der Parlamentarismus ist die typische Form des Kampfes mittels Führer, wobei die Massen selbst eine untergeordnete Rolle spielen. Seine Praxis besteht darin, dass Abgeordnete, einzelne Personen, den wesentlichen Kampf führen; er muss daher bei den Massen die Illusion wecken, dass andere den Kampf für sie führen können. ... Der Parlamentarismus hat die unvermeidliche Tendenz, die eigene, zur Revolution notwendige Aktivität der Massen zu lähmen.... Solange daher die Arbeiterklasse glaubt, einen leichteren Weg zu gehen, indem andere für sie handeln, ..., wird sie zögern und durch die alten Denkgewohnheiten und die alten Schwächen passiv bleiben“. (ebenda, S. 195).*

Daraus geht hervor, dass die „revolutionäre Aktion“ der Abgeordneten, selbst wenn es sich um kommunistische handelt, unmöglich geworden ist. Der Zeitraum, als Leute wie Liebknecht und Höglund (in Schweden) die Parlamentstribüne zu diesem Zwecke benutzen konnten, ist endgültig abgeschlossen. Vor und nach dem Krieg, somit vor der Revolution, konnten diese beiden Modelle

des „revolutionären Parlamentarismus“ einen „großen Einfluss ausüben“, aber seit der russischen Revolution zeigen ihre Aktionen keine Wirkung mehr“. Selbst wenn das Proletariat Leute wie Liebknecht und nicht Leute wie Levi oder Wijnkoops in das Parlament schicken würde, bliebe das Ergebnis ebenso negativ. *„Umgekehrt würde ein sehr großer Teil der Massen es auf seine Reden (d.h. Liebknechts Reden) ankommen lassen, und seine Anwesenheit im Parlament also schädlich sein“ (ebenda, S. 196).*

Bei diesem Punkt jedoch griff die deutsch-holländische Linke kaum das Problem der Funktion des Parlamentarismus seit dem Kriege auf. Dabei hatte der Krieg aufgezeigt, dass der Mittelpunkt der Politik sich von den Parlamenten weg in die Regierungen verlagerte. Damit prallten im Parlament die bürgerlichen Interessen nicht mehr wirklich aufeinander, weil das eigentliche Macht- und Entscheidungszentrum die Regierung geworden war. In dieser geschichtlich neuen Periode, die später als die des „Staatskapitalismus“ aufgefasst wurde, wurden die Wahlen als ein wirksames Mittel dargestellt, die dazu dienen, die Arbeiter vom revolutionären Weg abzubringen, indem alle möglichen Mystifikationen über die bürgerliche Demokratie“ aufrechterhalten werden. Diese Frage der Funktion des Parlamentarismus ging weit über die „Führer“ hinaus, die an der Stelle der Aktivität der Massen handelten.

Weil die neue Funktion des Parlamentarismus nicht tief greifend genug untersucht wurde, antwortete die holländische Linke nicht wirklich auf Lenin. Sie kritisierte vor allem die „pragmatischen Argumente“ Lenins. Das erste dieser Argumente war, dass es „nützlich“ sei, Propaganda im Parlament zu betreiben, um die Arbeiter und kleinbürgerlichen Elemente zu gewinnen, die noch nicht zu Kommunisten geworden seien. Aber Gorter unterstrich, dies sei ein falsches Argument, denn diese „erfahren gewöhnlich nichts durch ihre Zeitungen“ vom Inhalt der Interventionen der Arbeiterabgeordneten. Dagegen können sie viel besser die revolutionären Positionen durch die Versammlungen, Broschüren und Zeitungen der Kommunisten kennen lernen.

Das zweite Argument Lenins, das Parlament zu benutzen, um die Spaltungen zwischen bürgerlichen Parteien auszunutzen, und gar Kompromisse mit einigen von ihnen einzugehen, ist das gefährlichste, aber es bezieht sich vor allem auf den Fall Englands. Weil es keine wirkliche Arbeiterpartei in Großbritannien gab, bestand die Taktik Lenins darin, „bei der Unterstützung der Interessen der Revolution der Labour-Partei eine parlamentarische Unterstützung“ zu geben, um damit die Bourgeoisie zu schwächen.
Gorter antwortete darauf, dass die Spaltungen innerhalb des bürgerlichen politischen Apparates „unwichtige Spaltungen“ sind. Diese Taktik kann nur zu einer jämmerlichen Nachahmung des Verhaltens Levis führen, der während des Kapp-Putsches im März 1920 der sozialdemokratischen Regierung seine loyale Opposition versicherte. Anstatt die Einheit der ganzen Bourgeoisie gegen das Proletariat aufzuzeigen, ließ diese Politik glauben, dass ein Kompromiss in der Revolution immer noch mit der Bourgeoisie möglich sei. Jede parlamentarische Politik führt unvermeidbar zu einer Politik der Kompromisse mit der Bourgeoisie, die in der Bildung einer „Arbeiterregierung“ gipfeln. Das Ergebnis ist eine politische Regression der Rückwärtsentwicklung der revolutionären Entwicklung. In einem Zeitraum, wo der „Reformismus nicht mehr praktiziert werden kann“, führt die Taktik Lenins das Proletariat auf den reformistischen Boden der 2. Internationale. Und anstatt mit dem alten demokratischen System zu brechen, verwandeln sich die kommunistischen Parteien zu legalen Organen, die sich zur alten Sozialdemokratie zurückentwickeln. „Die kommunistische Partei wird zu einem parlamentarischen Körper, mit gleichem legalem Status wie der der anderen Parteien, beschäftigt mit den gleichen Streitigkeiten, eine neue Version der alten Sozialdemokratie, aber mit extremistischen Parolen“.

Dort hörte die holländische Linke mit ihrer Argumentation auf. Weil es keinen Ansatzpunkt in der Geschichte gab, wich sie der Frage aus, ob eine Neuauflage der Sozialdemokratie in den kommunistischen Parteien möglich war. Während die kommunistischen Parteien andererseits genau wie die deutsche Sozialdemokratie „sozialdemokratisch“ wurden, konnte dies nur eins bedeuten. Diese Parteien wurden zu Parteien des linken Flügels der Bourgeoisie.

f) DAS ARGUMENT DES „MERIDIANS“

Die ganze Argumentation der holländischen Linken stützte sich auf das Beispiel Westeuropas. Bedeutete dies, dass die Taktik der Linkskommunisten nicht auf die wirtschaftlich rückständigen Länder angewendet werden könnten, oder im Gegenteil, dass die seit dem Kongress von Baku um Sept. 1920 entwickelte Taktik der Unterstützung der nationalen Befreiungskämpfe (2) auch in diesen Ländern gültig sei? Die Antwort der holländischen Linken blieb ziemlich widersprüchlich. Gorter und Pannekoek hatten unterschiedliche Auffassungen zu dieser Frage. Gorter schien die Möglichkeit einer proletarischen Revolution nur für Westeuropa - und allenfalls für Nordamerika - in Betracht zu ziehen. Trotzki kritisierte später Gorter nicht ohne Grund, dass er sich auf das „Argument des Meridians“ (1) stützte, indem er von 2 Taktiken ausging, die sich an der Wirtschaftsgeographie orientieren. Gorter zöge eine starre Grenze, in der er ziemlich vereinfacht von zwei taktischen Möglichkeiten sprach:

„Wenn man vom Osten Europas her nach Westen wandert, überschreitet man an einer gewissen Stelle eine ökonomische Grenze. Sie läuft von der Ostsee nach dem Mittelmeer, ungefähr von Danzig nach Venedig. Diese Linie scheidet zwei Welten voneinander. Denn westlich dieser Linie herrscht das Industrie-, Handels- und Finanzkapital, vereinigt im höchst entwickelten Bankkapital, fast absolut. Das landwirtschaftliche Kapital sogar ist diesem Kapital untergeordnet oder hat sich mit ihm schon verbinden müssen. Dieses Kapital ist in höchstem Masse organisiert und fasst sich in die festesten Staatsregierungen der Welt zusammen.

Östlich dieser Linie besteht weder diese riesige Entwicklung des konzentrierten Industrie-, Handels-, Transport-, Bankkapitals, noch seine fast absolut Vorherrschaft, noch infolgedessen der fest gefügte moderne Staat“ (ebenda, S. 178).

Dieses „Argument des Meridians“ warf zwei Probleme in einen Topf, die bei Gorter schlecht unterschieden werden. Er betont wie andere Marxisten (2), dass das Zentrum der Weltrevolution sich in Westeuropa befindet. Von diesem Zentrum ausgehend, werden sich die revolutionären Beben auf den Rest der Welt ausdehnen. Nirgendwo wird behauptet, im Gegensatz zu dem, was später Trotzki dazu meinte, dass man „die Vereinigten Sozialistischen Staaten Europas“ errichten könnte, die nur eine andere Form eines „Paneuropäertums“ wären, d.h. ein europäischer Nationalkommunismus. Aus Gorters Sicht, die auch der Sicht aller Bolschewiki entsprach, konnte die Revolution nur weltweit stattfinden.

Das zweite Problem ist das der Einheit der Welttaktik des Proletariats, die sich auf neue Prinzipien stützen muss (Diktatur der Räte, Boykott der Wahlen, Verwerfung der Gewerkschaftsarbeit), welche die revolutionäre Erfahrung mit sich gebracht hatte. Gorter schien die Taktik Lenins als richtig für Russland zu erachten, aber falsch für Westeuropa. Gorter zeigte auf, dass die Revolution in Russland gegen ein Parlament vollzogen wurde, aber ohne Gewerkschaften, wobei man sich auf die Fabrikräte gestützt hatte. Und erst „nach der Revolution sei ein Bündnis mit den Bauern aufgebaut worden“.

Die Schwäche der Argumentation Gorters liegt nicht darin, dass er auf der entscheidenden Rolle des westlichen Proletariats in der Weltrevolution gepocht hat, sondern dass er nicht ausreichend die Einheit der Taktik und Prinzipien in den entwickelten Ländern als

die gleichen wie in den unterentwickelten Ländern betont hat. Erst später, nämlich 1923, sollte Gorter zu der Meinung kommen, dass die kommunistische Taktik der Linken ebenso gültig war in den unterentwickelten Ländern Asiens, in denen das Proletariat vollkommen unabhängig von allen bürgerlichen Parteien kämpfen und sich mit dem Proletariat der entwickelten Länder zusammenschließen müsse, um die gleiche Einheit herzustellen.

Aber die Position Pannekoeks war viel „zweideutiger". Auf verdeckte Art und Weise kritisierte Pannekoek Gorter stark: „*Die Weltrevolution ausschließlich aus einer westeuropäischen Sicht zu betrachten, bedeutet, dass man deren weltweite Tragweite nicht erkennt*". Pannekoek bestand mehr noch als Gorter auf der Einheit des revolutionären Kampfes über diesen Trennungsstrich über die Kontinente hinweg."

„Es ist die Aufgabe der Arbeiter Westeuropas und der USA, vereint mit der Vielfalt der Arbeiter Asiens, ihren harten Kampf im Hinblick auf den Umsturz des kapitalistischen Systems zu Ende zu führen. Dieser Kampf fängt erst an. Wenn die deutsche Revolution eine entscheidende Wende genommen und die Verbindung mit Russland hergestellt hat, die Kämpfe der revolutionären Massen in England und Amerika ausbrechen werden, Indien vor dem Aufstand steht, der Kommunismus sich vom Rhein bis zum Indischen Ozean ausdehnt, dann wird die Weltrevolution in ihre gewalttätigste Phase eintreten".

Aber gleichzeitig wurde Pannekoek nach 1920 nach der neuen Niederlage des deutschen Proletariats sehr skeptisch hinsichtlich der Fähigkeit des westeuropäischen Proletariats, zum Zentrum der Weltrevolution zu werden. Manchmal schwärmte er gar von der „großen Revolte Asiens gegen das in England konzentrierte westeuropäische Kapital", das zusammen mit der proletarischen Revolution im Westen „Moskau zu der Hauptstadt der neuen Menschheit" machen würde. Dieser Enthusiasmus und Faszination für die „Vielfalt Asiens" stand im Einklang mit der Orientierung des Kongresses von Baku, auf dem der „heilige revolutionäre Krieg" des Ostens gegen den Westen verkündet wurde. Pannekoek ging zwar nicht soweit, aber er rückte in dessen Nähe, als er fast die nationalen Befreiungsbewegungen in Asien unterstützte, von denen er sich - trotz eines Nationalismus, der im Gegenzug von Gorter hervorgehoben wurde - erhoffte, dass eine „kommunistische Haltung und ein kommunistisches Programm" angenommen werden würde. Diese „große Hoffnung auf diese Vielfalt Asiens", die es bei dem sonst so wissenschaftlich arbeitenden und denkenden Pannekoek selten gab, war nicht von langer Dauer. 1921 gab Pannekoek bei dem Bruch mit der Komintern, als die russische Frage nach dem Kronstädter Aufstand und der NEP im Zentrum stand, die Hoffnung auf, dass Moskau zur „Hauptstadt der neuen Menschheit" werden würde. Aber seine Meinung zur „Vielfalt Asiens" änderte er nicht.

Es erforderte sehr viel Mut, dass Pannekoek und vor allem Gorter, Lenin kritisierten, um den sich ein wahrer Personenkult in der Komintern gebildet hatte, als es zum Bruch kam. Während sie der „Kinderkrankheiten" bezichtigt wurden, zeigten beide - als Sprecher der holländischen, deutschen und englischen kommunistischen Linke - eine große Reife auch ihrer Theorie. Die Antwort der holländischen Linken auf Lenin ist und bleibt die einzige systematische, gut argumentierte und solide Antwort der Linkskommunisten auf die von Lenin entwickelten Positionen.

5. KAPITEL

GORTER, DIE KOMMUNISTISCHE LINKE UND DIE GRÜNDUNG DER KOMMUNISTISCHEN ARBEITERINTERNATIONALE (KAI)

EIN GESCHEITERTES UNTERFANGEN (1921-1927)

Die Anerkennung der KAPD als „sympathisierende Partei" der 3. Internationale, die einen ständigen Vertreter bei der Exekutive hatte (1), erschien im Januar 1921 als ein Sieg der Oppositionspolitik, die von Gorter und Pannekoek betrieben worden war. Eine Arbeitsgemeinschaft zwischen der Komintern und den Linkskommunisten war möglich geworden. Dies schien zumindest aus den Aussagen Sinowjews hervorzugehen, der im Namen des Exekutivkomitees schrieb: *„Der Kern der KAPD umfasst wirklich revolutionäre Arbeiter. Diese Partei hat in der letzten Zeit einen großen Schritt hin zum Kommunismus gemacht, als sie Laufenberg, Wolffheim und Otto Rühle ausschloss. Die KAPD kritisiert unsere deutschen Genossen. Auch das ist noch kein Unglück. Die KPD ist gewiss nicht fehlerfrei: wir brauchen nur an ihre Haltung während des Kapp-Putsches und während des letzten Aufstandes der Berliner Elektriker zu erinnern..." (Brief des Zentralkomitees der KI vom 15.01.1921, in Die Aktion, Nr. 13-14, Ap. 1921).*

Die Arbeitsgemeinschaft zwischen Linkskommunisten und der Komintern war nur von kurzer Dauer. Sie überlebte die Märzaktion 1921 in Mitteldeutschland nicht. Das internationale Umfeld wurde immer ungünstiger, nicht nur mit dem deutlichen Rückfluss der Weltrevolution, sondern vor allem infolge der von russischen Staat betriebenen Politik. Die Außenpolitik dieses Staates, die Ereignisse um Kronstadt und schließlich die Politik der Komintern in Deutschland waren alles wichtige Elemente bei dem endgültigen Bruch, der auf dem 3. Kongress der Komintern vollzogen wurde. Dem voraus ging der Ausschluss der Minderheit der KPN vor dem 3. Kongress; im Sept. 1921 folgte dann der der KAPD, der das Ende einer internationalen Opposition innerhalb der Komintern einläutete. Von da an übernahm die holländische kommunistische Linke die Führung der internationalen Opposition außerhalb der Internationale. Aufgrund der Initiative Gorters aber nicht Pannekoeks wurde eine Kommunistische Arbeiterinternationale (KAI) gegründet, die ein aussichtsloses Abenteuer war. Diese sollte den Niedergang der Linkskommunisten in den Niederlanden, aber auch in Deutschland beschleunigen, bevor Ende der 20er Jahre die Gruppe der Internationalistischen Kommunisten (GIK) entstand.

Während das Zentrum der holländischen Linke sich nach Deutschland hin verlagert hatte und selbst nach Großbritannien und Bulgarien, wurden die Niederlande zum theoretischen und politischen Zentrum der internationalen linkskommunistischen Bewegung.

1) DER RÜCKFLUSS DER WELTREVOLUTION

Die NEP (Neue Ökonomische Politik), die nach dem März 1921 in Russland in der Wirtschaft praktiziert wurde, war durch den russischen Staat durch eine wahre NEP im diplomatischen Bereich eingeleitet worden. Dieser versuchte, alte Allianzen mit verschiedenen Staaten der kapitalistischen Welt wieder aufzubauen. Durch die Vermittlung des in Deutschland im Gefängnis in Russland sitzenden Radeks wurden Kontakte schon im Herbst 1919 mit der Reichswehr und den Liberalen aufgenommen, aber auch mit dem Millionär Rathenau, mit dem Ziel, die Möglichkeit militärischer und wirtschaftlicher Allianzen zwischen Deutschland und Russland zu erörtern. Schon vom Oktober 1919 an meinte Radek offen: „*Die Möglichkeit eines Friedens zwischen kapitalistischen und proletarischen Staaten ist keine Utopie*" (2). Faktisch entstand solch ein Bündnis im Jahre 1920, das sich gegen den Versailler Vertrag und die Alliierten richtete, während des russisch-polnischen Krieges. Deutschland gab eine Neutralitätserklärung ab, die den Transport von Munition der Alliierten nach Polen durch deutsches Territorium untersagte. Mit den alliierten Ländern versuchte Russland Handelsbeziehungen herzustellen, und diese wurden auch aufgebaut. Ein Handelsabschluss wurde zwischen Großbritannien und Russland am 16. März 1921 während der Ereignisse in Kronstadt unterzeichnet. Ein Modus vivendi zwischen der kapitalistischen Welt und dem Sowjetstaat, der zuvor von Pannekoek heftig verworfen worden war, wurde langsam zu einer Wirklichkeit. Der Vertrag von Rapallo 1922 sollte dies untermau-

ern. Aber der am meisten besorgniserregende Faktor war die schrittweise Unterwerfung der Komintern unter die nationalen Ziele des russischen Staates. Dieser sorgte dafür, dass seine eigenen Interessen denen der revolutionären Interessen der Internationale vorangestellt wurden. Die Türkei ist ein klares Beispiel für diesen Widerspruch. Schon von 1919 an waren in Berlin auch durch die Vermittlung Radeks zwischen der russischen Regierung und dem türkischen Nationalistenführer Enver, der später am Kongress von Baku teilnehmen sollte, Kontakte hergestellt worden. Freundschaftliche Beziehungen wurden mit Mustapha Kemal von 1920 an aufgebaut, die zu einem Abschluss mit der Türkei am 16. März 1921 führten. Mustapha Kemal war nicht nur der Verantwortliche für die Niederschlagung der Bauernbewegung, welche von der Komintern unterstützt worden war, sondern er ließ die ganze Führung - die in Deutschland durch die Spartakisten politisch gebildet worden war und jedem Nationalismus feindlich gegenüberstand - der kommunistischen Partei der Türkei umbringen. Dieses Massaker tat den guten Beziehungen zwischen dem russischen Staat und der Türkei keinen Abbruch. Zum ersten Mal wurde deutlich, dass Regierungen, die gute diplomatische Beziehungen mit Russland unterhielten, ungestraft revolutionäre Militanten, Mitglieder der Kommunistischen Internationale ermorden oder außerhalb des Gesetzes stellen konnten, ohne dadurch die Gunst des russischen Staates zu verlieren, dessen Politik ja eigentlich der der Komintern hätte unterworfen werden müssen. Diese Ereignisse, die sich im Januar 1921 abspielten, waren die direkte Folge der Politik der Komintern, die vom 2. Kongress unterstützt worden war, der Unterstützung der sog. Befreiungsbewegungen.

a) DIE KRONSTÄDTER EREIGNISSE (MÄRZ 1921)

Mehr als der Bereich der Außenpolitik sollten die Kronstädter Ereignisse den Graben aufzeigen, der sich zwischen dem russischen Staat und dem Proletariat aufgetan hatte. Im Februar 1921 waren Streiks in Petrograd ausgebrochen, das zuvor das Zentrum der russischen Revolution gewesen war. Sie waren sowohl gegen die Lebensmittelrationierung gerichtet, als auch gegen die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik des Staates und der Bolschewistischen Partei. Trotz der Beschuldigungen, dass die Streiks von Menschewiki, Sozialrevolutionären oder Anarchisten - die meisten von ihnen befanden sich im Gefängnis - „geschürt" worden waren, trug die Bewegung einen spontanen und organisationslosen, ja führerlosen Charakter. Sie hatte sich auf alle großen Fabriken ausgedehnt, auch auf Putilov, die Hauptbastion der Revolution 1917. Demgegenüber reagierten Sinowjew und die Bolschewiki Petrograds mit repressiven Maßnahmen. Die Demonstrationen wurden durch die Kadetten gewaltsam aufgelöst, Aussperrung der streikenden Arbeiter, Entzug der Lebensmittelmarken für die Streikenden, Verhängung des Kriegsrechtes, umfangreiche Verhaftungen, sofortiges Erschießen bei Bildung von Versammlungen, Überwachung der Arbeiter in den Fabriken durch bewaffnete Truppen der Bolschewiki (4). Diese Maßnahmen führten aber zu einem Ausbruch der Unzufriedenheit der Arbeiter, die sich seit Monaten angehäuft hatte, und zu deren Politisierung. Die politischen Forderungen: Abschaffung des Kriegsrechtes, Befreiung aller Gefangenen, Versammlungs-, Presse- und Redefreiheit für die Arbeiter, freie Wahlen für die Fabrikkomitees, für die Räte, all diese Forderungen waren gegen „die Diktatur der Partei und die Tscheka" gerichtet und bewiesen den Widerspruch zwischen Proletariat und Staat, ein Staat, mit dem sich mittlerweile die Bolschewiki verbunden fühlten, weil sie sich mit ihm identifizierten. Sie stellten einen Aufruf zur Arbeiterdemokratie und zur Wiederbelebung der Arbeiterräte dar, die zuvor vom Staat und der bolschewistischen Partei aufgesaugt worden waren.

Als sie von den Ereignissen erfuhren, schickten die Matrosen und Arbeiter Kronstadts Delegationen zu den Fabriken in Petrograd. Danach griffen die Matrosen und Arbeiter Kronstadts die Forderungen der Arbeiter Petrograds auf und erweiterten sie: Neuwahl der Arbeiterräte in geheimer Wahlabstimmung, Organisation außerhalb der bolschewistischen Partei einer Konferenz der Arbeiter, Soldaten und Matrosen der Provinz, Presse- und Organisationsfreiheit für die Anarchisten und Linkssozialisten. Die Ankunft Kalinins und Kuzmins in Kronstadt, die eine provozierende Haltung einnahmen, überstürzte alles. Es wurde ein provisorisches revolutionäres Komitee (PRK) gegründet, das die ganze Bevölkerung der Insel repräsentierte, all das zu einem Zeitpunkt, als die Arbeiter Petrograds unter den Folgen des Terrors die Arbeit wieder aufnahmen.

Die gewaltsamen Zusammenstösse zwischen den Bolschewiki, den Matrosen und den Arbeitern Kronstadts wurden unvermeidbar. Diese wurden als „weiße Garden", als Konterrevolutionäre bezeichnet, die im Dienste der „französischen Kapitalisten" standen (1), ihre Familien wurden als Geiseln genommen, ihnen selbst wurde gedroht, wie Wildenten abgeschossen zu werden. Trotzki, den die Aufständischen den Junker, den Bluthund Trotzki nannten (2), gab am 7. März den Befehl zur Niederschlagung Kronstadts, wodurch viele Matrosen und Arbeiter abgeschlachtet wurden. *„Ich gebe jetzt den Befehl zur Vorbereitung der Niederschlagung der Revolte. Die Aufständischen werden erschossen werden" (*3). Mit dem Schlachtruf „Siegen oder sterben" kämpften die Matrosen und Arbeiter, die alle bewaffnet waren, mit einer Energie der Verzweifelten. Die Regierung hatte Tausende von Soldaten mobilisiert, von denen ein großer Teil aus Zentralasien kam, und die damit der offiziellen Propaganda leichter zugänglich waren. Auch Mitglieder der Bolschewistischen Partei, darunter auch der Arbeiteropposition (4) schlossen sich ihnen an. Hinter ihnen standen die Tschekisten, die viele Deserteure erschossen, oder auf die Truppenteile schossen, die sich den Aufständischen in Kronstadt angeschlossen hatte. Die Truppen Tukatschewskis (5) schlugen den Aufstand nieder. Tausende von Matrosen und Arbeiter wurden erschossen, die überlebenden ins Gefängnis gesteckt oder in Lager, wo sie starben (6).

Das Programm der Aufständischen von Kronstadt war nicht ausreichend klar, um die Unterstützung der Linkskommunisten zu gewinnen. Es verwarf sicher jegliche Bejahung einer Nationalversammlung und einer Rückkehr in die Vergangenheit. Sie wünschten einfach auf konfuse Weise eine Diktatur der Räte, ohne irgendeine Partei, und keine Diktatur, die von nur einer Partei ausgeübt wurde. Diese Idee der Diktatur der Klasse, die der Parteidiktatur gegenübergestellt wurde, wurde jedoch Ende des Jahres 1920 von den holländischen und deutschen Linkskommunisten, insbesondere von der KAPD, entwickelt. Aber der Aufruf zu einer „3. Revolution" seitens der Kronstädter blieb sehr unklar und eröffnete keine Perspektive. Auch die Auffassung, derzufolge man den Bauern auf ihrem Boden eine vollständige Handlungsfreiheit einräumen müsste, ohne „die Lohnarbeit zu benutzen" (1) - konnte nur auf die Ablehnung Gorters und der KAPD stoßen. Diese verwarfen jede Konzession an die Bauernschaft, die sie mit den Kulaken gleichstellten. Anfänglich unterstützte die KAPD die offizielle Version eines Komplottes gegen Sowjetrussland. Unter dem Vorwand, dass französische Boote sich in Reval befanden, um den Aufstand in Russland zu unterstützen (was falsch war), behauptete die KAPD:
"Die russischen konterrevolutionären Emigranten, die nach Russland zurückkehren, und der Graf Wangel bereiten sich in Ungarn auf eine militärische Unterstützung vor" (2).

Die Handlungen der Aufständischen wurden als konterrevolutionär und antikommunistisch verurteilt. *„Die genauen Kenntnisse der Bedingungen in Russland ermöglichten es den Konterrevolutionären, einen Aufstand auszulösen, der in seiner ersten Phase wie eine 3. Revolution erschien. Im Laufe des Kampfes trat jedoch durch die Forderung nach einer Nationalversammlung deutlich das Wesen dieses Aufstandes hervor, dass er nämlich gegen den Kommunismus gerichtet ist". Aber das Organ der KAPD wies auf den Hintergrund hin: Hunger und „die Unzufriedenheit mit der Diktatur der Partei und der sowjetischen Bürokra-*

tie". (3)

Erst nachdem die Delegierten der KAPD aus Moskau und insbesondere Arthur Goldstein (4), der die Partei bei Exekutivkomitee der Komintern vertrat, einen detaillierten Bericht gegeben hatten, änderte sich die Haltung der Linkskommunisten. Goldstein gab eine genauere Einschätzung der Bedeutung Kronstadts aus der Sicht der Arbeiterklasse:
"Die Gegensätze zwischen Proletariat und Sowjetregierung traten dann noch schärfer hervor bei dem Ausbruch der Lebensmittelunruhen in Moskau und Petersburg, bei denen die Sowjetregierung sehr scharfe Maßregeln, die auch nicht anders sind als in einem kapitalistischen Staate, und ich möchte sagen, dass auch der Kronstädter Aufstand als ein Symptom anzusprechen ist für den Gegensatz zwischen Proletariat und Sowjetregierung. Die Geschichte über den Kronstädter Aufstand ist heute noch nicht abgeschlossen, und wir wollen heute noch kein endgültiges Urteil darüber abgeben. Aber sicher ist heute soviel, dass beim Kronstädter Aufstand nicht nur ausländisches Kapital als Faktor gegen die Sowjetregierung auftrat, sondern dass große Teile des russischen Proletariats innerlich auf Seiten der Kronstädter Aufständischen sich befanden" (Goldstein auf dem „Außerordentlichen Parteitag der KAPD, vom 11.-14.9.1921 in Berlin, aus Protokoll S. 58-59).

Diese Haltung der KAPD war viel klarer und fundierter als die, welche Gorter bezogen hatte. Gorter war auf dem 3. Kongress der Komintern (6) von Radek und Sinowjew beschuldigt worden, Kronstadt unterstützt zu haben. Während er betonte, dass das russische Proletariat sich gegen die kommunistische Partei erhoben hatte, und dass es besser sei, *„eine Diktatur der Klasse anstatt eine Diktatur der Partei zu haben",* fand Gorter die von den Bolschewiki gegenüber Kronstadt ergriffenen Maßnahmen, als „notwendig". Mittels dieser Maßnahmen war die Konterrevolution niedergeschlagen worden, und Gorter ging davon aus, dass die Linkskommunisten auch in Westeuropa zu solchen Maßnahmen gezwungen sein konnten, wo ein Teil des Proletariats sich auch noch konterrevolutionärer verhalten würde.
"Bei euch konntet ihr, als ein Teil des Proletariats sich gegen euch in Kronstadt und Petersburg erhob, die Gegenrevolution noch unterdrücken. Weil sie bei euch schwach ist. Bei uns aber würde sie, wenn ein Teil des Proletariats sich gegen uns erhöbe, siegen. Denn die Gegenrevolution ist bei uns sehr mächtig" (H. Gorter, „Die Klassenkampf-Organisation des Proletariats", ebenda S. 245).

Diese seltsame Auffassung seitens eines Militanten, der eine Klassendiktatur in Gestalt der Arbeiterräte befürwortete - eine Forderung, die zum Teil in Kronstadt erhoben worden war -, hat vor allem ihre Wurzeln in der Einführung der NEP am 15. März, dem Tag, als Kronstadt gestürmt wurde. Wie es Riasanow richtig unterstrich, handelte es sich um ein wahres Brest-Litovsk für die Bauern. Die den Bauern zugestandene Freiheit, über den Überschuss zu verfügen, die Handelsfreiheit, all dies bedeutete ein Zurückweichen gegenüber den kleinbürgerlichen Kräften. Während diese Politik der Konzessionen aus Lenins Sicht ein vorübergehender Rückzug war, kündete dies dennoch die berühmt gewordene, von Bukarin an die Kulaken gerichtete Losung an „Bereichert Euch". Es ist symptomatisch, dass diese Maßnahmen mehr als die Repression jeden Aufstandsversuch der Soldaten zugunsten der Meuternden in Kronstadt entschärften.

Im Gegensatz zur KAPD, die enge Beziehungen mit den Linkskommunisten Russlands geknüpft hatte und besser informiert war (1), meinte Gorter, dass Kronstadt und die NEP den Triumph einer bäuerlichen Konterrevolution darstellten. Aus seiner Sicht war eine *„kleine Aktion einer Gruppe von Bauern - man behauptete dass die Mannschaften der Kriegsschiffe zum größten Teil aus Bauernsöhnen zusammengesetzt waren, um den Kommunismus niederzuwerfen"*. Die Bolschewistische Partei erschien aus seiner Sicht als die Partei der Bauernschaft, und „das Proletariat stand im Dienste der Bauernschaft". Aber alle Linkskommunisten, Gorter, Pannekoek und die KAPD stimmten darin überein, um den konterrevolutionäre Inhalt der wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen zu verurteilen. Vom April 1921 an verurteilte die KAPD durch ihre Delegierten in Moskau die *„gegenwärtigen Formen, die sich stark auf eine Art Staatskapitalismus hinentwickeln".* Andererseits war nach dem 10. Kongress der Russischen Partei, auf dem die Arbeiteropposition als organisierte Fraktion wie jede Fraktion im allgemeinen, verboten worden war, die Arbeiterdemokratie in der Bolschewistischen Partei gestorben.
"Nach dem letzten Kongress der Russischen Sowjetrepublik kann es keine Zweifel mehr daran geben, dass es in Russland keine Klassendiktatur, sondern eine Parteidiktatur gibt" (3). Diese Position Gorters, die von der KAPD geteilt wurde, kündete den Bruch mit der Komintern an. Die russische Frage und damit auch die weitere Entwicklung der Komintern rückte in den Vordergrund der Auseinandersetzungen der deutschen und holländischen kommunistischen Linke. Von nun an sollte sich der Ausgang der russischen Revolution und die weitere Entwicklung der Komintern in Deutschland abspielen.

b) DIE MÄRZAKTION 1921
Obgleich sie auf Mitteldeutschland beschränkt blieb, stellte die Märzaktion eine schwere Niederlage der Revolution in Deutschland dar.

Diese Aktion fand auf dem Hintergrund einer allgemeinen Passivität des deutschen Proletariats und einer Reihe von Niederlagen statt. Der sozialdemokratische Innenminister Severing, der 1920 im Ruhrgebiet durch seine Talente als „Befrieder" berühmt geworden war, als er die Reichswehr einsetzte, hatte beschlossen, Mitteldeutschland zu „befrieden", wo die Arbeiter noch ihre Waffen behalten hatten. Am 18. März, dem Tag, als Kronstadt fiel, ließ die Sozialdemokratie Mitteldeutschland militärisch besetzen. Diese Gegend war eine der stärksten Bastionen der beiden rivalisierenden Parteien VKPD und KAPD. Trotz der Spaltung der sächsischen Tendenz um Rühle gab es eine sehr starke, der KAPD nahe stehende AAU in den Leuna-Werken, von denen 2.000 von den 20.000 Arbeitern den AAU angehörten. Anderseits waren Leute wie Max Hölz und Karl Plättner Mitglieder der KAPD - obgleich auf eher informelle Weise (4). Aufgrund ihrer Enteignungsaktionen waren sie in Mitteldeutschland sehr beliebt. Sie waren in dieser Gegend die militärischen Organisatoren der Partei.

Als sich auf diesem Hintergrund das deutsche Proletariat in der Defensive befand, fing das Exekutivkomitee der Komintern - oder ein Teil desselben- an, die Theorie „die Revolution forcieren" zu entwickeln. Männer wie Bela Kun wurden nach Deutschland geschickt, um die VKPD zur Offensive zu drängen, auch mittels bewaffneter Aktionen. In Windeseile hatte die Komintern die opportunistische Taktik des „offenen Briefs" an die Gewerkschaften durch eine „Einheitsfront"-Taktik eingetauscht, die ihrerseits abenteuerlich, putschistisch war.

Der von der VKPD verbreitete Aufruf zur Bewaffnung der Arbeiter und zum Generalstreik im Bezirk Halle, wo es die Leuna-Werke gab, stieß auf ein geringes Echo. Gegenüber dieser Passivität schlug Eberlein - der frühere Delegierte der KAPD auf dem ersten Kongress der Komintern - vor, falsche Attentate gegen die VKPD zu verüben, um die Empörung der Massen zu provozieren. Mit Unterstützung des Exekutivkomitees trat er für den bewaffneten Aufstand um jeden Preis in Mitteldeutschland ein (1).

Die KAPD ihrerseits verfiel auch dem Abenteurertum. Während die Arbeiter in Mitteldeutschland und auch die der Chemiewerke von Leuna noch zögerten, einen bewaffneten Kampf gegen die sozialdemokratische Partei zu führen, rief sie zum Aufstand auf. Erregte Aufrufe an die Arbeiter in Deutschland wurden veröffentlicht: „Setzt Euch in Bewegung, ob mit Messern oder Gewehren,

mit Euren Zähnen oder mit Euren Fäusten; unser Schicksal steht auf dem Spiel“. Da sie nicht das Manöver des Putsches der VKPD erkannt hatte, glaubte die KAPD, dass „die Massen der VKPD reagieren, indem sie ihren Losungen folgen. Sie haben ihre Führer dazu gezwungen“ (2). Auch gründete die KAPD ein Kampfkomitee mit der VKPD, um die Aktionen mit ihr sowohl hinsichtlich der Streiks als auch auf „militärischer Ebene“ zu koordinieren.

Aber in Anbetracht der Regierungsoffensive wurde der von der KAPD und VKPD verkündete Aufruf in Deutschland insgesamt kaum befolgt.
In ganz Deutschland reagierten ungefähr 300.000 Arbeiter. In Berlin beteiligten sich sehr wenige am Streik, trotz der Versuche, mit Überraschungsaktionen die Fabriken zu besetzen und die Arbeiter daran zu hindern, zur Arbeit zu gehen. Die gemeinsamen Demonstrationen der beiden rivalisierenden Parteien KAPD und VKPD brachten nur etwa 4.000 Teilnehmer auf die Beine. Meistens blieben die Arbeiter sehr misstrauisch, wenn nicht gar feindlich gegenüber solchen Aktionen. Trotz des sehr großen kämpferischen Verhaltens bei den Märzaktionen war die KAPD insbesondere in Mitteldeutschland gespalten. Einerseits versuchten zwei Führer der KAPD - Franz Jung und Fritz Rasch - die von der Zentrale vor Ort geschickt worden waren, Streiks und bewaffnete Aktionen mit der VKPD zu koordinieren. Auf der anderen Seite organisierte Max Hölz, der aus Berlin gekommen war, in Mitteldeutschland ohne irgendeine Verbindung mit der KAPD, seine Kommandoaktionen, die eine Guerilla gegen die Polizei im Bergarbeiterbezirk Eislebens betrieb. Das Gleiche gilt für Karl Plättner und eine Reihe anderer anonymen Führer der KAPD, die ihre eigenen Milizen aufstellten, obgleich dies auf weniger spektakuläre Weise als bei Max Hölz geschah. Solche Aktionen wurden übrigens von den Arbeitern der riesigen Leuna-Werke verworfen, von denen mindestens die Hälfte mit der AAU und der KAPD sympathisierten. Die Führer der KAPD und der AAU in Leuna, Peter Utzelmann (3) und Max Prenzlow, die zum Streik aufgerufen und ein gemeinsames Aktionskomitee mit der VKPD gegründet hatten, was zur Bildung von 17 bewaffneten Hundertschaften geführt hatte, verwarfen jeden bewaffneten Kampf mit der Polizei. In Anbetracht des ungünstigen Kräfteverhältnisses wäre jeder Zusammenstoss ein sinnloses und kriminelles Verbrechen. Sie wussten nicht, dass sich Max Hölz mit seinen Truppen nur einige Kilometer weiter entfernt befand und Jung und Rasch vor Ort waren. Am 28. März befahlen sie einem großen Teil der Aufständischen, den Rückzug anzutreten, um das Massaker zu vermeiden. Sie verließen die Fabrik. Am darauf folgenden Tag wurde die Fabrik von der Polizei bombardiert, die 34 Arbeiter tötete und 1.500 gefangen nahm. Die Wut bei den Mitgliedern der KAPD in Leuna war groß, die nicht mit ihrer Partei und der Taktik Max Hölzens übereinstimmten (5). Max Hölz, der mit seinen Partisanen - 2.000 an der Zahl - umzingelt war, musste nach einem 10 Tage dauernden Kampf am ersten April aufgeben. Am 31. März gab die VKPD den bewaffneten Kampf auf. Das war das Ende der Märzaktionen, die zu einer Niederlage geführt hatten.

Die Bilanz der Märzaktion war verheerend: ca. 100 Arbeiter getötet, Tausende verhaftet, Tausende mit Zuchthaus bestraft. Hölz, Plättner, Utzelmann wurden auch ins Zuchthaus gesteckt. Die Konsequenzen für die VKPD waren noch schlimmer als für die KAPD. Die Mitgliederzahl bei der VKPD sank von 350.000 auf 150.000 innerhalb weniger Wochen. Aber die Mitgliederzahl der KAPD blieb stabil: von 38.000 im April 1920 zum Zeitpunkt ihrer Gründung stieg sie gar auf 41.000 im Sept. 1921; dies sind Zahlen, die auf ihrem außergewöhnlichen Kongress bekannt gegeben wurden. Aus der Sicht vieler Arbeiter blieb die KAPD die Partei Max Hölzens, der im Gefängnis immer noch eine große Popularität genoss, die genauso groß war wie die Demoralisierung in den Reihen der Arbeiter selbst. Der individualistische Aktivismus eines Max Hölz war das direkte Gegenstück der kollektiven Passivität der Arbeitermassen. Die von der KAPD auf Max Hölz gerichtete Aufmerksamkeit dauerte jedoch nicht lange. Hölz verließ im Nov. 1921 die KAPD, um in die VKPD einzutreten (1).

Mehr noch als die Kronstädter Ereignisse sollte die Märzaktion die Spaltung innerhalb der KAPD beschleunigen, und auch die zwischen den Linkskommunisten in Holland auf der einen und der VKPD und der Komintern auf der anderen Seite. Die KAPD begann eine lebhafte Polemik - unterstützt von Gorter - gegen die Haltung der VKPD und der Komintern während der Märzaktion von 1921. Eine teilweise von Gorter verfasste Broschüre (2) wurde eigens zu diesem Zweck veröffentlicht: „Der Weg des Dr. Levi - der Weg der VKPD“. Levi hatte in einer Broschüre mit dem Titel „Gegen den Putschismus“ die Haltung der Exekutive der Komintern und der Führung der VKPD während der Märzaktion infrage gestellt. Aus Levis Sicht handelte es sich um den „größten bakunistischen Putsch in der Geschichte“. Weil er seine Partei und die Komintern kritisiert und ohne Absprache seine Broschüre veröffentlicht hatte, war Levi aus der Partei ausgeschlossen worden. Aber viele teilten seine Kritik innerhalb der VKPD, insbesondere der rechte Flügel um Clara Zetkin und schließlich auch Lenin in der Komintern. Aus Gorters Sicht wie auch aus Sicht der KAPD war die Broschüre Levis umso gefährlicher, da die Grundlage der Kritik am Putschismus zutraf. Diese Kritik konnte nur zur alten sozialdemokratischen Taktik, pazifistisch und parlamentarisch vorzugehen, zurückkehren, indem sie sich nicht nur gegen die Führung der VKPD und der Komintern richtete, sondern - und das war der wirkliche Hintergrund des Problems - gegen jede Aufstandsbewegung der Klasse zum Zwecke ihrer Verteidigung, auch wenn sie nur von einer Minderheit durchgeführt wurde. Levi gab jede grundlegende Solidarität mit den revolutionären Minderheit des Proletariats auf, die zur Zielscheibe der Offensive des Kapitalismus geworden waren. Sein Weg konnte ihn nur zurück in die Arme der Sozialdemokratie führen (3).

Die Broschüre der KAPD und Gorters war keine Selbstkritik der Handlungen der Partei während der Märzaktionen. Diese Kritik ist eigentlich nie verfasst worden (4). Es handelte sich um eine Verteidigung der Minderheitsbewegung der Arbeiter Mitteldeutschlands, die in die Defensive gedrängt worden waren. Die KAPD bewies, dass diese Bewegung eine Verteidigungsbewegung war, und dass es sich nicht um eine offensive Taktik, so wie sie von der Komintern und der Führung der VKPD befürwortet worden war, handelte. Der gemeinsame Aufruf der beiden Parteien zum Streik diente *„ausschließlich der Verteidigung und der Solidarität gegenüber einem konterrevolutionären Angriff“* (ebenda, S. 5).

Gorter und die KAPD stellten die Führung der VKPD und Levi auf eine Ebene. Es handelte um die „Dummheit der VKPD, die Dummheit des Exekutivkomitees Moskaus, die größte Dummheit der 3. Internationale“. Der Putschismus der VKPD, unterstrich zu Recht Gorter, konnte nur das Gegenstück der parlamentarischen Politik Levis und der Komintern sein. *„Die beiden Methoden widersprechen sich nicht. Sie wachsen notwendigerweise auf dem Boden des Opportunismus“* (S. 11) (5).

Die Broschüre der KAPD und Gorters litt unter einer Reihe von Interpretationsschwächen. Sie überschätzte stark das Ausmaß der Märzaktionen und den historischen Kurs. Auf widersprüchliche Weise behauptete sie, dass die Märzaktion einerseits eine defensive gewesen sei, andererseits sei sie der *„erste bewusste Angriff der revolutionären Proletarier Deutschlands gegen die Staatsmacht der Bourgeoisie gewesen“* (S. 21). Während Rühle ziemlich klar erkannte, dass *„die Revolution in Deutschland für eine lange Zeit verloren sei“,* meinten Gorter und die KAPD, dass es noch einen Kurs hin zur Revolution gäbe. *„Die deutschen Arbeiter haben endlich ihre Passivität hinter sich gelassen, die so lange die deutsche Revolution in ihrem Griff gehalten hatte“* (ebenda, S. 22). Dies war eine naive Schlussfolgerung, denn in der gleichen Broschüre wird mit Bitterkeit festgestellt, dass *„selbst die großen Arbeitermassen Mitteldeutschlands neutral blieben, wenn sie nicht gar feindlich gegenüber der kämpfenden Avantgarde eingestellt wa-*

ren“ (ebenda, S. 24). Schließlich hatte die Märzaktion nur einen „pädagogischen Effekt für das Klassenbewusstsein“ gehabt. „*Der offene Kampf gegen den bürgerlichen kapitalistischen Staat deckt das wahre Gesicht der Demokratie auf*“ (ebenda, S. 25). Aber sollte das deutsche Proletariat wirklich die Märzereignisse 1921 abgewartet haben, um seit 1919 dieses „wahre Gesicht der Demokratie“ zu entdecken? Auf diese Frage gab es keine Antwort.

Gorter und die KAPD verstanden nicht, dass der revolutionäre Kurs in Deutschland und in der ganzen Welt dabei war zu kippen. Sie merkten dies erst viel zu spät (2). 1921 setzten sie auf die Weltwirtschaftskrise, während der Kapitalismus anfing, sich bis 1928 unter den Auswirkungen des Wiederaufbaus zu stabilisieren, was in Deutschland nur auf den Zeitraum zwischen 1924-28 zutraf. Die Weltkrise sollte fast automatisch einen revolutionären Sieg ermöglichen: „*Die Weltkrise, welche 2 Jahre lang durch die Beendigung des Krieges eingegrenzt worden war, fängt jetzt erst richtig an. Sie wird schrecklich sein und kann und wird uns unseren Sieg ermöglichen*“ (ebenda, S. 19). Diese Verwechslung zwischen historischer Krise des Kapitalismus (Dekadenz), die sich über einen ganzen Zeitraum hin entfaltet, und der offenen Krise, liefert die Erklärung für das Abenteuer der Bildung einer kommunistischen Arbeiterinternationale, die ein Mittel zur Beschleunigung des tatsächlichen Kurses der Geschichte sein sollte.

Auf ihrem 2. Kongress äußerte sich die Komintern durch eine Stellungnahme Trotzkis (3) viel klarer als Gorter, wobei sie die Idee verfolgte, die Taktik der „Einheitsfronten“ und des Parlamentarismus fortzusetzen:

"Die Lage wird für uns immer günstiger, aber auch immer komplexer. Wir werden den Sieg nicht automatisch erringen. Der Boden ist von unserem Feind vermint worden, und der Feind ist stark; er sieht sehr wohl unsere Schwächen, er weiß, welche Manöver er kaltblütig durchführen muss... Je größer die Gefahr ist, desto mehr schmeißt eine Klasse ihre ganzen Kräfte genauso wie jeder Einzelne in den Kampf zur Selbstbehauptung“. Und Trotzki schlussfolgerte: „1919 sagten wir „Es ist alles eine Sache von ein paar Monaten. Heute sagen wir, es ist vielleicht eine Frage von Jahren“.

Praktisch war die kommunistische Strömung der deutschen und holländischen Linken innerhalb der Komintern vollständig isoliert, bevor sie auf einem Kongress der Internationale (dem 3.) zum letzten Mal ihre Stimme erheben konnte. Innerhalb der Internationale hatte es schließlich kaum Reaktionen gegen die Politik des russischen Staates und die Taktik der Komintern gegeben. Und die Haltung Clara Zetkins, die den Standpunkt Levis vertrat, wurde von Lenin vor dem Kongress unterstützt. Aber für die Holländer wie für die Deutschen kam es darauf an, bis zum Ende für die Rettung der russischen Revolution und die Weltrevolution zu kämpfen, indem die 3. Internationale aus *den Händen des russischen Staates gerissen werden sollte: „*
Wir müssen mit allen Mitteln durch Handeln versuchen, dass Russland eine Arbeitermacht bleibt. Aber wir müssen uns trotzdem das Ziel setzen, dass die 3. Internationale sich politisch und organisatorisch vom politischen System des russischen Staates löst, um die Bedingungen der Revolution in Westeuropa zu berücksichtigen. Die nächste Etappe auf dem Weg zu diesem Ziel scheint uns der Aufbau einer politischen Kraft in Westeuropa zu sein, die im engeren Kontakt mit Moskau es ermöglicht, eine ständige Unabhängigkeit in allen politischen und taktischen Fragen hinsichtlich Westeuropas zu gewinnen“ (KAZ, 1. Mai 1921).

Dieser Vorschlag, der 1926 von Bordiga aufgegriffen wurde, ließ jedoch die Frage der Kontrolle der Politik des russischen Staates und der bolschewistischen Partei durch die 3. Internationale ungeklärt. Dieser Vorschlag erschien wie ein frommer Wunsch, der auch von Pannekoek geteilt wurde. Aus seiner Sicht war mit der „Märzaktion die geistige Führung der westeuropäischen Revolution von Russland auf Westeuropa selber übergegangen“. Für die Arbeiter Europas sollte das russische Proletariat und „vor allem seine Führer einfache Kampfgefährten und ein Verbündeter sein“ (1).

Obgleich sie zur Isolierung verurteilt waren und als Anarchisten und linke Sozialrevolutionäre von den russischen Führern der Komintern bezeichnet wurden, beabsichtigten die Linkskommunisten damals noch nicht die Gründung einer Internationale und noch weniger die Errichtung eines Bundes der Unzufriedenen. Die deutsch-holländische Strömung verwarf jedes Bündnis oder eine Front mit anarchistischen Elementen, selbst wenn sie aus der Komintern ausgeschlossen werden sollte. In einer Antwort an den Anarchisten Erich Mühsam, der eine Zeitlang Mitglied der VKPD gewesen war, bevor er aus dieser ausgeschlossen wurde, und der im Anschluss daran eine „Front aller Ausgeschlossenen“ errichten wollte, brachte Pannekoek im Namen der Linken ein kategorisches Nein zum Ausdruck. Selbst als sie vom 3. Kongress ausgeschlossen worden waren, blieben die deutsche und holländische Linken solidarisch mit den Bolschewiki*: „Sie wollen einen Bund aller von Moskau ausgeschlossenen revolutionären Gruppen bilden. Wir wollen das nicht, weil ein solcher Bund von selbst eine Spitze gegen Moskau bekommen würde. Wir fühlen uns, trotzdem der Moskauer Kongress unsere Richtung ausschloss, völlig solidarisch mit den russischen Bolschewiki... Wir bleiben daher solidarisch, nicht nur mit dem russischen Proletariat, sondern auch mit seinen bolschewistischen Führern, trotzdem wir ihr Auftreten innerhalb des internationalen Kommunismus aufs schärfste kritisieren müssen. (Die Aktion, Nr. 11-12, 19.03.1921).*

Die Antwort Pannekoeks war schon eine gewisse Warnung. Nach Kronstadt und der Märzaktion stand der Ausschluss der Linkskommunisten aus der Komintern vor der Tür. Die holländische Linke sollte dies als erste zu spüren bekommen.

2. DER AUSSCHLUSS DER KOMMUNISTISCHEN LINKE

a) DIE LINKE DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI HOLLANDS

Nachdem Wijnkoop die Thesen des 2. Kongresses der Komintern unterstützt hatte, wurden die Angriffe gegen die Opposition der KPN seitens der Führung um Wijnkoop immer heftiger. Obgleich die Opposition sich um ihr Organ „De Roode Vaan“ zusammengeschlossen hatte, blieb sie isoliert. Nur ein Drittel der Mitglieder der Partei sympathisierte mit ihr, aber sie hatte ein großes Echo unter den Arbeitern der KPN. Die Sektionen in den Industriestädten wie Enschede und Zwolle standen auf ihrer Seite. Intellektuelle wie Pannekoek selber und vor allem Roland-Holst - immer zum Zentrismus geneigt - zögerten sehr, den Kampf auf der Seite Luteraans und Gorters zu führen. Pannekoek fiel es leichter, sich aus der Ferne an der Seite der KAPD gegen den Opportunismus der Komintern zu engagieren, als den praktischen Kampf gegen diesen gleichen Opportunismus innerhalb seiner eigenen Partei zu führen (3).

Nach dem 2. Kongress der Komintern hatte die Opposition keinen Zweifel daran, dass Wijnkoop, den sie den holländischen Levi nannten, durch „*völlig despotische und persönliche Methoden sich anschickte, die Oppositionsströmung auszuschließen* (4)“. Sie konnte auf keinen Fall mit der Unterstützung der anarchistischen, syndikalistischen NAS rechnen, die Hand in Hand mit der KPN arbeitete. Wie für die KAPD und Pannekoek stand es außer Frage, eine Oppositionsfront mit den revolutionären Syndikalisten zu bilden, die die Politik Moskaus kritisierten. Deutlich stellte „De Roode Vaan“ die NAS und Wijnkoop auf die gleiche Ebene: „*Von einigen Ausnahmen abgesehen begehen die Syndikalisten in allen Ländern einen Verrat. Sie sind Gegner des Rätesystems, der Diktatur. Sie treten ein für einen zerstörerischen Pazifismus im Bereich der Innen- und Außenpolitik“ (5)*. Die Zusammenarbeit mit der sozialdemokratischen Gewerkschaft Troelstras, der NVV, kün-

digte einen Zusammenschluss mit dieser an, was ein weiterer Grund war dafür, dass die Opposition die NAS bekämpfte.

Die Ankündigung eines Zusammenschlusses zwischen der NAS und NVV sollte die Opposition jedoch einige Zeit verschonen. Auf dem Oktoberkongress der KPN im Jahre 1920 hatte die Führung der Partei eine Resolution vorgeschlagen, die die Auflösung der NAS in der NVV gemäß den Richtlinien des 2. Kongresses der Komintern beabsichtigte. Aber nicht nur in der NAS, sondern auch in der KPN regte sich dagegen großer Widerstand. Die große Mehrheit sprach sich gegen die Gewerkschaftspolitik Moskaus aus und auch gegen van Ravesteyn, der dessen entschlossenster Anhänger war. Wijnkoop tat so, als ob er die Beschlüsse des 2. Kongresses anwenden wollte, aber in Wirklichkeit unterstützte er all jene, die aus unterschiedlichen Gründen die russische Politik kritisierten. Deshalb ließ er es auch zu, dass ein Artikel Luteraans gegen die Politik der Komintern veröffentlicht wurde, was ganz ungewöhnlich war, denn er verfügte über eine absolute und despotische Kontrolle über „De Tribune". Luteraan hob den „Hauptfehler der 3. Internationale hervor, der darin besteht, alle Länder der Linie Russlands zu unterwerfen" (1). Sowohl von der Mehrheit als auch von der Opposition angegriffen, wurde die Resolution als „verfrüht" vom Kongress erklärt und auf den nächsten Kongress verschoben.

Diese von Wijnkoop verfolgte Taktik der Opposition war jedoch nur von kurzer Dauer. Weniger Monate später verfügte er im April 1921 die Auflösung der Sektion in Enschede. Diese hatte einen Antrag verfasst, in dem gefordert wurde, dass die beiden Strömungen der Partei auf dem im Juni des Jahres stattfindenden 3. Kongress der Komintern vertreten sein sollten. Die Opposition forderte nur, dass die elementarsten Regeln der Arbeiterdemokratie angewandt werden sollten. Durch die Auflösung der Sektion in Enschede und ihre Ersetzung durch eine neue, „löste" die Führung um Wijnkoop den Antrag der Sektion auf ihre Art. Diese Angelegenheit war der Beginn einer wahren Hexenjagd gegen all diejenigen, die sich mit der aufgelösten Sektion von Enschede solidarisierten. Luteraan wurde im Mai 1921 aus der KPN ausgeschlossen. Aber Wijnkoop begnügte sich nicht damit. Er zögerte nicht vor Verleumdungen gegen einen Genossen aus Enschede, G. J. Geers (2), der mit 40 anderen Mitgliedern der Sektion ausgeschlossen wurde. Ihm wurde vorgeworfen, ein deutscher Spion zu sein, obgleich er sich zum entsprechenden Zeitpunkt in Spanien befand. Aber seine einzige „Schuld" bestand darin, dass er einer der Hauptredakteure der „Roode Vaan" war. Alle, die sich mit Luteraan und Geers solidarisierten, wurden ausgeschlossen. Dies geschah auch mit den Genossen aus Zwolle im Juni. Man muss beachten, dass all diese Ausschlüsse gegen die Statuten verstießen, da sie nicht von einem Kongress der Partei, sondern von den Führungsgremien der KPN beschlossen worden waren. Alle Anträge der Ausgeschlossenen, ihren Ausschluss bis zum nächsten Kongress der KPN aufzuheben, welcher im November stattfinden sollte, wurden verworfen. Die letzte Handlung Wijnkoops gegen die Opposition bestand darin, die Nieuwe Tijd aus den Händen der Opposition zu reißen. Es gelang ihm nicht, denn die Mehrheit der Redaktion, die die alte marxistische Zeitung in ihren Händen hielt, weigerte sich. Sie wollte auch nicht die Führung Roland Holst anvertrauen, der die Opposition auf eine sentimentale Art und Weise unterstützte, der aber aufgrund seiner ihm typischen Schwäche der Mehrheit folgte (3). Schließlich erschien die letzte Nummer im Dez. 1921. In der Zwischenzeit hatte Pannekoek die KPN verlassen, obgleich er bei der Redaktion der Nieuwe Tijd weiter mitarbeitete, ohne gleichzeitig jedoch in die KAPN eingetreten zu sein, die mittlerweile gegründet worden war.

Nach all dieser Welle von Ausschlüssen, deren letzter der der Sektion in Deventer war - eine Ironie der Geschichte, denn Deventer war das glorreiche Symbol der tribunistischen Strömung, denn sie wurde hier zu Grabe getragen, - organisierte sich die Opposition aktiv. Von den 2.000 Militanten der KPN waren ungefähr 200 ausgeschlossen worden. Sie gründeten am 4. Sept. 1921 die Kommunistische Arbeiterpartei der Niederlande in Amersfort. Sie war in 10 Orten vertreten, darunter Amsterdam und Rotterdam. In der KPN gab es weitere Spaltungen (4).

b) DER AUSSCHLUSS DER KOMMUNISTISCHEN LINKE BULGARIENS AUS DER KOMINTERN

Seit Mai 1919 hatte sich innerhalb der bulgarischen kommunistischen Partei eine Opposition herausgebildet. Die Bulgarische Kommunistische Partei zählte ungefähr 25.000 Mitglieder, von denen 2.000 Industriearbeiter waren. Von ihrem Gründungskongress an vertrat die Opposition eine linkskommunistische Linie: Verwerfung des Parlamentarismus, Verwerfung jeder Allianz mit der Bauernschaft, deren politischer Repräsentant die Partei Stambuliskis war, der an der Spitze der Regierung stand (1). Dies war einer der Gründe für den Ausschluss der Opposition aus der Partei. Sie agierte somit sowohl außerhalb als auch innerhalb der Partei. Im Sept. 1920 wurden „in fast allen Industriezentren" linkskommunistische Gruppen gegründet, die unter der Führung des Journalisten Ivan Gantschew eine Zeitung Iskra (Der Funke) herausgaben. Diese Gruppen wählten damals ein provisorisches Zentralexekutivkomitee. Ihr Kampf gegen die Politik der Zentrale der bulgarischen KP wurde verschärft geführt, als die KP im Nov. 1920 - der Politik der Komintern folgend, Bündnisse mit der linken Sozialdemokratie zu schließen - sich mit der Mehrheit der Sozialdemokratie zusammenschloss. Dieser Zusammenschluss ergab eine große Massenpartei mit 40.000 Mitgliedern, was in Anbetracht einer 150.000 starken Arbeiterklasse eine sehr große Zahl war. Weil sie sich einer Politik des Bündnisses und damit auch der Führung der Partei entgegenstellten, wurde eine Reihe von Arbeitern in den Industriezentren ausgeschlossen. Im Frühjahr 1923 wuchs die Opposition von 1.000 auf 2.000 Mitglieder innerhalb und außerhalb der Partei.

Die Opposition wollte keinesfalls aus der Partei und der Komintern austreten. Zu diesem Zweck schickten „*linkskommunistische Gruppen der bulgarischen KP Delegierte nach Moskau, um ein Mandat zu haben, das ihnen ermöglichte, zumindest mit beratender Stimme am 3. Kongress der Komintern teilzunehmen*". Vom März 1921 an hielten sich bulgarische Delegierte in Moskau auf und versuchten mehrfach ein Mandat zu erhalten - wie das im Falle der Opposition der VKPD der Fall gewesen war, um sich voll am Kongress der Internationale zu beteiligen, der sie angehörten (4). Dies wurde von Radek verweigert, aus dessen Sicht es keine „bulgarische Frage" gab. Nach dieser Ablehnung nahmen die Linkskommunisten Kontakt mit den Delegierten der KAPD im Moskau im Juni-Juli auf, und schickten gar Delegierte nach Berlin, um mit der Führung der KAPD Kontakt aufzunehmen und auch an ihrem nächsten Kongress teilzunehmen.

Nachdem sie praktisch aus der Komintern ausgeschlossen waren, blieb ihnen nichts anderes übrig als eine eigene Partei zu gründen. Dies taten sie nach dem Kongress der KAPD. In der Industriestadt Slivnu - ein bedeutendes Textilzentrum - wurde auf einer Konferenz vom 7-10. Jan. 1922 die Kommunistische Arbeiterpartei Bulgariens gegründet, deren Exekutivkomitee sich in Varna (5) befand. Die Statuten der Partei sahen vor, dass 2/3 des zentralen Exekutivkomitees Arbeiter sein sollten, und dass dies alle 3 Monate ersetzt werden sollten. Dies geschah aus Angst vor einer Bürokratisierung und der Intellektuellen. Ihr Organ war die „Rabotniceska Iskra" (Arbeiterfunke), die von „einem Arbeiter herausgegeben" wurde. Eine sehr „ouvrieristische" Richtung einschlagend, hatte diese Partei, die mehr als 1.000 Mitglieder umfasste und hauptsächlich aus Arbeitern zusammengesetzt war, ein großes Misstrauen gegenüber den Intellektuellen der Partei.

C) DER AUSSCHLUSS DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN LINKEN

All diese Ausschlüsse waren mit der Zustimmung des Exekutivkomitees vollzogen worden, auch in Holland, wo Wijnkoop zur Rechtfertigung des Ausschlusses der Opposition sich auf die Delegierten der VKPD beim Exekutivkomitee der Komintern gestützt hatte (6).

Die KAPD, die nach Moskau mit der Hoffnung gekommen war, die Politik der Komintern ändern zu können, und auch ein eigenständiges Mitglied zu werden, nachdem die 21 Beitrittsbedingungen aufgehoben worden wären, musste sehr schnell eine Enttäuschung erleben. Nachdem die Delegierten Kontakt mit den verschiedenen Delegierten aufgenommen hatten, mussten sie erkennen, dass es keine Möglichkeit gab, eine internationale Opposition innerhalb der Komintern zu schaffen. Die fruchtbarsten Kontakte waren mit den Bulgaren, der Arbeiteropposition (1), den Delegierten Mexikos, Luxemburgs, Belgiens, (van Overstraeten), Englands und Glasgows (2) oder auch mit den Syndikalisten der spanischen CNT und den amerikanischen IWW hergestellt worden. Aber abgesehen von den Bulgaren weigerten sich alle anderen, aus Angst vor dem Ausschluss der Internationale, eine organisierte Opposition zu bilden. Die 5 Delegierten der KAPD (3) mussten sehr schnell erkennen: sie standen allein auf weiter Flur, aber sie blieben bis zum Ende des Kongresses. Dies war ein großer Unterschied im Vergleich zu der unverantwortlichen Haltung Rühles auf dem 2. Kongress.
"Wir standen allein da. Wir mussten unsere Aufgabe der Gründung einer Opposition fallen lassen. Aber wir konnten daraus nicht die Schlussfolgerung ziehen, dass die Arbeit der KAPD auf dem Kongress in Moskau nicht gerechtfertigt gewesen wäre, und dass wir uns etwa so hätten verhalten sollen wie O. Rühle auf dem 2. Kongress" (4).

Mit großem Mut bemühte sich die KAPD, ihre Positionen auf dem Kongress zu verteidigen. Zu allen Tagesordnungspunkten meldete sie sich zu Wort (Wirtschaftskrise und historischer Kurs, Gewerkschaften, russische Frage, Märzaktion). Die Interventionen ihrer Delegierten, deren Redezeit auf nur 10 Minuten beschränkt worden war, stießen auf Reaktionen wie Lachen, Unterbrechungen oder gar Indifferenz. Die Tagesordnung wurde zu ihren Ungunsten umgeschmissen. Ihre Thesen konnten auf dem Kongress nicht diskutiert werden. Ihnen wurde verweigert - im Gegensatz zu einer Tradition in der revolutionären Bewegung -, für die Opposition Gegenberichte zu den Einleitungsberichten vorzutragen. Schließlich wurde ihr ein Ultimatum gestellt, sich innerhalb der nächsten drei Monate mit der VKPD zusammenzuschließen, sonst würde sie aus der Komintern ausgeschlossen. Die Delegierten der KAPD verwarfen das Ultimatum. Obgleich das Zentralkomitee der Partei ihnen die „Vollmacht" erteilt hatte, um „sofort aus der 3. Internationale auszutreten", verhielten sich die Delegierten der KAPD sehr verantwortlich. Sie verkündeten nicht den Austritt aus der Komintern, weil sie wollten, dass sich die Gesamtheit der Partei ohne Vorurteile und ganz überlegt eine Entscheidung treffen sollte (5).

"Die Delegation verwirft einstimmig das Fusionsultimatum der VKPD. Trotz unserer Vollmacht dazu erklärten wir nicht den Austritt der KAPD aus der 3. Internationale. Unsere Genossen werden selber Stellung beziehen. Sie werden ihre Antwort auf den Entschluss geben, den Weg des Reformismus, des Opportunismus eingeschlagen zu haben. Das internationale Proletariat wird diese Antwort hören. Wir haben unsere Entscheidung getroffen und sind uns voll der Tragweite und Schwere bewusst. Wir sind uns über unsere Verantwortung gegenüber den deutschen Arbeitern, gegenüber Sowjetrussland, gegenüber der Weltrevolution klar. Die Revolution wird durch keine Resolution dieses Kongresses an irgendetwas gebunden sein. Sie wird leben. Sie wird ihren Weg fortsetzen. Wir gehen mit ihr, begleiten sie. Wir setzen unseren Weg in ihren Diensten fort".

Als revolutionäre Strömung stand die KAPD vor einer schweren und schmerzhaften Wahl, auch deshalb, weil sie sich auf die gesamte linkskommunistische Strömung auswirken würde:
- entweder mit der VKPD zusammengehen, wodurch man schnell als unabhängige Strömung untergehen werde, denn die Führung dieser Partei würde entsprechende Manöver gegen sie einleiten. Die Möglichkeit der Bildung einer Fraktion erwies sich praktisch als nicht gegeben, dies hatte jedenfalls das Beispiel der holländischen KP gezeigt.
- oder sie würde zu einer externen Fraktion der Internationale werden, wie es später die Bordigisten taten, mit der Absicht, die Komintern wieder zu erobern und auch die deutsche VKPD, wobei sich andere größere Fraktionen gleichzeitig bilden müssten,
- oder sie könnte als Gründungsteil einer organisierten linkskommunistischen Strömung auftreten, die international und zentralisiert handelte, und dass man auf die Bedingungen der Gründung einer neuen kommunistischen Internationale hinarbeiten würde,
- oder sie würde sich ganz künstlich und ohne Berücksichtigung der subjektiven Bedingungen für die Bildung und Gründung einer neuen 4. Internationale entscheiden.

Die zu treffende Entscheidung hing von einer klaren Analyse der internationalen Lage und des historischen Kurses ab, sowie von einer theoretisch untermauerten Einschätzung des Wesens der russischen Revolution und der Komintern. In Anbetracht des anstehenden außerordentlichen Kongresses der KAPD, der 2 Monate nach dem 3. Kongress der Komintern stattfinden sollte, war eine Klärung innerhalb der deutsch-holländischen Strömung dringend erforderlich, die aber nicht überstürzt sein dürfte.

Aber die Führung der KAPD - die stark von Gorter beeinflusst war - ließ sich vom Juli 1921 an in überstürzte Entscheidungen treiben. Trotz des Widerstands der Vertreter aus Hannover und Ostsachsen, trotz der Enthaltung des größten Parteibezirks - des „Großberlins" - entschied sich die Führung der Partei unter Schröders Einfluss für die Annahme einer Resolution, die den Bruch mit der 3. Internationale verkündete. Schwerer wiegend als diese außerhalb des Rahmens eines Kongresses getroffene Entscheidung war der Beschluss, auf die „Errichtung einer Kommunistischen Arbeiterinternationale" hinzuarbeiten. Die Resolution wurde als ein „Votum" der Führung der KAPD hingestellt:

"Der Zentralausschuss ist der Auffassung, dass durch den Verlauf des 3. Weltkongresses im Prinzip der Bruch mit der Moskauer Internationale vollzogen ist.
Der Zentralausschuss erblickt mit Rücksicht auf die Notwendigkeit des internationalen Klassenkampfes den Aufbau einer kommunistischen Arbeiter-Internationale für die dringendste Aufgabe des revolutionären Welt-Proletariats. Der Zentralausschuss ist weiterhin der Auffassung, dass Grundsätze, Taktik und Organisationsform dieser kommunistischen Arbeiter-Internationale angepasst sein müssen den Kampfbedingungen der proletarischen Revolution.
2. Der Zentralausschuss erklärt, dass unsere Politik gegenüber der russischen Sowjetregierung bestimmt wird durch deren jeweilige Haltung. Wenn die Sowjetregierung auftritt als Kampffaktor der proletarischen Revolution, muss die KAPD sie durch aktive Solidarität unterstützen. Dort, wo sie diesen Boden verlässt und als Sachwalterin der bürgerlichen Revolution erscheint, muss sie von der KAPD ebenso entschieden bekämpft werden"

Die russische Frage - proletarische Revolution oder Doppelrevolution - stand sehr wohl im Mittelpunkt der Debatten innerhalb der KAPD.

3. GORTER, DIE KAPD UND DIE BILDUNG DER KAI

Gorter und die Holländer - mit Ausnahme von Pannekoek, der sich aus wenig ersichtlichen Gründen 1927 aus der Politik zurückzog (2) - beteiligten sich sehr aktiv an den Debatten der KAPD. Aber im Gegensatz zu den Jahren 1919 und 1920 erwies sich diese Aktivität als eher negativ für die KAPD, denn sie brachte viele Ver-

wirrungen in ihren Reihen hervor.

a) DIE RUSSISCHE FRAGE: STAATSKAPITALISMUS, PARTEI UND INTERNATIONALE

Erst spät machten die holländischen Theoretiker eine kritische Einschätzung des Verlaufs der russischen Revolution. Bis 1920 meinten sie, die russische Revolution orientiere sich hin zum Kommunismus. Sie unterschieden genau die Politik der bolschewistischen Partei in der Internationale von der Wirtschaftspolitik, die sie und der Staat betrieben. Pannekoek meinte, in Russland „gibt es in der Industrie in Anbetracht einer sehr stark zentralisierten Wirtschaft keine Form der Ausbeutung“ - obwohl die Bolschewiki dies aufgrund des vorübergehenden Charakters der NEP nicht behaupteten. Und er zog daraus die Schlussfolgerung, Russland würde die Dekadenz des Kapitalismus „aushalten“ können. Im Gegensatz, es war dabei, in eine neue Zivilisationsstufe einzutreten, die es „zu einem Zentrum der neuen weltkommunistischen Ordnung“ werden ließ (1). Während Pannekoek die Gefahr einer „neuen Bürokratie“ hervorhob, fasste er diese jedoch nicht als den Träger der Konterrevolution auf. Aus seiner Sicht kam die Gefahr der Konterrevolution hauptsächlich von Außen: Abfinden des Sowjetstaates in einem Modus vivendi mit dem Weltkapitalismus und gegenseitigen übereinkommen mittels Diplomatie. Von Staatskapitalismus ist bei ihm noch nicht die Rede. Aus der Sicht Gorters und Pannekoeks war die russische Revolution proletarisch gewesen, genauso wie es die bolschewistische Partei war.

Gorter wiederum meinte schon ab 1918, dass die Todesgefahr für die Russische Revolution in Gestalt der Bauernschaft auftrete. In einem Brief an Pannekoek schrieb er: „Die größte Gefahr für das Sowjetrussland besteht nicht in der Konterrevolution und auch vielleicht nicht in der Entente, sondern sie kommt von den Bauern“ (2). Diese Zwangsvorstellung von den Bauern als einzigem konterrevolutionären Faktor tauchte auch 1921 wieder auf nach der Niederschlagung des Aufstands der Arbeiter und Matrosen von Kronstadt und nach Einführung der NEP. Eine Broschüre der KAPD griff dies eingehend auf: „Die Moskauer Internationale“ (3). Gorters Untersuchung des Wesens des russischen Staates und der Komintern war rein phänomenologisch. Aus seiner Sicht war der russische Staat „kleinbürgerlich“ geworden, genauso wie auch die 3. Internationale. Die russische Revolution wurde zu einer Doppelrevolution: „zu einem kleinen Teil proletarisch kommunistisch, zum großen Teil demokratisch-bäuerlich“. Solch eine zumindest überstürzte Analyse stand im Gegensatz zu den Aussagen und Methoden des Marxismus. Die Bauernschaft genauso wenig wie das Kleinbürgertum im Allgemeinen sind keine wirkliche Klasse, sondern eine Gesamtheit von heterogenen Schichten, die zwischen Proletariat und Bourgeoisie hin- und herschwanken. Während es zwar in der Geschichte unzählige Bauernrevolten gegeben hat, ist daraus nie eine Bauernrevolution mit einem eigenen Staat hervorgegangen. Aus marxistischer Sicht gibt es nur zwei Staatsformen im Kapitalismus, den bürgerlichen Staat und den Übergangsstaat, der unter der Kontrolle der Arbeiterklasse steht. Die proletarische Revolution kann entarten, bis sie gar verschwindet, aber keinesfalls kann sie sich in eine bürgerliche Revolution umwandeln. Alle Marxisten der damaligen Zeit, auch Gorter und Pannekoek, hatten übrigens mit Rosa Luxemburg betont, dass der Zeitraum der bürgerlichen Revolutionen abgeschlossen war. Aber keinesfalls hielten sie eine „kleinbürgerliche Revolution“ für möglich. Hinsichtlich des Vorwurfs des kleinbürgerlichen Charakters der Komintern, kann man sich kaum vorstellen, dass das Kleinbürgertum, zusammen mit der Heerschar der an die Nation gebundenen Schichten, eine Internationale auf die Beine stellen kann. Es stimmt zwar, dass die Komintern dieser, im revolutionären Lager „neuen“ Idee Vorschub leisten konnte, als sie eine „Bauerninternationale“ schuf (4).

Eine ernsthaftere Diskussion entwickelte sich innerhalb der KAPD im Hinblick auf den außerordentlichen Kongress der Partei zur russischen Frage. Auf dessen Grundlage wurde eine Broschüre veröffentlicht, die von einem Mitglied des Zentralausschusses, Adolf Dethmann (2), verfasst worden war, der für die Wissenschaftsschule der Partei verantwortlich war und der Fraktion um Schröder und Gorter verbunden war: „Die sowjetische Regierung und die 3. Internationale im Schlepptau der internationalen Bourgeoisie“. Die Broschüre, die im August gedruckt wurde, womit wenig Zeit vorhanden war für den Kongress, der im September stattfand, wurde von Gorter ins holländische übersetzt. Sie diente als Bezugspunkt für die ganze linkskommunistische Bewegung, von den Holländern bis zu den Bulgaren. Gorter stützte sich später in großem Masse auf diese Thesen, um sie zu den Grundlagen der KAI zu machen (6).

Um den konterrevolutionären Kurs zu erklären, der vom Staat eingeschlagen und von der bolschewistischen Partei verfolgt wurde, definierte die KAPD die russische Revolution als eine Doppelrevolution: sie sei gleichzeitig sowohl eine bürgerliche als auch eine proletarische Revolution gewesen. Diese Auffassung, die von der bordigistischen Strömung nach 1945 (7) weitgehend wieder aufgegriffen und weiterentwickelt wurde, konnte sich zum Teil auf Texte Lenins und der Bolschewiki stützen, die implizit von einem doppelten Charakter der Revolution sprachen: „demokratisch-bürgerlich“ und „proletarisch“ (8). Die Revolution sei eine Doppelrevolution gewesen, weil sie einerseits den Feudalismus abschaffe, um den Kapitalismus auf dem Lande einzuführen; andererseits schuf das Proletariat in den Städten den Kapitalismus ab: *„In den Großstädten war es der Übergang zum Sozialismus, auf dem flachen Land der Übergang vom Feudalismus in den Kapitalismus. In den Großstädten vollzog sich die proletarische, auf dem Lande die bürgerliche Revolution“ (*S. 7).

Aus der Sicht der KAPD war die russische Revolution ein „Kompromiss zwischen zwei Revolutionen“ (S. 17). Die Leibeigenen auf dem Lande schlossen sich mit dem Proletariat gegen die „Feudaladligen“ zusammen. Und indem diese gleichen Leibeigenen das Land besetzten, stellten sie die „bürgerliche Klasse“ dar. Diese Auffassung stand außerhalb der historischen Wirklichkeit, da die Leibeigenschaft seit dem Ende des 19. Jahrhunderts abgeschafft worden war, und das Land seit Stolipine vom Kapitalismus durchdrungen war. Darüber hinaus konnte man den Grossteil der Bauernschaft, die wirtschaftlich zu rückständig war, kaum als eine Bourgeoisie betrachten. Die KAPD suchte die Bourgeoisie dort, wo es sie nicht zu finden gab. Die Bürokratie wurde aufgrund ihrer gesellschaftlichen Zusammensetzung untersucht und nicht aufgrund ihrer Funktion in den Produktionsverhältnissen: der Bürokratismus sei ein Ausdruck des Kleinbürgertums auf der Grundlage einer Mangelwirtschaft und nicht aufgrund einer bürgerlichen Funktion.
Im Unterschied zu den Rätekommunisten der 30er Jahre meinten die KAPD und Gorter keineswegs, die russische Revolution sei eine bürgerliche Revolution gewesen. Dies konnte nur einen Rückschritt darstellen. Die Phase der proletarischen Revolution stand in Russland auf der Tagesordnung, aber sie sei zugunsten des bürgerlichen Staates ausgelöscht worden, womit sei der unteren Stufe der bürgerlichen Revolution entsprach (1): *„Aus dem proletarischen Sowjetrussland des roten Oktobers beginnt ein bürgerlicher Staat zu werden“ (ebenda, S. 15).*

"Das russische Proletariat hat damit bereits seinen Staat aus den Händen verloren“ (S.22)
Folglich wurde Sowjetrussland zu einem Stützpunkt der internationalen Konterrevolution. Diese Position stellte die Verteidigung Sowjetrusslands infrage. Denn „von Fall zu Fall“ müsste die Möglichkeit seiner Verteidigung überprüft werden; seine Regierung sollte durch das Weltproletariat verteidigt werden, wenn sie *„zusammen mit dem russischen Industrieproletariat gegen den gemeinsamen reaktionären Feind, den Feudaladel, kämpft. (Das Proletariat) hat ihr aber jede Hilfe zu versagen, wo sie als Vertreterin des inzwischen zur herrschenden Klasse gewordenen Bürger-*

und Bauerntum im Gegensatz zum russischen Proletariat gerät" (S. 25).

Trotz der Konterrevolution betonte die KAPD, dass die Lehren der russischen proletarischen Revolution für die ganze Welt gültig blieben. Sie würden in einer zukünftigen russischen Revolution, in der man den Kapitalismus über Bord werfe, angewendet und gültig bleiben.

"Das revolutionäre Proletariat der ganzen Welt verdankt dem russischen Proletariat Unendliches. Das russische Proletariat hat ihm die Wege und Methoden (Massenstreik und Aufstand) gewiesen, die zur politischen Macht führen; es hat ihm zugleich die Form des proletarischen Staates, die Arbeiterräte, aufgezeigt. Das ist die große Tat, der alles überragende Erfolg der russischen Revolution" (ebenda, S. 28).

Der zweite Punkt, der von der Broschüre Dethmanns aufgegriffen wurde, war die Haltung, die die KAPD gegenüber der Russischen Kommunistischen Partei haben sollte. Dies war bislang ungewiss. Einerseits ging man implizit davon aus, dass, obgleich die bolschewistische Partei in ihrem Niedergang steckte, sie noch fähig war, proletarische Fraktionen hervorzubringen. Die KAPD rechnete stark mit der russischen Arbeiteropposition, damit es zu einer Abspaltung einer zweiten proletarischen Partei komme. Andererseits erschien die russische Partei so, als ob sie endgültig in das Lager der Bourgeoisie übergewechselt war. Aber auf seltsame Weise erschien Lenin der KAPD - und hier kann man den ganzen Einfluss Gorters merken - als der „Repräsentant der russischen Bauern, mit anderen Worten der internationalen Bourgeoisie" (S. 29).

Das gleiche Unverständnis des schrittweisen Prozesses des Niedergangs fand man bei der Analyse der 3. Internationale. Sie wurde endgültig für tot erklärt, weil sie sich vollständig dem russischen bürgerlichen Staat unterworfen habe *„Die 3. Internationale ist für die proletarische Weltrevolution verloren. Sie befindet sich ebenso wie die 2. Internationale in den Händen des Bürgertums. Der ganze Unterschied zwischen beiden besteht nur darin, dass die 2. Internationale in ihren einzelnen nationalen Parteien abhängig ist von den einzelnen bürgerlichen Staaten, während die 3. Internationale in ihrer Gesamtheit abhängig ist von einem einzigen bürgerlichen Staat" (ebenda, S. 30).*

Am schlimmsten war, dass die KAPD alle Sektionen der Komintern als verloren betrachtete. Dies bedeutete demzufolge, dass aus ihren Reihen keine revolutionären Fraktionen hervorgehen könnten, auch nicht aus ihren nationalen Sektionen. Wenn die „einzelnen Sektionen" der Komintern nur als „politische Hilfsgruppen in den Händen der bürgerlichen sowjetischen Regierung sind" (S. 32), dann fiel die ganze Politik der KAPD, Oppositionsgruppen zu bilden, in sich zusammen. Im Gegensatz zur Wirklichkeit stellten sie die belgische, mexikanische und italienische Partei als „Hilfstruppen" im Dienste des Aufbaus des russischen Kapitals *dar. Tatsächlich wollten sie damit eine theoretische Rechtfertigung für die Aufbau einer 4. Internationale liefern.*

b) DER AUSSERORDENTLICHE KONGRESS DER KAPD (11-14 Sept. 1921) UND DIE FRAGE DER BILDUNG EINER KAI

Der Kongress der KAPD verwarf einstimmig - die Delegierten Großberlins, die der Führung der Partei ablehnend gegenüberstanden eingeschlossen - das Ultimatum des 3. Kongresses der Komintern und beschloss den sofortigen Austritt aus der Komintern als sympathisierende Partei. Er unterstützte die Haltung der Delegierten und beschloss, ein Manifest an die Arbeiter der ganzen Welt zu verfassen. Schließlich stimmte er prinzipiell einer an Bedingungen geknüpften Solidarität mit dem russischen Staat zu (1).

Aber die Frage der schnellen Gründung einer kommunistischen Arbeiterinternationale war aufgeworfen worden, ohne gelöst geworden zu sein. Gorter hielt sich seit Juli in Berlin auf, wo er mindestens bis zum Kongress blieb, um sein ganzes Gewicht in die Waagschale zu werfen. Er versuchte (2), die Opposition Berlins und das Zögern Schröders, der pessimistisch geblieben war, zu überwinden(3). Am 16. Aug. sprach Gorter auf einer Sitzung des erweiterten Zentralausschusses in Berlin energisch zugunsten einer neuen kommunistischen Internationale. Berlin blieb unerschütterlich und sprach sich dagegen aus, während die anderen Bezirke zögerten und einige deren Gründung als „wünschenswert" betrachteten (4). Die Berliner leugneten nicht deren Notwendigkeit, aber sie wollten den Moment abwarten, wenn die KAI „von unten" entstehe. Auf keinen Fall sollte solch eine Organisation „von oben" aufgezwungen werden.

Der außergewöhnliche Kongress konnte in der Partei nicht für ausreichend Klarheit sorgen. Gorter, der mit drei anderen Delegierten aus Holland (5) gekommen war, äußerte sich als erster in einer langen Intervention (6). Er meinte, dass „die Situation noch so revolutionär war wie vor einigen Jahren", und dass andererseits der Kampf für die KAI „wesentlich schwieriger" geworden sei. Während man nur versuchen könnte „erneut gegen den Strom zu schwimmen", blieb noch ungeklärt, welchen Daseinsgrund und welche Glaubwürdigkeit dann eine KAI, die in einer Zeit konterrevolutionärer Entwicklung gegründet worden war, hätte? Was sollte heißen, wenn Dethmann davon sprach, dass die KAI in den Ländern gegründet werden sollte, die mit dem bürgerlichen deutschen Staat verbündet waren? Die Delegierten der Opposition vermochten keine klare Antwort zu geben. Einige behaupteten, dass KAPs nur in den unterentwickelten Ländern gegründet werden könnten, in denen der Parlamentarismus der Phase der bürgerlichen Revolution entsprach und als solcher als Mittel benutzt werden könnte. Andere meinten, dass die Bedingungen für die Bildung einer KAI darin bestünden, dass die russische Regierung sich aus der Staatsmacht zurückziehe (7). Eine Minderheit meinte, eine Opposition mit den revolutionären Syndikalisten sei auch möglich. Viel klarer war der Repräsentant Berlins, Adam Scharrer (8), der von Jan Appel unterstützt wurde, und der im Zentralausschuss in der Minderheit war. Wohl überlegt meinte er, es sei notwendig, die Sachen reifen zu lassen, keine Internationale zu gründen, bevor die linkskommunistischen Gruppen die Komintern verlassen hätten, keine neue Internationale künstlich seitens der KAPD zu gründen.

Aber trotz der Opposition Berlins und Bremerhavens beschlossen die Delegierten des Kongresses - insbesondere die aus Rheinland - Westfalen - dem Prinzip der Gründung einer KAI zuzustimmen. Schröders, Dethmanns und Goldsteins Vorschlag, ein Büro der Information und der internationalen Organisation zu gründen, wurde von der Mehrheit angenommen. Die Führung um Schröder, der Gorter bei diesem Abenteuer auf Schritt und Tritt folgte, ging weit über ihr Mandat hinaus. Sie handelte, als ob die KAI schon gegründet worden wäre: „PROLETARIER", die theoretische Zeitschrift der KAPD wurde zu der Zeitschrift der KAI.

Am überraschendsten war, dass die KAI faktisch verkündet wurde, bevor sie offiziell gegründet worden war. Die Gruppe um Sylvia Pankhurst - die im Sept. 1921 aus der KP GB's ausgeschlossen worden war - hatte angekündigt, dass ca. 500 ihrer Mitglieder in die KAI am 8. Okt. eintreten würden. Neben den Bulgaren stellte die Gruppe um Pankhurst den Grossteil einer liliputanischen internationalen Armee dar. 200 Genossen in Holland, dann ein kleiner Kern in Jugoslawien (1) unterstützten die „großen Sektionen" der KAI. Die Oppositionsgruppen in Belgien, Italien, Frankreich, Österreich, den USA, die bereit waren, der KAI beizutreten, hatten kaum eine wirkliche Existenz.

c) DIE VERWERFUNG DER WIRTSCHAFTSKÄMPFE

Die Unterschiede zwischen dem Berliner Bezirk und der Fraktion um Schröder, der den Exekutivausschuss der Partei und das Inter-

nationale Büro kontrollierte, waren so groß, dass die Spaltung zwischen der „Spitze“ und der „Basis“ der KAPD immer näher rückte. Aber die Spaltung vollzog sich dann nicht um die Frage der Gründung der KAI. Sie wurde herbeigeführt aufgrund von Divergenzen hinsichtlich der Intervention in den unmittelbaren Wirtschaftskämpfen, aber auch wegen bürokratischer Manöver um die Schröder-Gruppe.

Anfang Januar des Jahres 1922 veröffentlichte das „Theoretikertriumvirat“ der KAI - Schröder, Goldstein und Dethmann - im „Kampfruf“, dem Organ der AAU in Berlin, eine Artikelreihe (2) über die Rolle der Unionen (AAU) im Klassenkampf. Darin stand, dass „zur Zeit der Todeskrise des Kapitalismus“ die Lohnkämpfe „opportunistisch“ seien und keinen Sinn mehr machten. Die in der AAU organisierten Arbeiter sollten gemeinsam für die Revolution kämpfen. Die Lohnkämpfe seien zu einer „privaten“ Angelegenheit eines jeden einzeln Arbeiters geworden.

"Reformismus ist der Kampf innerhalb des Kapitalismus um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, m.a.W. der Kampf um einen größeren Anteil am Privateigentum. Diesen Kampf führt der einzelne Proletarier in Konkurrenz mit den anderen Einzelmenschen in seinem Interesse als Einzelmensch. Die Gewerkschaften sind die Interessenvertretung des einzelnen Arbeiters innerhalb des Kapitalismus.
Die Allgemeine Arbeiter-Union organisiert die proletarische Klasse zu dem alleinigen Zwecke der direkten Beseitigung des Kapitalismus als System; die persönliche Interessensvertretungen des einzelnen Arbeiters innerhalb des Kapitalismus geht sie gar nichts an. Die Tatsache, dass sie (die Arbeiter) in diesem Augenblick und mit diesem Schritt die organisatorische Vertretung ihrer persönlichen Einzelinteressen innerhalb des Kapitalismus aufgeben, diese in Zukunft allein ohne eine Organisation für diesen Zweck wahren müssen. Mögen die Gewerkschaften ihren Daseinszweck darin sehen, dem einzelnen Bourgeois für den einzelnen Proletarier mehr Privateigentum abzugewinnen und das persönliche Interesse jedes einzelnen Proletariers und Kleinbürgers an der Verteilung des bürgerlichen Privateigentums zu vertreten.
Wird ein Unionist in einen kapitalistischen Betrieb eingestellt, so schließt er als einzelner Arbeiter mit dem Unternehmer einen Privatvertrag, in welchem die Lohn- und Arbeitsbedingungen vereinbart werden. Befindet er sich in einem Betrieb und reicht der Lohn infolge der steten Steigerung der Preise zur Erhaltung seiner nackten Existenz nicht mehr aus, so geht er erneut als einzelner Arbeiter zu dem Unternehmer mit dem Verlangen einer Änderung seines Privatvertrages in Form der Verbesserung seiner Lohn- und Arbeitsbedingungen...
Gewährt der Unternehmer diese nicht, so stehen dem Unionisten als einzelnem Arbeiter im Betriebe eine Reihe von Mitteln zur Verfügung, um sein Verlangen durchzusetzen, wie z.B. Streik und passive Resistenz“ ("Die Kommunistische Arbeiterinternationale“, 1922, S. 8).

Diese, dem Marxismus fremde Auffassung, war nicht neu. Sie wurde schon von den Proudhonisten vertreten, die die Notwendigkeit von wirtschaftlichen Lohnkämpfen leugneten, wie auch von den einzelnen Anarchisten, die für den Streik und den Einzelwiderstand gegen die kapitalistische Ausbeutung eintraten. Die Tendenz um Schröder-Dethmann-Goldstein - mit einer eingeschränkten Unterstützung der Holländer und Gorters (1) - verfiel ihrer eigenen Ungeduld. Sie wollten eine theoretische Rechtfertigung für die Existenz der KAI liefern, als sie behaupteten, nur revolutionäre Kämpfe für die Eroberung der Macht stünden auf der Tagesordnung. Wie oft in der Geschichte der revolutionären Bewegung entstand diese Ungeduld in einer Zeit des Rückflusses des Klassenkampfes. Und sie stützte sich auf intellektuelle Elemente, die dazu neigten, wenn sie nicht gar Verachtung hatten, die sehr materielle Wirklichkeit des alltäglichen Forderungskampfes zu unterschätzen. Nachdem sie anfänglich die Arbeiter verherrlicht hatten, als der revolutionäre Klassenkampf gut sichtbar war, waren diese Elemente nun enttäuscht, und sie meinten, dass die Arbeiter „egoistisch“ seien, wenn sie für ihre materiellen Forderungen kämpfen, weil sie somit nur einen „größeren Teil des Privateigentums“ für sich beanspruchen. Sie seien irgendwie eine „Klasse für das Kapital“ (2), wenn sie sich auf das Niveau der Lohnkämpfe herabsinken ließen, die als „opportunistisch und reformistisch“ bezeichnet wurden.

Die Verwerfung der Wirtschaftskämpfe und der Theorie des „Einzelarbeiters“ durch diesen Teil der KAPD, der die Führung innehielt, hatte sehr schädliche Folgen, die gar zerstörerisch auf das Leben der Partei und der Revolution wirkten:
- Die Trennung zwischen Wirtschaftskämpfen und revolutionären Kämpfen verurteilte die KAPD dazu, als Partei nur in der Zeit offener revolutionärer Kämpfe zu bestehen. In einer Zeit des Rückflusses hätte sie nur eine Funktion der Propaganda, und sie würde sich in einen einfachen Kreis umwandeln, der nicht in den Klassenkämpfen als Organisation intervenierte, die den Kämpfen eine Führung zu verleihen suchte. Auch die AAU selber hatte nur noch eine Propagandafunktion für die Revolution, da - der Auffassung der zukünftigen Essener Tendenz zufolge - die Unionsanhänger nur individuell in den Wirtschaftskämpfen intervenierten. Daraus folgte, dass die AAU nichts anderes als nur eine zweite Partei war, und als solche war sie unnütz. Darin bestand die ganze Zweideutigkeit und Verwirrung bei der Existenz von Unionen, die sowohl politische Organe als auch Organisationen des Wirtschaftskampfes waren (3).

- Aber wenn die KAPD und die AAU eine Politik der „Neutralität“ und Gleichgültigkeit gegenüber den Forderungskämpfen vertraten, dann liefen sie Gefahr, objektiv eine „Streikbrecherrolle“ zu spielen. Die „Neutralität“ gegenüber dem Ausbruch von Forderungsstreiks wurde zu einer „Neutralität“ und Gleichgültigkeit gegenüber dem Klassenfeind (4). Wenn die Arbeiter der Meinung der Tendenz um Schröder folgten und den Forderungskämpfen fernblieben, würde das mit Sicherheit zu einer Niederlage der Arbeiterklasse und zum Sieg der Konterrevolution führen. Der Geschäftsführende Hauptausschuss (GHA), der von der Berliner Opposition angeführt wurde, unterstrich dies mit Nachdruck: „Arbeiter, die unfähig sind, solche Kämpfe zu führen, und die in den Konflikten mit dem Kapital feige sind, sind natürlich nicht dazu in der Lage, einen Kampf um die Macht zu führen“ (5).

- Schließlich nahm die Tendenz um Schröder eine unklare Haltung gegenüber dem Wesen der Gewerkschaften an, die von den Linkskommunisten als konterrevolutionär bezeichnet wurden. Wenn die Gewerkschaften wirklich die „Interessen des Einzelarbeiters“ vertreten, dann würden sie weiter ein proletarisches Wesen haben. Dies stand im Widerspruch zur Theorie der KAPD und der Holländer, die den Kampf gegen die Gewerkschaften durch die Tatsache rechtfertigt hatten, dass selbst in der Zeit des Niedergangs des Kapitalismus seit 1914 die gewerkschaftliche Organisationsform nicht mehr dazu in der Lage ist, die grundlegendsten Wirtschaftsinteressen der Arbeiter zu verteidigen. Diese Sorge des GHA und des Berliner Bezirks, sozialdemokratische Auffassungen wieder durchs Seitenfenster sich einschleichen zu sehen, nachdem sie gerade durch die Vordertür rausgeschmissen worden waren, war nicht unbegründet. Viele Führer der zukünftigen Essener Tendenz schlossen sich später der SPD oder der KPD an (siehe weiter unten).

4) DIE SPALTUNG DER KAPD UND IHRE INTERNATIONALEN KONSEQUENZEN

a) DIE SPALTUNG IM MÄRZ 1922

Innerhalb weniger Monate hatten es die Mehrheit der Berliner Sektion und der GHA geschafft, die Mehrheit der Partei auf ihre Seite zu ziehen. Viele Mitglieder verwarfen die besorgniserregen-

den Folgen der Theorie des „Einzelarbeiters“. Stattdessen standen sie dem Projekt der Bildung einer KAI viel offener gegenüber. Die Politik der Gruppe um Schröder war folgenreich gewesen für die KAPD. Ihre Mitgliederzahl war von ungefähr 40.000 auf 5.000 gesunken (1). Viele Arbeiter hatten die Partei verlassen, um sich entweder aus politischen Aktivitäten ganz zurückzuziehen, oder um sich der KPD anzuschließen, oder um ausschließlich im Rahmen der AAU aktiv zu sein, oder um der neu gegründeten, von Rühle beeinflussten rivalisierenden AAU (Einheit) beizutreten.

Aber obgleich die Tendenz um Schröder sich in der Minderheit befand, verfügte sie in den höchsten Organen der KAPD über die Mehrheit: im Zentralausschuss, das aus Stellvertretern verschiedener Wirtschaftsbezirke der Partei zusammengesetzt war. Aufgrund eines unsinnigen Absatzes der Statuten verfügte jeder Bezirk unabhängig von seiner Größe über ein Mandat. Somit waren die vielen kleineren Bezirke im Zentralkomitee überrepräsentiert.

Berlin, wo es fast die Hälfte aller Mitglieder der KAPD gab, verfügte so nur über ein Mandat von insgesamt 12. Der Zentralausschuss sowie der GHA (9 Mitglieder) bildete den erweiterten Zentralausschuss, das höchste Organ der KAPD (2). Die Gruppe um Schröder, die an dessen sowie auch an der Spitze des Internationalen Büros stand, verfügte über eine Mehrheit, die sich auf die kleineren Bezirke stützte, die sie geschickt auf ihre Linie eingeschwenkt hatte. Deshalb schlugen Berlin und der GHA auf der Sitzung des erweiterten Zentralausschusses vom 5. März eine Änderung des Delegiertenschlüssels vor: für jeweils 100 Mitglieder ein Mandat anstatt ein Mandat für jeweils einen Bezirk. Dieser Vorschlag wurde mit 7 zu 5 Stimmen verworfen. Nur die Bezirke hatten darüber abgestimmt. Der GHA hatte sich der Stimme enthalten; um nicht die Prinzipien einer „proletarischen Demokratie“ zu verletzen. Die Führung um Schröder erhielt dadurch eine künstliche Mehrheit. Dadurch konnte diese aufgrund der Mehrheitsverhältnisse zu einer Konferenz im April 1921 aufrufen, um dort sofort die KAI zu gründen. Dabei stimmten 14 Delegierte dafür, 5 dagegen, ohne dass vorher ein Kongress der Partei einberufen worden wäre. Als sehr schwerwiegend erwies sich die Verwerfung der Lohnkämpfe als „konterrevolutionär“ durch den erweiterten Zentralausschuss.

In Anbetracht dieser Lage setzte der Berliner Bezirk die Berliner Zentrale ab und schloss Schröder, Goldstein, Reichenbach, E. Sachs, Gottberg und Dethmann aus. Karl Schröder und seiner Anhänger bildeten sofort einen neuen GHA, der sich in Essen niederließ (4). Dieser beschloss wiederum, dass der Berliner Bezirk „wegen Reformismus aus der Partei ausgeschlossen“ werden sollte. Eine Minderheit von 450 Mitgliedern meinte, eine Mehrheit von 1.000 Mitgliedern der KAPD ausschließen zu können. Damit war die Spaltung zwischen der Berliner Tendenz, die in ganz Deutschland ca. 2.000 Mitglieder besaß, und der Essener Tendenz, die zahlenmäßig schwächer war, aber vor allem im Rheinland und Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland vertreten war, vollzogen. Von den 12.000 Mitgliedern der AAU schlossen sich nur 600 der Essener Tendenz an. Die Spaltung hatte für die KAPD katastrophale Folgen: die Zahl ihrer Mitglieder war noch weiter gesunken. Aber am schlimmsten war, dass es gleichzeitig zwei Zeitungen mit dem gleichen Namen gab, zwei AAUs, die den „Kampfruf“ veröffentlichten. Damit waren politische Verhaltensweisen eingeführt worden, die später in der bordigistischen Strömung (1) weit verbreitet wurden.

Auf einer Konferenz vom 2.-6. April 1922 gründete die Essener Tendenz die Kommunistische Arbeiterinternationale (KAI). Als „ausländische“ Gruppe beteiligte sich nur die KAP aus den Niederlanden. Die KAI stellte sich als eine zentralisierte Organisation dar, die sich in ihrer Organisationsform an die KI anlehnte. Ihr Exekutivkomitee setzte sich aus einem engeren Büro zusammen, das als internationales Sekretariat wirkte und gegenüber dem internationalen Kongress verantwortlich war, und einem erweiterten Büro, das aus Stellvertretern der nationalen Sektionen zusammengesetzt war, die von diesen bestimmt und ggf. abgewählt wurden (2). Das Bestreben, die KAI nicht an die Essener Tendenz anzuhängen, wurde durch die Entscheidung verdeutlicht, auf jedem internationalen Kongress den Sitz des Exekutivkomitees neu festzulegen (3). Da sie den Kritiken aus Berlin gegenüber nicht verschlossen war, entschied die Essener Tendenz, dass die Zahl der von den verschiedenen „Gründungsparteien“ der KAI erhaltenen Mandate vom internationalen Kongress festgelegt werden sollte. Ein außergewöhnlicher Kongress könnte durch die Hälfte aller nationalen Sektionen einberufen werden. Diese Statutenbestimmungen hätten ihren Wert gehabt, wenn die KAI wirklich eine echte Internationale mit nationalen Mitgliedsparteien gehabt hätte. Aber das war bei weitem nicht der Fall gewesen. Die KAI war tatsächlich ein provisorisches Büro mit einigen nationalen Gruppen gewesen (4).

b) GORTER UND DIE ESSENER STRÖMUNG

Mit Gorter hatte die KAI ihren einzigen wirklichen Theoretiker. Schröder und seine Genossen hatten bei weitem nicht das Profil Gorters (5). Gorter verfasste 1923 das Programm der Essener Tendenz in Form einer Broschüre „Die Kommunistische Arbeiterinternationale“ (6). Die Broschüre fasst - auf eine zwar oft konfuse Weise - das Programm der KAI zusammen. Obgleich Gorter die Theorie der „Doppelrevolution“ aufgriff, stützte er sich klar auf die russische Erfahrung. Im Unterschied zu den Rätekommunisten betonte er nachdrücklich die revolutionäre Rolle der Bolschewiki im Jahre 1917 als „bewussteste und entschlossenste Organisation“. Die Kritik, die man an ihnen üben muss, soll nicht von einem menschewistischen, sondern von einem Klassenstandpunkt aus formuliert werden.

"Wir sind die schärfsten Gegner - und die KAP aller Länder ist dies immer gewesen - der Auffassung der Menschewisten, Kautskyaner, Unabhängigen, Pazifisten usw., dass die Russen bei der bürgerlichen Revolution hätten stehen bleiben müssen“. (Die Kommunistische Arbeiter-Internationale, S. 2, verfasst von H. Gorter).

Er verwarf zu Recht die Diktatur der Bolschewistischen Partei, die er aber zu Unrecht einer Partei der bürgerlichen Revolution gleichstellte. Er stellte eine Bilanz der russischen Revolution auf, die mit Vorsicht zu genießen ist. Ihm zufolge hätten die Bolschewiki die Bildung von Bauernräten und die Rekrutierung von Bauern in der Roten Armee verhindern sollen. Seine Position zu Brest-Litowsk erneut verteidigend, meinte er, dass es sich dabei um einen „kapitalistisch-demokratischen“ Schritt gehandelt habe. Dann äußerte er sich widersprüchlich, dass die russische Revolution „proletarisch-kommunistische“ Maßnahmen ergriffen hätte - wie z.B. die Bildung von Räten, die Eingliederung von Arbeitern in die Rote Armee (ebenda S. 38).

Im Gegensatz zu Rühle und den Rätekommunisten bezeichnete Gorter die 3. Internationale nicht als ein „machiavellistisches“ Werk des russischen Staates. "Kommunistische Proletarier folgten den Aufrufen Russlands und der 3. Internationale zur Revolution, zum Bürgerkrieg, zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten und einer Roten Armee“ (S. 45).

Der wirkliche Beitrag Gorters, der eine Entwicklung nach seiner Broschüre „Antwort an den Genossen Lenin“ durchlaufen hatte, besteht darin aufzuzeigen, dass selbst in den rückständigen Ländern die proletarische Revolution auf der Tagesordnung steht. Losungen wie „das Recht der Völker auf Selbstbestimmung“ und der „nationalen Befreiung“ verwerfend, hob Gorter hervor, dass die „Taktik der Kommunisten nicht mehr die gleiche ist wie früher, als das Kommunistische Manifest geschrieben wurde“ (ebenda S. 48). Insbesondere in Asien sollte eine wirkliche Internationale das Pro-

letariat dazu aufrufen „sich so früh wie möglich von all den bürgerlichen Parteien zu trennen und eine Position der völligen Unabhängigkeit einnehmen“. Obgleich Gorter nicht vollständig die Möglichkeit von bürgerlichen Revolutionen im Zeitalter der „Todeskrise des Kapitalismus“ ausschloss, schloss er aus, dass eine proletarische Revolution aus einer „bürgerlichen Revolution“ hervorginge. Die Arbeiter Asiens könnten nur auf ihre eigenen Kräfte bauen, und sie können sich nur mit dem Proletariat der Industrieländer verbinden. Die Rolle einer Internationale besteht darin, die gleichen Prinzipien und die gleiche Taktik in allen Ländern anzuwenden. Im Gegensatz zu der Berliner Tendenz, die die Bildung einer Kommunistischen Arbeiterpartei in den unterentwickelten Ländern für unmöglich hielt, und gar im Gegensatz zu der Essener Tendenz, die diese Möglichkeit nur in den Ländern für gegeben hielt, die Deutschland verbunden waren, meinte Gorter nachdrücklich, dass die revolutionären Parteien in allen Ländern der Erde entstehen sollten, natürlich mit den gleichen kommunistischen Prinzipien: „Sie will alle Proletarier Europas, Amerikas, Asiens, Afrikas und Australiens zu bewussten Kommunisten machen durch diese neuen Organisationen“ (S.19).

Aber das Programm der KAI, das von Gorter verfasst worden war, litt an einem großen Pessimismus, die die Existenz einer neuen Internationale noch mehr in Zweifel zog. Gorter ging davon aus, dass die große Mehrheit der Arbeiter der Welt der Revolution gegenüber feindlich eingestellt war: „Zu den Feinden der Weltrevolution gehören jetzt nicht nur die europäischen, es gehören zu ihr auch die von der 3. Internationale geführten Arbeiter Asiens...(S.11)... dann kann man ruhig sagen, dass das ganze Weltproletariat bis jetzt dem Kommunismus feindlich ist“ (ebenda, S. 14)

Dies hieß, dass die Schlacht verloren war, bevor sie überhaupt bis zum Ende ausgetragen worden war. Andererseits wenn die wahren Kommunisten nur eine Minderheit wären, wäre die Weltrevolution verloren und die Existenz einer Internationale in konterrevolutionären Zeiten ein Unsinn. Auch wenn es ihm an Kampfbereitschaft nicht fehlte, war Gorter pessimistisch.

Wie also konnte man glauben, dass Gorter und die Essener Tendenz mit Sicherheit ein „schnelles Anwachsen der Revolution“ insbesondere in Deutschland erwarteten? Es war schwierig, hier Gorter auf theoretischer Ebene zu folgen, denn er behauptete auf die widersprüchlichste Art und Weise, dass die KAI gleichzeitig ein kleiner Kern wie die KAPD sei, und dass sie Hunderttausende Arbeiter zusammenfasste; während die Unionen Millionen hinter sich scharten (1).

Schließlich verging nicht viel Zeit, bevor sich Gorter von der Essener Tendenz löste und sich als außerhalb der „Richtungen“ stehend bezeichnete. In einer seiner letzten Broschüren, die 1923 erschien, hob er - während er gleichzeitig die Essener Tendenz theoretisch unterstützte - seinen Willen hervor, sich für die Wiedervereinigung der beiden feindlich gesinnten KAPDs einzutreten. Aber er meinte, dies sei erst realistisch, wenn „revolutionäre Kämpfe entstehen“ (2).

c) DER ZERFALL DER ESSENER STRÖMUNG

Die Spaltung der KAPD im März 1922 hatte auch innerhalb der Gruppen, die die KAI bildeten, schlimme Auswirkungen. Manche überlebten zwar die Spaltung oder sie verschwanden so schnell, wie sie entstanden waren:

- in der bulgarischen KP, die zahlenmäßig am stärksten in der KAI war, entfaltete sich ein gnadenloser Kampf zwischen der Tendenz von Sofia, die Essen näher stand, und einer Tendenz aus Varna, die mehr ouvrieristisch war und Berlin bei den Wirtschaftsfragen näher stand. Anfänglich war die bulgarische KAP gegenüber der KAI sehr zögernd gewesen: die Organisation aus Sofia hatte in einem Brief vom 25. Jan. 1922 (1) geschrieben, dass sie sich weigere, einen Delegierten zu einem möglichen zukünftigen Kongress einer KAI zu schicken. Später scheint sich die KAPB - im Gegensatz zu den Behauptungen Berlins, denen zufolge es wie in Deutschland zwei KAPBs mit jeweils zwei Zeitungen Rabotchnik Iskra gab - nicht in zwei Teile gespalten zu haben, sondern in zwei innerhalb der gleichen Partei bestehenden Gruppen (2). Beide Gruppen schlossen sich tatsächlich der KAI an, aber bei der Tendenz aus Varna gab es eine größere Minderheit, die in Verbindung stand mit der KAPD aus Berlin (3) und auch mit den Niederlanden. Daraus ergab sich eine noch größere Verwirrung der KAPD, bei der die durch die Gründung der KAI hervorgerufenen Spaltung die lokalistische Krankheit und die persönlichen Spannungen noch verstärkt hatte. Obgleich sie aus den blutigen Zusammenstössen des Sept. 1923 unbeschädigt herauskam, scheint die KAPB die blutige Repression nach den terroristischen Aktionen, die von der bulgarischen KP im April 1925 betrieben wurden, nicht überlebt zu haben (4).

- die „Communist Workers' Party“ (CWP) Pankhursts, die aus den Sektionen bestand, welche aus der britischen KP ausgeschlossen worden waren und der KAI nahe standen, versuchte die KAPD nachzuahmen, indem sie künstlich Unionen ("All Workers' Union“) schuf. Die CWP scheint Kontakt in Indien und Südafrika gehabt zu haben. Dies wurde jedenfalls von der KAI in Berlin berichtet. Aber die theoretische Schwäche dieser Organisation und ihr Lokalismus, der leicht vom Anarchismus gefärbt war, wurden schließlich 1924 vorherrschend und brachten ihr Aus. Nur noch die Gruppe „The Commune“ aus Glasgow bestand weiterhin, die sich irgendwo zwischen Bakunin und „dem Rätekommunismus“ ansiedelte.

- in Russland erschien die Existenz einer KAP, die mit viel Aufheben von der Essener Tendenz verkündet worden war, schnell als ein Bluff. Es handelte sich um zwei Russen, die in Berlin lebten und Dokumente der KAI übersetzten (5). Mit Ironie stellte die KAPD aus Berlin fest, dass die KAI eine starke Neigung besaß, potemkinsche Dörfer zu errichten (6). Dagegen gab es die Arbeitergruppe um Miasnikow, die im Feb. 1923 gebildet worden war. Sie betrieb eine strenge Geheimarbeit und fasste sich als eine äußere Fraktion der Bolschewistischen Partei auf, um „einen entscheidenden Druck auf die führende Gruppe der Partei selber auszuüben“ (7). Auch war sie mit der KAI verbunden. Unter den Schlägen der Tscheka verschwand sie jedoch schnell.

- in Österreich war die Verkündung einer neuen KAP im Jahre 1924 ein neues potemkinsches Dorf. Diese „Partei“, deren Zeitung in Berlin hergestellt wurde, umfasste nicht mehr als eine Handvoll Mitglieder (1). Sie verschwand wieder sehr schnell.

- in Deutschland selber wurde die Essener Tendenz von dem Virus der Spaltungen erfasst. Ihre theoretischen Führer verließen sie: Goldstein 1922, Schröder 1924, die beide der SPD beitraten. Sie bildeten dort eine Oppositionsgruppe mit ihrem Feind von gestern P. Levi (2). Dethmann trat 1925 der KPD bei. Das Exekutivkomitee der KAI war sehr stark geschwächt worden. Nach einiger Zeit traten Konflikte in ihren Reihen auf, die zu Ausschlüssen führten. Die entscheidendsten Spaltungen fanden von 1923 an statt. In jenem Jahr verließen die Sektionen Mitteldeutschlands die KAI, um eine örtliche Gruppe zu bilden „KOMMUNISTISCHER RÄTEBUND“, der intellektuellenfeindlich und ouvrieristisch eingestellt war. Als diese Gruppe die Notwendigkeit der Liquidierung der KAP vertrat und die Lohnkämpfe verwarf, gleichzeitig für eine „Union der revolutionären Betriebsorganisationen“ eintrat, brachte sie deutliche rätistische Tendenzen zum Ausdruck. 1929 existierte der „KOMMUNISTISCHE RÄTEBUND“ weiterhin als eine kleine örtliche Gruppe in Leipzig. Schließlich spaltete sich auch Emil Sachs, ein sehr aktiver Arbeiter, der einer der wenigen Theoretiker der Essener Strömung war, wiederum ab und brachte eine Zeitung, Vulkan, heraus, die er in Berlin als Organ der KAI darstellte. So gab es in Berlin zwei KAIs, von denen die eine die KAZ der Essener Strömung herausgab, die andere Vulkan! Was

von der Essener Richtung übrig blieb, bestand nach 1929 nur noch in Gestalt von Sekten (3).

Die KAI war eine totgeborene Scheininternationale gewesen, die bei ihrem Scheitern Genossen mit hinabriss, welch schnell entmutigt wurden. Der Versuch Gorters des Aufbaus einer KAI war für den Linkskommunismus in Deutschland und in anderen Ländern eine Katastrophe gewesen.

d) DIE ENTSTEHUNG EINER BERLINER STRÖMUNG IN DER KAP DER NIEDERLANDE

Gorters Partei blieb von den inneren Kämpfen in Deutschland nicht verschont. Die KAPN, die sich der Essener Strömung angeschlossen hatte, wurde durch den gleichen Virus der Spaltungen wie in Deutschland erfasst, jedoch in einem geringeren Masse. Die KAPN war sehr skeptisch gegenüber der Berliner Tendenz, die im April 1922 zu ihrem Utrechter Kongress Delegierte schicken wollte: sie weigerte sich, den Standpunkt der Berliner KAPD zur Kenntnis zu nehmen. Aber die KAPN war weit davon entfernt, die Weigerung der Essener Tendenz, in den Wirtschaftskämpfen zu intervenieren, zu teilen. Sie betätigte sich aktiv an den Klassenkämpfen und hatte Kampforganisationen geschaffen, die sich nach dem deutschen Beispiel (AAU) AAB nannten. Vor allem der Beitritt der KAPN zur KAI führte zu einer heftigen Reaktion in der Organisation. Der Ausschluss der Sektion Utrecht 1922, dann 1923 der eines Teils der Rotterdamer Sektion reichten jedoch nicht, um die Berlin-freundliche Tendenz einzuschränken. Diese stützte sich auf die Jugend der Partei (KAJ) und eine starke Opposition in Amsterdam und in anderen Sektionen. Diese Ausschlüsse hatten zu einer zahlenmäßigen Schwächung der KAPN geführt. Aber vor allem die Rivalitäten zwischen Clans erwiesen sich als folgenreich für die letzteren. Auf der einen Seite stand Luteraan, auf der anderen die „Korporatie“, die von der Familie Korper gebildet wurde, die um die Kontrolle in der Partei kämpfte. Und dieser Kampf verschiedener Gruppierungen sollte eine große Verwirrung stiften: die Familie Korper trat 1924 aus der KAPN aus, um bald wieder einzutreten und die Führung der Organisation zu übernehmen. Luteraan wiederum machte sich bald „selbständig“ und brachte 1927 seine eigene Zeitung „De Roode Vaan“ heraus.

Viele Militanten, die auch nur ein bisschen ernsthaftes politisches Interesse und Engagement zeigten, weigerten sich, sich an diesen Richtungskämpfen zu beteiligen und wollten eine revolutionäre Arbeit auf besseren Grundlagen fortsetzen. Das war der Fall bei Henk Canne-Meijer, der im Okt. 1924 aus der Partei austrat, weil er die Nase voll hatte von einer „*Organisation, die zu einem politischen Sportverein geworden*“ war (4). Um ihn und um Jan Appel herum schickten sich Genossen an, die Gruppe der Internationalistischen Kommunisten (GIK) zu bilden, die die einzige Gruppe war, die wirklich den Geist der holländischen Linke aufrechterhielt. Mit der GIK griff die holländische Linke das Banner des internationalen Linkskommunismus wieder auf, der stark durch die Spaltung in Deutschland 1922 erschüttert worden war. Und mit der Fortsetzung dieser Arbeit hatte sich auch die Berliner Strömung der KAPD durchgesetzt.

Der Fehler Gorters und seiner Anhänger, künstlich eine KAI gegründet zu haben, während es innerhalb der KOMINTERN noch Linksfraktionen gab, die innerhalb einer gleichen linkskommunistischen Strömung zusammengefasst hätten werden können, war sehr schwerwiegend und folgenreich für die revolutionäre Bewegung. Während es noch ein revolutionäres Leben innerhalb der niedergehenden 3. Internationale gab, entstand anstelle einer neuen Internationalen eine Umgruppierung der linkskommunistischen Fraktionen außerhalb der Komintern. Diese stand nunmehr auf der Tagesordnung. Nur solch eine Umgruppierung hätte es ermöglicht, den Kampf innerhalb der Komintern bis an sein Ende zu führen. Das Abebben der Weltrevolution, das von 1921 an in Europa sehr deutlich zu sehen war, erlaubte nicht die Gründung einer neuen Internationale. Weil die Essener Strömung und Gorter glaubten, dass der Kurs immer noch hin zur Revolution sei - sie stützten sich auf die Theorie der Todeskrise des Kapitalismus - folgten diese einer bestimmten Logik bei der Gründung der KAI. Aber ihre Grundlagen und Ausgangsbedingungen waren falsch gewesen. Trotzki beging den gleichen Fehler bei der Gründung der sog. 4. Internationale 1938, nachdem er selbst sich 1921 lustig gemacht hatte über die mögliche Gründung einer solchen Internationale. Am Vorabend des Weltkrieges und nachdem jede revolutionäre Bewegung durch die Konterrevolution zerschlagen worden war, verkündete er die Gründung einer 4. Internationale. Gorter und die KAI hatten zumindest die Ausrede, dass die revolutionäre Welle zwar zurückwich, aber noch nicht zerschlagen war, denn sie sollte sich bis zu den Ereignissen 1927 in China fortsetzen.

Kurz bevor er 1927 starb, hatte sich Gorter beträchtlich der KAPD Berlins genähert. Die letzten Jahre seines Lebens hatte er persönlich versucht, die linkskommunistischen Kräfte zusammenzubringen, die zersplittert waren. Aber ihm war kein Erfolg beschieden. Seine letzte politische Handlung war, die KAPD Berlins gegen eine Euphorie zu warnen, die sich breit gemach hatte, nachdem sich ihr 2000 Mitglieder der „Entschiedenen Linken“ angeschlossen hatten, die aus der KPD kamen.
"Während wir das Anwachsen der revolutionären Kräfte, die von der Entschiedenen Linke zur KAP überwechseln, begrüßen, bleiben wir dennoch wachsam. Die KAP ist etwas Grosses. Sie blieb solange groß, wie sie es schaffte, den Versuchungen der unmittelbaren Erfolge zu widerstehen. Sie ist das Fanal im reinen, kompromisslosen Klassenkampf. Bewahrt diese Reinheit, dann werdet ihr die Revolution retten“ (1).

Damit wollte er unterstreichen, dass die Berliner Tendenz der einzige revolutionäre Pol in der damaligen Zeit war, und dass diese mehr noch als die Essener Tendenz jetzt das revolutionäre Erbe der KAPD trug. Es war eine klare Botschaft für die neuen Generationen von Revolutionären: die revolutionäre Organisation ist sehr schwierig aufrechtzuerhalten, zu schützen, da sie ständig in ihrer Existenz bedroht ist. Ihre Aufrechterhaltung als Leitbild im Klassenkampf erfordert eine ständige Wachsamkeit. überstürzte, voreilige Zusammenschlüsse können sich als fatal erweisen. Diese politische Testament Gorters hat auch 60 Jahre nach seiner Abfassung nichts an seiner Gültigkeit verloren.

(Im Buch folgt jetzt ein 3. Teil über „Die „Gruppe Internationalistischer Kommunisten" GIK) von 1927-1940 - Vom Linkskommunismus zum Rätekommunismus. Dieser Teil wird hier nicht veröffentlicht).

6. KAPITEL
DIE ENTSTEHUNG DER GIK (1927-33)

Die Zeit von 1927 bis zur Machtübernahme durch Hitler war eine Schlüsselperiode in der Geschichte des holländischen Linkskommunismus. Die Überreste der Essener Strömung lösten sich in Deutschland auf. Die KAI war nur noch ein Schatten ihrer selbst, so dass sich ihr Exekutivkomitee von 1927 an (1) in den Niederlanden niederließ. Aber die KAPN, die praktisch die einzige wirkliche Sektion der KAI war, starb auch langsam ab. Die Essener Tendenz, die sich nicht mal mehr auf die Unterstützung durch Gorter verlassen konnte, war nur eine kleine, dem Tod geweihte Gruppe in den Niederlanden.

Diese Zeit war wenig günstig für die Entwicklung des Linkskommunismus in den Reihen der Arbeiter. Nach der Niederlage der großen Streiks der Bergarbeiter in Großbritannien 1926, dann der chinesischen Arbeiterklasse 1927, war die revolutionäre Welle von Kämpfen der Zeit nach dem 1. Weltkrieg niedergeschlagen. Die Politik der Komintern war eine bewusste Politik der Niederlage, die sich dadurch widerspiegelte, dass alle revolutionären Bestrebungen der Arbeiter in allen Ländern ausgelöscht wurden. Die

Bildung des englisch-russischen Komitees (2) während des britischen Bergarbeiterstreiks, das Bündnis der Komintern mit Kuo-Ming-Tang und Tschang-Kai-Tschek (3) waren alles Schritte in die Niederlage des Weltproletariats, die direkt zum Triumph Hitlers im Jahre 1933 führten. Die Verabschiedung des „Sozialismus in einem Lande“ im Jahre 1927 durch die Komintern bedeutete ihr Todesurteil. Es gab keine Internationale der Arbeiterklasse mehr. Der Stalinismus hatte mit seiner Politik der Verteidigung der UdSSR gesiegt. Die stalinistische Politik in Deutschland war das Gnadenbrot für die internationale Arbeiterklasse. Nach der Niederschlagung des deutschen Proletariats durch die Nazis, die von der Politik der Komintern und der KPD begünstigt worden war, wurde die Strasse zur Revolution für Jahrzehnte versperrt. Die Konterrevolution siegte weltweit und der Weg zum 2. Weltkrieg war offen.

Mit dem brutalen Ausbruch der Krise von 1929 war diese Periode jedoch eine deutliche Bestätigung der Theorie der Todeskrise des Kapitalismus, die von der deutsch-holländischen kommunistischen Strömung vertreten wurde. Die objektiven Bedingungen der proletarischen Revolution waren gegeben, die solange erwartete und seit langem angekündigte Krise war da. Aber die subjektiven Bedingungen der Revolution waren nicht gegeben. Dieser Widerspruch zwischen objektiven und subjektiven Bedingungen der Revolution wurde von den Gruppen außer Acht gelassen, die die Tradition der deutsch-holländischen kommunistischen Linken fortsetzten.

1) DER BRUCH MIT DER KAPD

Aus diesen sowohl politischen wie auch umständehalber bedingten Gründen entfernte sich die GIK von 1927 an von der KAPD, bis sie schließlich mit ihr brach.

a) DIE ENTWICKLUNG DER KAPD NACH 1923

Das politische revolutionäre Milieu links von der KPD war nach 1923 noch einigermaßen groß. Es umfasste ungefähr 20.000 Mitglieder (4), die sowohl in den Unionen als auch in der KAPD und ihren verschiedenen Spaltungen organisiert waren. Die KAPD, der ungefähr 2.000 Mitglieder angehörten, blieb einigermaßen stabil. Sie war eine der wenigen revolutionären Gruppen gewesen, die sich 1923 der nationalistischen, ja gar antisemitischen Politik der KPD entgegengestellt hatte. Sie wandte sich heftig gegen die „Arbeiterregierungen“, die sie als eine arbeiterfeindliche Regierung darstellte (1). Dann hatte sie auch die Bildung von proletarischen „Hundertschaften“ der KPD verurteilt, die, solange es noch keine Arbeiterräte gab, ein putschistisches Verhalten darstellten.

Während der Zeit der „relativen Stabilisierung“ des Kapitalismus nach 1923 (d.h. von 1924-28) betrieb die KAPD eine propagandistische Aktivität. Sie war davon überzeugt, während eine erste revolutionäre Welle in Deutschland gescheitert war, würde eine zweite infolge der Auswirkungen der unvermeidbaren Weltwirtschaftskrise das Land erschüttern. Dabei gab es jedoch einige grobe „Vereinfachungen“. „Proletarier“, das theoretische Organ der KAPD, schrieb im Jan. 1926: „Während 1924 das Jahr der Stabilisierung, 1925 das Jahr des Zusammenbruchs war, wird 1926 das Jahr der Kämpfe“ (3).

Das Jahr 1926 wurde zu einem Jahr intensiver Aktivitäten der KAPD in Richtung der Linken der KPD, die sich gegen die Bolschewisierung stellte. Die KAPD betrachtete die KPD keineswegs als eine „bürgerliche“, sondern als eine „zentristische“ Partei, aus der infolge der Krise, in der die Komintern steckte, revolutionäre Elemente hervorgehen könnten. Wie die KAPD meinte, ging es nicht darum, eine Opposition innerhalb der KAPD zu bilden, sondern eine politische Bilanz zu ziehen, um einen revolutionären Weg einzuschlagen.

"Genau wie Don Quichote de Cervantes... bekämpft (die Opposition) die Auswirkungen, obwohl man da die Ursachen hätte aufzeigen müssen, die eine grundlegende Bedeutung für die Struktur und das Handlungsfeld der revolutionären Arbeiterbewegung haben... Anstatt offen der Partei den Fehdehandschuh hinzuwerfen, indem eine positive Kritik geäußert wird, tritt diese Linke für die Legalisierung ihrer Opposition ein... Die Linke in der KPD muss sich bald entscheiden, ob sie hinter dem Rad der Geschichte herlaufen will, indem sie meckert und Radau macht, oder ob sie der Einheitsfront des Kapitalismus von Moskau bis Washington den Kampf des revolutionären Proletariats entgegenstellen will“ (4 bis).

Da sie einen „Zusammenschluss der Unzufriedenen“, die ohne Prinzipien waren, nicht befürwortete, wartete die KPD den Austritt der Opposition aus der KAPD ab, die ausgeschlossen wurden, um danach eine Klärungsarbeit einzuleiten. Vom Monat 1926 an war eine Reihe von Gruppen, die oft politisch sehr heterogen waren, ausgeschlossen worden, nachdem sie sich zuvor innerhalb der KPD gebildet hatten:
- die Gruppe um Schwarz und Korsch, „Entschiedene Linke“, die ungefähr 7.000 Mitglieder umfasste,
- die Gruppe um Iwan Katz, der mit der Gruppe um Pfempfert eine Organisation von 6.000 Mitgliedern anführte, die der AAUE nahe standen und die Zeitung „Spartakus“ veröffentlichten. Dies wurde später das Organ des Spartakusbund 2;
- die Gruppe um Fischer-Maslow, die ca. 6.000 Mitglieder umfasste,
- die Gruppe um Urbahns, die ca. 5.000 Mitglieder umfasste, der zukünftige Leninbund.

Die Opposition von Wedding, die 1927-28 ausgeschlossen wurde, sollte später mit einem Teil des Leninbunds, der von Urbahn gegründet worden war, die deutsche trotzkistische Opposition bilden.

Nur mit der Gruppe um Schwarz, der damals noch Abgeordneter war, und nachdem der Bruch mit Korsch vollzogen worden war, der „Kommunistische Politik“, herausbrachte, wurde eine Arbeitsgemeinschaft zwischen der „Entschiedenen Linke“ und der KAPD eingerichtet. Die KAPD beabsichtigte nicht, mit Koch zusammenzuarbeiten, der eine gewerkschaftliche und parlamentarische Politik betrieb. Für die KAPD war die von Korsch vorgeschlagene Losung eines „neuen Zimmerwaldes“ eine „inhaltslose Phrase“ (6). Andererseits weil „Kommunistische Politik“ unfähig war, eine politische Bilanz der Komintern für die Zeit zwischen 1921-25 zu ziehen, die sie damals unterstützt hatte, konnte „Kommunistische Politik“ keine wirklich kritische Haltung einnehmen:
„Wer die Taktik der 3. Internationale von 1921 bis 1925 als richtig einschätzt, kann die von 1926 nicht als falsch bewerten, denn 1926 war die Taktik der 3. Internationale nur die konsequente Fortsetzung der gesamten (politischen) Linie... Die 3. Internationale ist auf einem sumpfigen Boden entstanden, dem des Reformismus, zu einer Zeit, als der Kapitalismus von einer Katastrophe in die andere versank, und als die Revolution auf die Tagesordnung trat. Sie hat ihr Haus auf Sand gebaut“(KAZ, Nr. 77, 1926).

Das Problem lag ganz anders bei der Gruppe um Katz, der sich mit der AAUE und einer kleinen unabhängigen Gewerkschaft zusammengeschlossen hatte (2), und einen ganz bunten Haufen darstellte. Die Hauptfrage war die Annahme einer zentralisierten revolutionären Organisation. Weil die Gruppe um Katz als „eine besondere Art des Anarchismus“ angesehen wurde, verwarf die KAPD jede gemeinsame Arbeit mit ihr, solange die Frage der Partei nicht gelöst worden wäre.

"Der Kampf für die revolutionäre Taktik ist kein Kampf gegen die revolutionäre Partei, sondern im Gegensatz ein Kampf für die revolutionäre Partei als ein Führer der Klasse... Ihr steht vor der Frage: mit oder gegen die KAPD“(KAZ, Nr. 69, Aug. 1926: „Der

Weg der KPD-Opposition“)

Nur die „Entschiedene Linke“ um Schwarz reagierte gegenüber der KAPD, auch wenn sie dies zögernd tat. Eine intensive Kampagne wurde gemeinsam geführt, um den Waffenlieferungsskandal der russischen Regierung an die Reichswehr (4) zu entblößen. Die KAPD stützte sich auf die Rede von Schwarz im Parlament, um sowohl den Freundschaftsvertrag zwischen Russland und Deutschland als auch den russischen Imperialismus bloßzustellen. Von Okt. und Nov. 1926 begann man eine immer engere Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen. Die „Entschiedene Linke“, das Organ der Gruppe um Schwarz, wurde in der Druckerei selber der KAPD hergestellt. Bei allen Prinzipienfragen (Gewerkschaften, Parlamentarismus, russischer Staatskapitalismus, Anerkennung der Notwendigkeit der Partei), meinte die „Entschiedene Linke“, dass sie sich im Dez. 1926 auf dem gleichen Boden befand wie die KAPD. Schließlich wurde auf einer Sitzung des Zentralkomitees der „Entschiedene Linke“ vom 4.-6. Juni 1927 einstimmig der Zusammenschluss mit der KAPD vor dem Herbst des Jahres 1927 beschlossen. Gleichzeitig sollten die Mitglieder der „Entschiedene Linke“ jede Art von Gewerkschaften verlassen und sich der AAUE anschließen. Aber der Bazillus des „antiparlamentarischen Parlamentarismus“ war innerhalb der „Entschiedenen Linke“ noch vorhanden. Es wurde eine schwergewichtige Ausnahme gemacht bei der Ablegung aller parlamentarischen Mandate: Schwarz sollte nämlich sein Reichstagsmandat behalten. Offiziell gab man dazu an, dass seine Reichstagsdiäten zur Finanzierung der Propaganda der „Entschiedenen Linke“ dienen sollten. Dies stellte eine inkonsequente Haltung dar, während jede Beteiligung an den Wahlen endgültig verworfen wurde (5). Dies führte zu lebhaften Protesten innerhalb der „Entschiedenen Linken“: die Minderheit der Führung, die sich auf die Mehrheit der Ortsgruppe Berlin stützte, forderte die sofortige Niederlegung des Mandates durch Schwarz. Auf diesem wenig günstigen Hintergrund fand schließlich die Fusion zwischen der KAPD und der „Entschiedenen Linke“ statt. Nachdem man die Zeitung „Entschiedene Linke“ eingestellt hatte, traten ca. 2.000 - 3.000 Mitglieder der KAPD bei, die über weniger Mitglieder verfügte. Dies verlief jedoch nicht ohne, dass dadurch eine schwere innere Krise ausgelöst wurde.

Die KAPD hatte im „Falle Schwarz“ ein gewisses zweideutiges Verhalten gezeigt. Aus ihrer Sicht war die Niederlegung des parlamentarischen Mandates von Schwarz „keine Prinzipienfrage“, sondern eine „Geschmacksfrage“, wie es halt jemandem passte. Man meinte, die Partei könnte die Reichstagsdiäten von Schwarz durchaus nutzen.

„Die Partei kann, ohne in Widerspruch zu ihrer antiparlamentarischen Einstellung zu kommen, die Frage der Mandatsniederlegung vom Standpunkt der Zweckmäßigkeit stellen und lösen. Sie hat unter der gegebenen Situation zu prüfen, ob für die Bewegung eine demonstrative Niederlegung oder eine finanzielle Ausnutzung des Mandats nützlicher wäre“ („Eine Frage, die keine sein dürfte“, Zur Information, Nov. 1927, Internes Bulletin der KAPD, herausgegeben vom GHA).

Deshalb betrachtete die KAPD Schwarz als einen aktiven Sympathisanten, der die Partei privat mit seinen Geldern mitfinanzierte.

Dieses Bestehen auf den „Möglichkeiten“ schien auch als eine Konzession an den Opportunismus. Umso mehr, weil die politischen Gegner der KAPD meinten, die Partei gebe ihre antiparlamentarischen Positionen auf (2). Auch entwickelte sich vom Juli 1927 an eine starke Opposition innerhalb der KAPD, die die Politik der „kleinen Vorteile“ verwarf, welche sich hinter der „Neutralität“ versteckte, die von der Führung der Partei in der „Angelegenheit Schwarz“ praktiziert wurde. Daraus folgte eine Spaltung innerhalb der Partei - obgleich die KAPD keineswegs den Boden des Antiparlamentarismus aufgab. Die Opposition versuchte nicht in der Partei zu bleiben, um einen politischen Kampf zu führen. Sie verhielt sich sehr verantwortungslos, als ob sie die KAPD sabotieren wollte. Sie rief zu einem Boykott der Parteimitgliedsbeitragszahlungen auf und verhinderte die Verteilung der Zeitung KAZ (3). Schließlich spaltete sich die Berliner Opposition ab - die fast die Hälfte der Mitglieder umfasste -, aber ohne die Unterstützung der Bezirke aus Weißenfels, Leipzig, Hamburg und Rheinland, die den Kampf innerhalb der KAPD fortsetzen wollten. Sie veröffentlichte ihre eigene Zeitung: „Kommunistischer Arbeiter“, und zog einen Teil der AAU auf ihre Seite, die die Klassenfront veröffentlichte. Diese Lage dauerte von Okt. 1927 bis April 1928. Erst nach einer Reihe von Diskussionen war die Opposition davon überzeugt worden, dass sie sich wieder der KAPD anschließen sollte. Und viele Diskussionen waren erforderlich, um sie überzeugen, dass die Spaltung nicht gerechtfertigt war, weil es dahinter keine Prinzipienfrage gab, sondern da die Partei den Antiparlamentarismus nicht aufgegeben hatte.

Sicher hatte die KAPD den „Fall Schwarz“ gelöst. Dieser hatte sich von der KAPD und dem politischen Leben insgesamt entfernt. Er hatte sein abgelaufenes Mandat aufgegeben. Er musste zugeben, dass er - berauscht durch seine neue Zuhörerschaft - gegenüber der Kritik abgestumpft worden und dem Opportunismus verfallen war. Aber vor allem die Haltung der Opposition hatte nicht nur eine mangelnde marxistische Bildung gerade bei den Mitgliedern an den Tag gebracht, die „sich rein gefühlsmäßig und von ihrem Enthusiasmus her hatten leiten lassen“, sondern es hatte auch gezeigt, dass es noch Überreste „antiautoritärer Ideologie“ gab, die gefährlich war für die Existenz selber der KAPD:

„Die Spaltungen und Bildungen von verschiedenen Richtungen und ihre Zersetzung sind der genügende Beweis dafür, dass auch unsere Partei in ihrer großen Mehrheit aus Mitgliedern bestand, die sich nicht von klarer Erkenntnis, sondern von Gefühl und Begeisterung leiten ließen... Die Primitivität und der Mangel an marxistischer Erkenntnis mündete bei diesen Elementen immer in einer „antiautoritären“ Antibonzenstimmung, die letzten Endes zur Organisationsverneinung führte und führen muss, aus.“(Einige Lehren, Bulletin des GHA, Nov. 1927).

b) DIE GIK, PANNEKOEK UND DIE KAPD

Die Krise der KAPD war tiefer greifend und sie brachte auch sehr starke organisationsfeindliche Tendenzen in der linkskommunistischen Bewegung hervor. Sie war der Ausgangspunkt einer Krise zwischen der AAU und der KAPD einerseits, und den Anhängern einer „beweglichen Politik“ andererseits, die die Unionen zu einer Organisation der Wirtschaftskämpfe umwandeln wollte, und eine Politik der Partei verwarf und eine Klassenpolitik befürwortete. Andererseits wollte die KAPD ihre Aktivitäten als politische Organisation aufrechterhalten und sie gar verstärken, indem sie in der AAU die Führung behielt. Diese „starre“ Politik stand im Gegensatz zu der „beweglichen“ Taktik, die die KAPD von ihren Prinzipien abbringen würde und den Begriff der politischen Organisation abschwächen würde.

Die Krise der KAPD deckte die Entwicklung der GIK hin zu „rätekommunistischen“ Positionen auf. Und dies verlief nicht ohne Schwankungen und Widersprüche innerhalb der GIK.

Die GIK beteiligte sich von Anfang an bei den Auseinandersetzungen und der Krise in der KAPD. Sie stellte sich entschlossen auf die Seite der Opposition. Canne-Meijer, der die Gruppe bei der Spaltung des Zentralkomitees der KAPD auf der Sitzung vom 29. und 30. Oktober 1927 vertrat (5), warnte zurecht vor der „Gefahr einer vollständigen Vernichtung der KAPD“ durch den Opportunismus. Dieser sei bis „ins Zentrum der Partei“ vorgedrungen. Auch sei - der GIK zufolge- die Möglichkeit einer Beteiligung der KAP an den Wahlen jetzt entstanden. Der Ruf der

KAPD stand auf dem Spiel, und er konnte nicht für die Abgeordnetengelder Schwarz' von 600 Mark monatlich eingehandelt werden. Sie meinten dass der Beitragsboykott seitens der Opposition - bis zu einem gewissen Grade - berechtigt sei. Sie riefen zur Vereinigung der Partei auf und warnten die Opposition davor, „nicht den schwerwiegenden Fehler zu begehen, die Partei in Stücke zu zerreißen". Aber die holländische Gruppe fasste die innere Krise der KAPD als ein Ergebnis der Politik der Führer auf, die von der Leitung der KAPD praktiziert werde.

Diese Kritik der „Führerpolitik" brachte die GIK schnell dazu, die politische Funktion der Partei, welche von der KAPD vertreten wurde, infrage zu stellen. In einem Brief vom Febr. 1928 (1), der an die KAPD gerichtet war, warf Canne-Meijer dieser vor, von „einer Klassenpolitik" zu einer „Parteipolitik" übergegangen zu sein. Er kritisierte nicht nur den Opportunismus der Politik der „kleinen Vorteile", sondern die Tatsache, dass die Partei „ihre Aktivität fast ausschließlich auf Streitigkeiten mit der KPD und ihren verschiedenen Ablegern" richtete. Der politische Kampf würde schließlich zu einer Spaltung der Partei führen: zwischen denjenigen, die „wissen", und denjenigen, „die die politische Linie von Unten her ausführen". Auch „sei der Mittelpunkt der Aktivität der Partei jetzt in die Betriebe hineinzuverlagern". Aber ebenso auch in der AAU, wo „ Fabrikorganisationen" errichtet werden müssten. Wie die Antwort der KAPD auf diesen Brief zeigte (2), bedeutete dies eine Verkennung der Wirklichkeit, in der die Kämpfe der Partei „unvermeidbar" und „notwendig" sind. Auch würde dies bedeuten, die Waffe der Kritik „fallen zu lassen", um „die Hürden bei der Entwicklung der revolutionären Ideologie beiseite zu schieben". Damit würde vor allem die politische Gleichgültigkeit der Arbeiter verstärkt werden, indem sie sich vom politischen Kampf zurückziehen würden. Schließlich stellte die Schaffung von Fabrikorganisationen nur einen reinen „Schlachtruf" dar, denn solche Organisationen könnten nur aus dem Kampf selber hervorgehen, „von den Arbeitern selber geschaffen werden". Mit Nachdruck verwarf die KAPD diese „politikfeindliche Auffassung", die die GIK als einen Teil der Unionsbewegung zum Ausdruck gebracht hatte. Dahinter stand die Infragestellung der Funktion der revolutionären Partei. In einem Text, der in „Der Proletarier" zur gleichen Zeit veröffentlicht wurde (3) (K. Horner „Prinzip und Taktik"), warf Pannekoek die Fragen deutlicher auf. Seine Auffassung hatte nichts mit einer Ideologie der „Führerfeindlichkeit" zu tun und unterschied sich insofern von der GIK. Es ging darum, die Aktivitäten der KAPD in dem gegenwärtigen historischen Kurs neu auszurichten.

In „Prinzip und Taktik" zeigte Pannekoek auf, dass die weltweite revolutionäre Welle in Europa beendet war. Die Niederlage war vor allem auf eine mangelnde Reife des Proletariats zurückzuführen.

"Der Niedergang der Revolution... Es zeigt sich sofort, wie wenig das Proletariat als Ganzes noch seiner historischen Aufgabe gewachsen war, und wie geschickt die Bourgeoisie diese Schwäche ausnutzte... Die Macht der Bourgeoisie besteht wesentlich in der Ohnmacht des Proletariats, in seiner Unwissenheit und Furchtsamkeit, seinen Illusionen, seinem Mangel an Klassenbewusstsein, Zielklarheit und Entschlossenheit" (Proletarier, Prinzip und Taktik, K. Horner, Juli 1927, Heft 7,S. 141,142).

Im Unterschied zur KAPD und der AAU fasste Pannekoek - und das Gleiche traf auf die GIK vor 1929 zu - die neue Periode als eine Periode der wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung auf; damit wäre die Möglichkeit einer „Todeskrise des Kapitalismus nicht mehr gegeben". Zwei Jahre vor der Krise von 1929 meinte er, es würde keine Überproduktionskrise geben. Ihm zufolge verfüge der Kapitalismus noch über große Ausdehnungsmöglichkeiten: *„Für den Kapitalismus ist es nicht absolut unmöglich, seine Produktion zu erweitern, und damit eine extrem ungünstige Konjunktur zu überwinden"* Im Gegenteil, der wirtschaftliche Aufschwung sei wie im 19. Jahrhundert dank der Entdeckung neuer Märkte noch möglich. Asien stelle wiederum ein neues Akkumulationsfeld für das Kapital dar, und weil es „einen neuen selbständigen Platz in der kapitalistischen Produktion auf Weltebene einnehmen würde". Das bedeutete, dass „der Kapitalismus noch weit davon entfernt ist, bevor er bis an seine letzte Grenze angelangt ist". Pannekoek meinte, die Krise und die Revolution würden erst in einer weit entfernten Zeit stattfinden:
"Das schwerste, eigentlich fast alles, liegt noch vor uns: wir stehen erst am Fuß des Berges. Noch ist nicht klar zu sehen, wie die künftige wirtschaftliche Entwicklung sein wird. Kommt es zu einer neuen Blüte, dann folgen darauf sicher umso gewaltigere Krisen. Und mit den Krisen kommt wieder die Revolution. Die alte Revolution ist abgeschlossen: vor uns liegt die Vorbereitung der neuen" (ebenda, S. 147).

Daraus zog er die Schlussfolgerung, dass die Funktion der KAPD und der AAU sich ändern müsste. Im Unterschied zur GIK verwarf Pannekoek noch nicht die politische Funktion der revolutionären Partei. Dies geschah erst langsam unter dem Einfluss der GIK Anfang der 30er Jahre. Pannekoek war 1927 noch seinen Positionen treu geblieben, die er 1920 in „Weltrevolution und kommunistische Taktik" zum Ausdruck gebracht hatte. Er erinnerte an die klassische Position der Kommunistischen Linken, dass „nicht die Partei die Revolution, sondern die Klasse als ein„ (Proletarier, Aug. 1927) sie mache. Er erinnerte daran, dass die revolutionäre Partei als eine Vorhut des Proletariats notwendig sei, und dass sie - nur auf die Gefahr hin der Verwerfung ihres Wesens - weder anstelle der Arbeiterklasse handeln, noch in ihr aufgehen dürfe. Er bestand auf der unabdingbaren Rolle der Partei vor und während der Revolution, die hauptsächlich im politischen Bereich bestand:
"Alle Aktionen erfordern zuerst und fortwährend einen geistigen Kampf der Massen an Klarheit, einen Kampf, der als ein Ringen der Richtungen und Parteien miteinander geführt wird, und dieser Kampf muss die kommunistische Partei für die Arbeiter und vor den Arbeitern führen. So ist die Partei in jeder Etappe der Vorbereitung und des Kampfes ein wichtiges Organ, gleichsam die Seele der Revolution (ebenda, S. 179).

Damit wurde implizit die Position Canne-Meijers verworfen, der die „politikfeindliche Klassenpolitik" der „Parteipolitik" gegenüberstellte, womit man gegen die anderen Parteien, die innerhalb des Proletariats wirkten, Stellung beziehen wollte.

Die Phase des Wohlstands, die von einem Zeitraum der Reaktion - wie nach 1848 in Deutschland - gekennzeichnet war, und zu einem „Abstieg, Verwirrung und Täuschungsmanövern" in der Arbeiterbewegung führte, brachte unvermeidbar Änderungen der Taktik in der revolutionären Bewegung mit sich. In einem Zeitraum der Depression der Arbeiterbewegung, wo die Massenaktionen nicht mehr auf der Tagesordnung stehen, sollte die KAPD eine kleine Partei bleiben, denn so wäre sie besser in der Lage, sich gegen das Umfeld zur Wehr zu setzen. Es käme darauf an, dass sie ihre „Qualität" und die Gültigkeit ihrer „Prinzipien" verteidigt und nicht ihr Aktivitätsfeld leichtfertig erweitert. Pannekoek warnte die KAPD vor einer Überschätzung der Erfolge: ihm zufolge müsste man die „bewegliche Taktik" verwerfen, die nur die Zahlenschwäche der Partei ausgleichen sollte. Der Preis für die Überwindung der Isolierung sei für die KAPD mit dem Risiko des Opportunismus verbunden. Deshalb riet Pannekoek zu mehr Propaganda, weniger reißerischer Agitation, weniger Verbalaktivismus in der Presse der KAPD. Die Warnungen Pannekoeks waren noch deutlicher für die AAU, in der die Versuchung einer „beweglichen Taktik" noch größer war. Die AAU solle aufpassen, dass sie sich nicht in eine Gewerkschaftsorganisation umwandele. *„Man würde dann einer Zentrale gegenüberstehen - und nichts anderem".* Ihre Rolle bestünde nicht darin, die Kämpfe zu führen, sondern sie durch Klarheit zu unterstützen. Das bedeutete mit verdeckten Worten, dass die Existenz der Union in diesem Zeitraum der Reaktion überflüssig geworden war: *„Die AAU ist ähnlich wie die KAP we-*

sentlich eine Organisation für die Revolution. In einer anderen Zeit, in einer Periode des Niedergangs der Revolution, würde wohl nicht daran gedacht werden, eine solche Organisation zu gründen" (ebenda, S. 184).

Die Kritiken Pannekoeks gründeten sich zum Teil auf die Kritiken am Opportunismus. Sie unterstrichen implizit die Gefahr einer Doppelorganisation. Entweder sollte die KAP die Union auflösen, die nur ein glorreicher Überrest der Revolution war, oder die Union sollte sich in der Partei auflösen, und damit zu einer politisch-ökonomischen Zwitterorganisation werden. Auf keinen Fall gäbe es jedoch eine Existenzberechtigung für beide Organisationen, die die gleichen Prinzipienpositionen haben.

Die Schwäche des Textes von Pannekoek „Prinzip und Taktik" lag in einem gewissen „Fatalismus", der von der KAPD kritisiert wurde.

Damit neigte K. Horner - Pseudonym A. Pannekoeks - dazu, die Revolution zu schnell zu begraben. Er verstand nicht, wie es die KAPD (1) unterstrich, dass die Krisen im Gegensatz zum letzten Jahrhundert keine zyklischen Krisen waren. Der Vergleich mit der Situation nach 1848 musste verworfen werden. Im Zeitraum „der Todeskrisen des Kapitalismus" verhindern die kurzen Zeiträume „relativer Stabilisierung" keinesfalls den Ausbruch von Klassenbewegung in der Gestalt von wilden Streiks, in denen die Partei aktiv intervenieren muss. Die Vorbereitung der KAPD auf diese neuen Kämpfe, die aus der unmittelbar bevorstehenden Krise hervorgehen würden, waren vollkommen gerechtfertigt. „Der Kapitalismus in seiner monopolitischen Phase gleicht einem Pulverfass". Zwei Jahre später widerlegte die große Krise von 1929 die optimistischen Prognosen Pannekoeks über die neue „Blütephase des Kapitalismus" und bestätigte die Positionen der KAPD. In der Wirtschaftskrise wurde die „bewegliche Taktik" bestätigt, und die Union siegte somit über die Partei, wonach die KAPD zerfiel. Die GIK, der sich Pannekoek anschloss, nachdem er mittlerweile seine Meinung geändert hatte, bezog Stellung für die AAU, zu der sie sich innerhalb der internationalen Umgruppierung der Rätekommunisten zugehörig fühlte.

2. DIE GIK UND DIE INTERNATIONALE UMGRUPPIERUNG DER RÄTEKOMMUNISTEN (1929-1932)

a) DIE GIK UND DIE DEUTSCHE RÄTEKOMMUNISTISCHE BEWEGUNG
DIE ENTSTEHUNG DER KAU (KOMMUNISTISCHE ARBEITER UNION)

Die 9. Nationale Konferenz der AAU beschloss 1929, jeden Kontakt mit der KAPD abzubrechen. Damit wollte man die Führung durch die KAPD beenden. Es war sehr aufschlussreich, dass die Konferenz beschloss, Adam Scharrer, den Hauptführer der KAPD, auszuschließen, weil er „spalterische Aktivitäten" verfolgte. Das bedeutete, dass ein Mitglied der KAPD nicht mehr Mitglied der AAU sein konnte. Damit trat eine Spaltung ein, die die deutsche revolutionäre Bewegung, aber auch die internationale Bewegung schwächte, denn in mehreren Ländern waren Gruppen der Doppelorganisation KAP - AAU miteinander verbunden.

Nach dieser Spaltung kann man von dem Entstehen der Rätekommunisten auf internationaler Ebene sprechen. Die revolutionäre Bewegung, die den Geist der Partei und den einzig wirklichen Pol der Umgruppierung der kommunistischen Strömung der internationalistischen Linke dargestellt hatte, nämlich die KAPD, rückte in den Hintergrund. Ihre wenigen Hundert Mitglieder blieben in einer Organisation, die vom Rest des revolutionären politischen Milieus abgeschnitten war, welche durch die antiautoritäre „bonzenfeindliche Ideologie" geprägt war.
Die Entwicklung der AAU vollzog sich auf sehr verwirrte und widersprüchliche Weise. Einerseits praktizierte die Union eine Taktik, die immer „beweglicher" wurde, und die soweit ging, dass sie zum ersten Mal einen Streik - genau wie eine Gewerkschaftsorganisation - anführte. 1929 stand die Union von Cuxhaven an der Spitze eines Seeleutestreiks. Die KAPD sah darin den Sieg einer „Politik der Kuppelei", die im „*Handel mit den Kapitalisten an einem grünen Tisch bestand, in Erwartung, dass das Proletariat stark genug würde, um zum endgültigen Sturmlauf anzutreten*" (1). Andererseits wollte die AAU eine politische Avantgarde im Klassenkampf bleiben. Diskussionen mit dem Überbleibsel der AAU-E wurden zu dieser Frage geführt. Eine Vereinigungskonferenz sollte im Dezember 1931 in Berlin stattfinden. Alle „ausländischen" rätekommunistischen Gruppen sollten sich an der schriftlichen Klärung beteiligen. Die GIK und Pannekoek an erster Stelle. Neben der Gruppe um Mattick, der noch bei den IWW - US - Chicago mitarbeitete, war die GIK eine der wenigen Gruppen, die ernsthafte Beitrage zur inneren Debatte hinsichtlich des Programms der internationalen rätekommunistischen Bewegung lieferte. Der theoretische Hauptbeitrag der GIK war die gemeinsame Ausarbeitung der Arbeit Appels „Die Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung". Diese wurden in Berlin 1931 von der AAU veröffentlicht. Dies war die erste Erstellung eines Textes, an dem die GIK in den 30er Jahren noch weiter arbeitete. Auch die Texte über die Funktion der revolutionären Organisation sollten eine Kritik am Programm der AAU darstellen.

Zu Recht verwarf die GIK den Anspruch, der in dem Programmprojekt der AAU formuliert worden war, eine „Massenorganisation" zu werden. Die AAU konnte weder eine Gewerkschaft noch eine Partei sein. Sie müsste als eine „Gesamtheit, als ein revolutionärer Fabrikkern" angesehen werden, dessen Hauptaufgabe die Propaganda für eine „Vereinigung von freien und gleichen Produzenten" (2) sein sollte. Auf keinen Fall sollten die „Fabrikkerne" als Konkurrenten für die Gewerkschaften auftreten, indem sie Forderungen stellten. Ihre Aufgabe bestand darin, beim Ausbruch von wilden Streiks zur Bildung einer einheitlichen Klassenfront beizutragen, die nicht berufsbezogen sei, sondern „unabhängig von jeder Partei oder Gewerkschaft". Nur im massiven Kampf könnten die „Betriebsorganisationen" entstehen, die eine wirkliche Klassenorganisation darstellen. Diese „Betriebsorganisationen" und nicht die „Fabrikkerne" waren die einzigen Organe, die zur „Führung des Kampfes" fähig waren. Im Allgemeinen verschwanden sie wieder mit dem Abebben des Kampfes. Keinesfalls würden sie zu ständig bestehenden Organisationen werden können. Nur wenn die Revolution in greifbare Nähe rückt, würden sie ständig bestehen können. Nach dem Kampf aber blieben nur „Fabrikkerne" übrig, die ein Ort der Propaganda für die Organisation der Klasse, dessen Keim sie sind, darstellen. Sie waren der aktivste und bewussteste Teil davon. Damit blieb die Union immer ein kleiner Kern.

Wenn der Klassenkampf „frei und unabhängig vom Einfluss einer Partei" bleiben sollte, dann führte dies logischerweise zur Verwerfung jeder politischen Organisation - auch einer Partei - zugunsten einer syndikalistisch-revolutionären Organisationsform wie der IWW. Aber die GIK meinte, dies träfe keineswegs zu. So verwarf die GIK energisch den Vorschlag von Mattick, dass die AAU in Europa ein Teil der IWW werden sollte. Sie verwarf dies, weil die IWW jede politische Aktion ablehnte. Die GIK stellte sich nicht nur gegen die Existenz einer politischen Organisation, sondern auch gegen die Massenparteien, welche die Klasse „anführen", denn dies stellte ein Festklammeren an Ideen der vergangenen Periode dar. Es ist aufschlussreich, dass Pannekoek seine Position zur Frage der Partei innerhalb kurzer Zeit geändert hatte. Ihm zufolge müsste die Partei als Vorhut, die zur Führung der Klasse drängt, durch „Fabrikkerne" ersetzt werden, die die Rolle von Meinungsorganisationen spielen sollten. Aus diesem Blickwinkel könnte man sie Partei nennen. Sie waren nur als ein Ausdruck des „geistigen Kampfes" innerhalb der Bewegung notwendig. Diese Theorie erschien- wie die KAPD es hervorhob - als eine Verwerfung der Partei.

Dies war der Anfang eines Prozesses, der die GIK und Pannekoek zur Verwerfung einer Partei, selbst einer revolutionären Partei, führen sollte. Tatsächlich vollzog die GIK eine radikale Trennung zwischen den beiden Hauptfunktionen einer revolutionären Partei - dem theoretischen Kampf (Klärung) und der Intervention im Klassenkampf. Die AAU war eine Interventionsorganisation, und die Parteien, „Zirkel des Nachdenkens, des Überlegens“, die gleichzeitig bestanden. Als eine Einheitsklassenorganisation sollte die AAU die Bildung von politischen Fraktionen in ihren Reihen (4) verbieten, und es ihren Mitgliedern ermöglichen, sich außerhalb in Parteien zu organisieren (5). Dies war zumindest die Meinung einer Mehrheit der GIK, die die Existenz einer „Doppelorganisation“ als notwendig erachtete, wobei sie gleichzeitig die Auffassung der AAU-E, welche jede Partei verwarf, ablehnte. Aber die beiden Organisationen sollten streng getrennt werden, und keinesfalls sollte die AAU politisch von einer Partei beherrscht werden. Dies war die Meinung des Restes der AAU.

Auf dieser Grundlage fand die Vereinigung der AAU und der AAU-E während der Vereinigungskonferenz vom 24. - 27. Dez. 1931 in Berlin statt. Die neue Organisation - die KAU (Kommunistische Arbeiter Union) fasste die 343 Mitglieder der AAU und die 57 Mitglieder der AAU-E (6) zusammen. Sie begriff sich wie die KAPD als eine Avantgarde, als eine Elite.

Es handelte sich aber um eine Partei, die sich nicht als solche beim Namen nennen wollte. Ihre Gründung spiegelte keine Einheit, sondern einen Spaltungsprozess innerhalb der deutschen revolutionären Bewegung wider.

b) DIE INTERNATIONALE UMGRUPPIERUNG DER RÄTEKOMMUNISTEN

Nach der Konferenz vom Dez. 1936 bildete die GIK eine Föderation von sehr locker miteinander verbundenen nationalen Gruppen, deren theoretische Führungsrolle sie übernommen hatten. Sie gaben die Veröffentlichung ihres „Pressematerials“ (PIK) zugunsten einer Unionszeitschrift auf: „INO“ - Pressekorrespondenz. Diese wurde vom internationalen Informationsbüro der KAU mit Sitz in Frankfurt (1) veröffentlicht, dessen Aufgabe darin bestand, die rätekommunistischen Gruppen der ganzen Welt zu informieren und zusammenzubringen.

All diesen Gruppen war eine Besonderheit zu Eigen, dass sie sich von der KAPD losgelöst hatten, deren Auffassung von der Partei sie nicht teilten, um sich um die deutsche KAU und die holländische GIK zusammen zu scharen:

- Die KAPD Dänemarks, die seit Mitte der 20er Jahre bestand, hatte sich in die Gruppe Internationaler Kommunisten (2) 1930 umgewandelt. Sie hatte zunächst die Zeitung „Gegen den Strom“ (Mod Stromen) herausgegeben und dann vom Okt. 1931 an die Monatszeitschrift „Marxistische Arbeiterpolitik“ (Marxistisk Arbejder Politik). Die Gruppe bestand aus 12 Mitgliedern (3) und hatte Kontakt zu Oppositionellen der dänischen KP. Ihre Orientierung war deutlich rätekommunistisch, da sie jede Partei verwarfen. Ihre Aufrufe zum „Generalstreik und zur direkten Aktion“ brachten Ähnlichkeiten mit der anarchistischen Strömung zutage, die sehr weit entfernt waren von den Rätekommunisten.

- Die Linkskommunisten Ungarns, (M.B.K.S.Z.) lebten unter sehr schwierigen Bedingungen. Als illegale Gruppe wehrten sie sich gegen die Verfolgungen der Polizei, der faschistischen Gruppen und der Organisationen der KP und SP (4). Ihre Propagandaarbeit erreichte nur kleine Teile der KP und der SP. Innerhalb der rätekommunistischen Bewegung war es die MBKSZ, die am meisten auf einer dringenden Umgruppierung der bestehenden Kräfte auf internationaler Ebene bestand.

- Die Gruppe der Unionsanhänger aus Chicago hatte sich innerhalb der IWW um P. Mattick zusammengeschlossen. Es handelte sich hauptsächlich um deutsche Auswanderer im linkskommunistischen amerikanischen Milieu. Mattick hatte versucht, eine Fraktion der KAP innerhalb der IWW zu bilden. Eine andere kommunistische Rätefraktion hatte sich innerhalb der kleinen Partei „Proletarian Party of America“, die die 3. amerikanische Kommunistische Partei war, welche 1919 gegründet worden war. Aus dieser „Partei“ ging Anfang der 30er Jahre die United Workers' Party hervor, die „Council Correspondence“ (Rätekorrespondenz) veröffentlichen sollte. Mattick, der Redakteur der Chicagoer Arbeiter-Zeitung war, beteiligte sich aktiv an der Bewegung der Arbeitslosen. Die Gruppe um Mattick verwarf keineswegs die Notwendigkeit einer revolutionären Partei. Sie bestand als einzige auf der Einheit zwischen KAP und KAU (3).

- In Frankreich waren die Gruppen „Kommunistischer Arbeiter“ und „Spartacus“, die zum einen aus italienischen und deutschen Arbeitern zusammengesetzt waren, Ende des Jahres 1931 zerfallen (1). Ihr Verschwinden führte gleichzeitig und für längere Zeit auch zur Auflösung der Rätekommunisten in Frankreich. Damit war die Unmöglichkeit der Bindungen zwischen der deutsch-holländischen und italienischen Kommunistischen Linke deutlich geworden.

Abgesehen von diesen Gruppen kann man kaum von einem wirklichen Einfluss der Rätekommunisten sprechen. Die Spaltung zwischen der KAPD und der AAU hatte bewirkt, dass bestimmte nationale Gruppen sich ausschließlich an die KAPD banden. Während die KAP sich in Österreich auf eine kleine aktive Gruppe in Wien stützen konnte, war sie vor allem in der Tschechoslowakei bei den deutschsprachigen Arbeitern bekannt. In dem industriellen Teil Nordböhmens hatte sich eine starke Opposition innerhalb der tschechischen KP entwickelt. Ende 1928, Anfang 1929 wurde eine Gruppe gegründet, die den Kampf der KAPD gegen den Opportunismus der Komintern seit dem 3. Kongress unterstützte. In dem Industriegebiet um Gablonz veröffentlichte die tschechische Propaganda-Gruppe der KAP den „Kampfruf“, der sich an die Unionsbewegung Böhmens richtete. Später veröffentlichten sie die Zeitung „Spartakus“ von 1929-1931. Sie übten eine starken Einfluss in der Arbeitslosenbewegung aus. Ihre gewerkschaftsfeindliche Propaganda stieß um so mehr auf Gehör, da die tschechischen Arbeiter gezwungen waren, den Gewerkschaften beizutreten, um ihr Arbeitslosengeld zu beziehen. Im Jan. 1932 waren 5 Delegierte der KAP von den Aktionskomitees und den Arbeitslosenversammlungen für eine Regionalkonferenz der Arbeitslosen gewählt worden (4). Da sie den Angriffen der Polizei ausgesetzt war, arbeitete die KAP seit 1931 praktisch illegal. Sich der Notwendigkeit einer geheimen Arbeit in Anbetracht des Ansteigens des Einflusses der Nazis im Sudetenteil wie auch im Rest der Tschechoslowakei bewusst, schlossen sie sich der deutschen Gruppe Rote Kämpfer um Schwab und Schröder an. Diese Gruppe war 1932 in den Untergrund gegangen, um die „Kader“ für den illegalen Kampf vorzubereiten.

Die Zersplitterung all dieser Gruppen, deren Gesamtheit auch keine politische Homogenität darstellte, ermöglichte jedoch keine wirkliche internationale Umgruppierung. Der Vorschlag der ungarischen Linkskommunisten aus dem Jahre 1932, dringend eine internationale Konferenz der rätekommunistischen Gruppen abzuhalten, der von der KAP unterstützt wurde, konnte jedoch nicht verwirklicht werden. Die Diktatur der Nazis verhinderte dieses Projekt. Damit fiel 1935 der GIK die Aufgabe zu, dieses Projekt umzusetzen. Es blieb der einzige Versuch der Rätekommunisten sich zusammenzuschließen.

c) DER VERSUCH DER UMGRUPPIERUNG DER *RÄTEKOMMUNISTEN IN DEN NIEDERLANDEN (1932-33)*

Die Umgruppierung der Rätekommunisten in Deutschland hatte eine dynamisierende Wirkung in den Niederlanden. Verschiedenen Gruppen fingen an, mit der GIK bei den Interventionen die Trag-

weite der ganzen Periode herauszuarbeiten. Aber es war weniger das Ansteigen des Gewichtes der Nazis, als vielmehr die Opposition gegenüber der Politik der Komintern, die als Katalysator für diese Umgruppierung wirkte. Die Komintern hatte beschlossen, einen „Antikriegskongress" im Sept. 1932 in Amsterdam abzuhalten. Offiziell war die Idee zu diesem pazifistischen Kongress von Schriftstellern wie Barbusse, Romain Rolland, Gorki und Dos Passos aufgeworfen worden. Dieser Kongress stellte einen Wendepunkt der Komintern dar. Ihr kam es darauf an, eine pazifistische und antifaschistische Ideologie zur „Verteidigung der Sowjetunion" innerhalb der Arbeiterbewegung zu errichten. Mit dem an die „Demokraten" gerichteten Appell kündigte dies die Politik der „Volksfronten" an.

Die Rätekommunisten Deutschlands, Frankreichs, der Niederlande, Ungarns und Dänemarks (1) verteilten auf diesem Kongress und in den Fabriken ihrer jeweiligen Länder einen „Aufruf an das internationale Proletariat" (2). Unter dem Motto „Arbeiter erinnert Euch!" entblößte der Aufruf die Außenpolitik, die der russische Staat und die Komintern seit 1920 betrieben hatten, die nämlich eine „Politik des militärischen Bündnisses mit den imperialistischen Staaten" war, und „nichts mehr mit dem revolutionären Kampf des russischen Proletariats von 1917" zu tun hatte. Die Internationalistischen Rätekommunisten unterschieden mehrere Etappen bei der Aufgabe des Internationalismus durch die Komintern:
- 1920: der russisch-polnische Krieg, bei dem es nicht um die „Weltrevolution", sondern um die Unterstützung Russlands ging, das mit dem neuen deutschen Imperialismus verbunden war,
- 1922: die Erklärung Bukarins auf dem 4. Kongress der Komintern zugunsten einer nationalen Verteidigung und eines Militärbündnisses mit den bürgerlichen Staaten,
- 1923: Ausarbeitung der Theorie des „ausgebeuteten deutschen Vaterlandes" und Lieferung von Granaten an den russischen Staat durch die Reichswehr, Theorie der „nationalen Befreiung", gegen den Versailler Vertrag, der zu einem Bündnis mit den Faschisten in Deutschland geführt hatte,
- 1927: während des Konfliktes zwischen Polen und Litauen hatte die Komintern die litauischen Arbeiter dazu aufgerufen, die „Unabhängigkeit ihres Vaterlandes zu verteidigen" (4).

Der gegen die Politik der 3. Internationale gerichtete Aufruf verwarf auch die Politik Trotzkis. Dieser verbreitete die Illusion, dass „das rote Lager noch ein Faktor der Weltrevolution" sei. Aber auf keinen Fall würde Russland dem „durch den Faschismus bedrohten Proletariat zu Hilfe eilen". Die Arbeiter sollten weder für den Krieg, noch für die Verteidigung der UdSSR kämpfen, sondern für die proletarische Revolution gegen ihre eigene Bourgeoisie durch die revolutionären Massenaktionen und die Sabotage der Kriegsproduktion. Der Weg zur Weltrevolution mit der Errichtung von Arbeiterräten war das einzige Mittel zur Verhinderung des Weltkrieges.

Dieser gemeinsame Appell der internationalistischen Rätekommunisten war einer der wenigen Aufrufe, der gleichzeitig in mehreren Ländern verteilt wurde. Er stellte im gleichen Jahr einen der wenigen Versuche der Umgruppierung der rätekommunistischen Strömung innerhalb der Niederlande dar. Der Aufruf war von der GIK und der LAO unterzeichnet worden, dem sich andere holländische Gruppen angeschlossen hatten.

Am 12. und 13. Nov. 1932 fand in Den Haag eine gemeinsame Konferenz (die erste und letzte) der Rätekommunisten der Niederlande statt. Mehrere Gruppen nahmen daran teil, um über den Klassenkampf und die Intervention in den Wirtschaftskämpfen zu sprechen:
- die Reste der KAPN; diese waren zutiefst über die Beteiligung an den Lohnkämpfen gespalten. Die Mehrheit um Korper und Frits Kief ging davon aus, dass die Wirtschaftskämpfe die Arbeiter von einer Niederlage in die andere trieben. Die Minderheit in Den Haag (6) bestand auch wie die GIK darauf, dass *„jeder Lohnkampf aufgrund der kapitalistischen Krise den Keim einer revolutionären Bewegung in sich trägt"* (1). Sie löste sich Anfang 1933 von der sterbenden KAPN, um ihr eigenes Organ „De Radencommunist" zu veröffentlichen. Dies war das Sprachrohr der Rätekommunisten aus Den Haag.

- die Linksche Arbeiders Oppositie (LAO) „Linke Arbeiteropposition" hatte im Juli 1932 die Zeitung „Spartacus" (2) veröffentlicht. Sie war in Rotterdam und Leiden aktiv. Mit einer sehr „ouvrieristischen" Einstellung verteidigte die LAO implizit die Theorie der „Minderheitengewalt". Ihr kam es darauf an, „Klassenkonflikte hervorzurufen". Diese rätistische Organisation wurde durch die Persönlichkeit Eduard Sirachs geprägt. 1919 war er einer der Führer des Aufstands gewesen, der auf dem Kreuzer „Regentes" und „Zeven Provincien" ausgebrochen war. Deswegen war er zu einer schweren Zuchthausstrafe verurteilt worden. Nachdem er sich nachher in Rotterdam ohne eine feste Arbeit niedergelassen hatte, war er der KP - für die er als Kandidat bei den Wahlen aufgetreten war - und der NAS beigetreten. In Leiden hatte die LAO enge Beziehungen zu Van der Lubbe aufgenommen, der sich an deren Aktivitäten beteiligte. Offensichtlich durch die Theorie der Minderheitengewalt verführt, steckte dieser Monate später den Reichstag in Brand. Die Frage von „exemplarischen Handlungen" rief eine lebhafte Debatte in der rätekommunistischen Bewegung hervor.

Andere Gruppen oder Unorganisierte waren anwesend. Neben der Gruppe Rätekommunisten aus Utrecht gab es eine anarchistische Organisation: der „Bond van Anarchisten-Socialisten" (BAS). Diese Zersplitterung war typisch für eine Bewegung, die gegenüber jeder Idee der Zentralisierung allergisch und damit vollkommen lokalistisch war. Auch war das Vorhandensein einer anarchistischen Gruppe wie die BAS in ihren Reihen sehr typisch. Es bewies, dass die Abgrenzung zwischen Rätekommunisten und Anarchisten nicht deutlich gezogen wurde. Die klare Abgrenzung, die die GIK hergestellt hatte, war bei ihnen nicht vorhanden.

Trotzdem hatte diese Konferenz kurzfristig, aber nicht langfristig positive Resultate. Sie ermöglichte es, Auswahlkriterien in der rätekommunistischen Bewegung aufzustellen: die Beteiligung an den Wirtschaftskämpfen war das Hauptkriterium. Aufgrund dieses Kriteriums löste sich die Mehrheit der KAPN von dieser Bewegung, um 1933 schließlich ihre eigene Zeitung herauszubringen: De Arbeidersraad (Der Arbeiterrat). Obgleich sie Anhänger der Notwendigkeit einer Partei waren, entwickelte sich diese Gruppe allmählich hin zu einer Gruppe mit trotzkistischen und gar antifaschistischen Positionen (7). Das zweite positive Ergebnis dieser Konferenz war die Veröffentlichung von Texten in verschiedenen Zeitungen, die aus der gesamten Bewegung hervorgingen, sowie die gemeinsame Veröffentlichung von Broschüren (3). Schließlich schien die Wahl einer gemeinsamen Kommission der Gruppen ein ernsthaftes Interesse an einer zukünftigen Umgruppierung anzudeuten.

Dieser einzige Versuch der Umgruppierung der Gruppen mit rätekommunistischer Orientierung sollte aber bald scheitern. Nachdem sich der konterrevolutionäre Kurs nach der Machtübernahme Hitlers 1933 durchgesetzt hatte, verschärften sich die zentrifugalen Tendenzen innerhalb der holländischen Bewegung wie übrigens auch in der gesamten internationalen rätistischen Bewegung.

3. DIE MACHTÜBERNAHME DURCH HITLER UND IHRE FOLGEN

a) DIE GIK UND DIE LAGE IN DEUTSCHLAND

Weil sie sich fast ausschließlich mit der Unionsbewegung in Deutschland befasste, kümmerte die GIK sich kaum um den Auf-

stieg der Nazis, der ein unleugbares Zeichen der vorwärts schreitenden Konterrevolution war. Fragen der Organisation der Unionen, der Wirtschaftskrise, und noch mehr in die Theorie versinkend, die des Bauerntums und der Übergangsperiode waren für sie wichtiger (siehe weiter unten). Diese Schwäche gegenüber einem so dringenden politischen Problem wie dem Aufstieg der Konterrevolution ist das Ergebnis einer mangelnden wirklichen Einschätzung der historischen Periode. Aus der Weltkrise - meinten sie - würden notwendigerweise Klassenbewegungen wie wilde Streiks hervorgehen, die direkt zur Revolution führen würden.

Als linkskommunistische Strömung war es die Auffassung der GIK, dass die Bewegung der Nazis ein Ausdruck der „Offensive des Monopolkapitals gegen das Proletariat“ war, und dessen soziale Grundlagen das durch die Krise proletarisierte Kleinbürgertum war. Um gegen die Nazis zu kämpfen, bestand die einzige proletarische Taktik in der Verschärfung des massiven Klassenkampfes in der Form von massiven, gewerkschaftsfeindlichen spontanen Bewegungen. Jeder Versuch einer antifaschistischen Allianz mit den Linksparteien führte zum Verrat der proletarischen Prinzipien. Um gegen die Nazis zu kämpfen, konnte das deutsche Proletariat nur auf seine eigenen Kräfte bauen, insbesondere auf das Wiedererstarken des internationalen Klassenkampfes in den Hauptzentren des Kapitalismus. Die GIK wie auch die deutschen revolutionären Gruppen wie KAU, KAPD, die Gruppe der Rätekommunisten in den USA und in anderen Ländern traten unnachgiebig für die Ablehnung einer gemeinsamen antifaschistischen Front ein (1). Sie hatten nicht vergessen, dass die Sozialdemokratie und die deutsche KPD bei der Niederschlagung des Proletariats mitgewirkt hatten. Die SPD physisch 1919 und die KPD ideologisch von 1923 an, als sie mit der Bewegung der Nazis auf nationalistischer Ebene mitzuhalten versuchte. Ende des Jahres 1932 unterstrich die KAPD, dass „Hitler das Erbe Noskes übernommen hat, die Partei Hitlers das Erbe der Sozialdemokratie“ (2). Was die KAPD betrifft, habe sie die Demagogie zu einem Prinzip erkoren, und sie sei vom Meister der Demagogie selber, von Hitler, übertroffen worden" (ebenda). Das vernichtende Ergebnis dieser Politik der ideologischen Ablenkung war, dass „ein großer Teil der Anhänger der KPD zu Hitler überlief" (ebenda).

Erst gegen Ende des Jahres 1932 fing die GIK an, die Perspektiven der Arbeiterbewegung, die aus dem Ansteigen der faschistischen Welle abzuleiten waren, zu untersuchen. Die Nazi-Bewegung entsprach dem Bestreben des Großkapitals, „die absolute Diktatur der besitzenden Klassen zu errichten, indem sie sich auf die Mittelschichten stützt". Diese Analyse der GIK war sehr oberflächlich und brachte einen Mangel an politischer Vertiefung zum Vorschein, der erst im Nachhinein, nämlich nach der Machtübernahme durch Hitler überwunden wurde. Hinsichtlich der Perspektive blieben die Holländer optimistisch. Während sie hervorhoben, dass der Faschismus auf Wirtschaftsebene „keinen Ausweg anzubieten“ habe, glaubten sie, dass er zum „gewalttätigsten Klassenkampf“ führen würde.

Die Machtübernahme durch Hitler trieb schließlich die GIK dazu, eine deutlichere politische Stellungnahme zu beziehen. Es ist aufschlussreich, dass Pannekoek sich äußerte, um die Politik der Rätekommunisten zu orientieren. Er versuchte die Ursachen und Konsequenzen der Niederlage des Proletariats in Deutschland zu analysieren, sowie die unmittelbaren und langfristigen Perspektiven für die Arbeiter und die Revolutionäre der ganzen Welt.

- DIE NIEDERLAGE DES DEUTSCHEN PROLETARIATS

Wie die italienischen Linkskommunisten es 1933 getan hatten, zeigte Pannekoek deutlich auf, dass der Endsieg Hitlers der Abschluss der sozialdemokratischen Konterrevolution war, die im November 1918 mit der Übernahme der Macht durch Ebert und Scheidemann begonnen hatte. Wie eine Bewegung in der Astronomie habe die Konterrevolution einen Scheidepunkt erreicht. Hitler sei nicht an die Macht gekommen, um den Ausbruch der Revolution zu verhindern - eine These, die damals von den Stalinisten vertreten wurde (4) - sondern um die Konterrevolution abzuschließen, die 14 Jahre zuvor von der deutschen Sozialdemokratie begonnen worden war: *„Man kann auf keinen Fall die Kreisbewegung (Revolution) in Deutschland als konterrevolutionär bezeichnen, denn dies setzt voraus, dass es vorher eine Revolution gegeben habe. Die wirkliche Konterrevolution fing im Nov. 1918 in Berlin an, als Ebert und Scheidemann die Regierungsgeschäfte übernahmen“ („De Omwenteling in Duitsland“, - Die Umwälzung in Deutschland, PIC, Nr. 9, April 1933).*

Die Errichtung einer „Gesellschaft der Gewalt“, die Ersetzung des Parlamentarismus durch eine diktatorische Regierung, die „Abschaffung der bürgerlichen Freiheiten für bestimmte Gruppen und der elementarsten Menschenrechte“, die KZs, in die viele Mitglieder der SPD und KPD gesteckt wurden, die Verfolgung der Juden, all das waren Tatsachen, die bewiesen, dass die Konterrevolution ihre Arbeit abgeschlossen hatte.

Die Weltwirtschaftskrise ermöglichte es dem Großkapital, seine Konterrevolution zu vollenden. Um „seinen Angriff gegen das Proletariat durchzuführen“, fand das deutsche Kapital willige Kräfte in der Nazi-Bewegung, deren Führer dem studentischen Kleinbürgertum angehörten und auch aus den Reihen der Offiziere der Armee kamen. Wirtschaftlich entsprachen die Nazis dem Versuch des deutschen Kapitals, eine „gewisse Autarkie“ herzustellen.

Der andere Grund für die Niederlage des deutschen Proletariats lag vor allem auf ideologischer Ebene: seine Kämpfe waren auf die Ebene der Wahlen, der Sozialdemokratie abgelenkt und damit in Sackgassen gelenkt worden. Dies war eine der schlimmsten Niederlagen. Ein kampfloser Zusammenbruch der Kraft des Proletariats. *„Eine Niederlage als solche ist nicht so schwerwiegend. Die Arbeiterklasse wird noch oft Niederlagen hinnehmen müssen, wenn sie den Kampf mit einer unzureichenden Stärke gegen ein stärkeres Kapital führt; aber solche Niederlagen werden das Sprungbrett für zukünftige Siege sein. Aber hier handelt es sich um einen Zusammenbruch, nicht um einen Kampf, weil die Arbeiter Sozialdemokraten gewählt hatten, anstatt zu lernen, auf revolutionäre Weise zu kämpfen“.*

Die politische Schlussfolgerung Pannekoeks war deutlich. Von Ebert zu Hitler verlief die „sozialdemokratische Katastrophe“. Die Sozialdemokratie konnte nicht mehr als der Arbeiterbewegung zugehörig betrachtet werden. Aber genau wie die GIK zögerte Pannekoek, die Sozialdemokratie als einen politischen Teil der Bourgeoisie zu betrachten. Dieses Zögern ist sicherlich eine Erklärung für die spätere Unterscheidung zwischen „alter“ und „neuer“ Arbeiterbewegung: *„Die Sozialdemokratie ist ein alter abgestorbener Ast des Baums der Arbeiterbewegung, und dahinter wachsen bislang wenig erkennbar und auch noch von ihr erdrückt, neue Sprossen heran“(ebenda).*

Aber auch die KPD trug eine große Verantwortung bei der Niederlage des deutschen Proletariats. Es ist kennzeichnend, dass Pannekoek fast die ganze Betonung auf die Übernahme der parlamentarischen und gewerkschaftlichen Taktik und die Unterwerfung unter den russischen Staatskapitalismus bei der Erklärung der Ursache des Scheiterns der KPD 1933 legte. Pannekoek stellte den „Fanatismus der KPD“ an den Pranger, aber er ließ damit die entscheidende Bedeutung außer Acht, die die Theorie des „Sozialfaschismus“ und der „deutschen nationalen Befreiung“ Ende der 20er Jahre gehabt hatten, die zu einer gemeinsamen Front mit den Nazis in den Streiks geführt hatte. Ohne die wirklichen Ursachen der Niederlage zu vertiefen, stellte er fest, dass die Kommunisten, die in die KZs gesteckt worden waren, zu Opfern einer falschen Politik der KPD geworden waren, die nur zu einer Machtlosigkeit der deutschen Arbeiterklasse geführt hat. (ebenda).

- DIE AUTONOMIE DES PROLETARIATS

Das Mittel zur Überwindung der Niederlage lag keinesfalls in einem Wirtschaftsboykott Deutschlands, so wie es die holländischen Anarchosyndikalisten vorschlugen (1). Mit dieser Losung hätten die Arbeiter die Niederlage nur verstärkt, weil der Nationalismus dadurch einen Auftrieb erhalten hätte. Ein neuer 4. Aug. 1914 und ein neuer Krieg würden die notwendige Folge sein, ungeachtet der Tatsache, dass dies „alles unter dem Deckmantel holder humanitärer Ziele" präsentiert wurde. *„All das kann nur zu einem Ergebnis führen. In Deutschland wird der Nationalismus gestärkt und der Kampf für die kommunistische Aufklärung geschwächt. Daraus kann nur ein zweites 1914 hervorgehen, sobald die Arbeiter in den kriegsführenden Ländern sich den Kriegs- und imperialistischen Zielen ihrer eigenen Bourgeoisie unterwerfen und diese jeweils unterstützen" (ebenda).*

Der einzige Weg der Arbeiterklasse, um gegen die Nazis anzukämpfen, bestand darin, dass das deutsche und internationale Proletariat auf seinem eigenen Klassenboden kämpft: *„Der Kampf gegen den Nationalsozialismus ist der Kampf gegen das deutsche Großkapital. Nur die deutsche Arbeiterklasse kann diesen Kampf führen. Hitler kann nur durch die deutschen Arbeiter besiegt werden... Können damit die Arbeiter der anderen Länder Westeuropas und auch Amerikas nichts anderes tun, um ihren Klassenbrüdern in Deutschland zu helfen, die vor so einer schweren Herausforderung stehen und unterdrückt sind? Sicherlich doch. An erster Stelle, indem sie einen klaren und energischen Kampf gegen ihre eigene Bourgeoisie führen. Jedes Beispiel eines energischen Arbeiterkampfes in einem Land wird eine anregende und aufklärende Wirkung auf die Arbeiter in den anderen Ländern haben" (ebenda).*

- DIE PERSPEKTIVEN DER ARBEITERBEWEGUNG

Pannekoek und die GIK schätzten die Zukunft der revolutionären Bewegung in Deutschland mit einem gewissen Optimismus ein. Sie gingen davon aus, dass die „geistige Kraft" der alten Arbeiterbewegung „ausgelöscht" worden war, unterschätzten aber damit ihr ideologisches Gewicht, auch wenn diese nur im Untergrund agieren könnte. Sie meinten, „neue junge Kräfte" würden auftauchen und in der Literatur der KAU, der KAPD, „Der rote Kämpfer" die Quelle ihrer Aufklärung und geistigen Erhellung finden. Aber diese Hoffnung sollte schnell enttäuscht werden. Ohne dies weiter auszuarbeiten, meinte Pannekoek, dass der Kommunismus „auf vollständig neuen Grundlagen aufgebaut werden müsse". Dies bedeutete, dass es keine Kontinuität in der Geschichte der Arbeiterbewegung mittels der linken Fraktionen mehr geben würde. Alles müsste irgendwie wieder bei Null anfangen. Diese Methode, die sich gänzlich von der der Italienischen Kommunistischen Linken der damaligen Zeit unterschied (1), war ein Vorläufer der Theorie, die für den Rätekommunismus der „neuen Arbeiterbewegung" (siehe Kapitel 6) fatale Auswirkungen haben sollte.

b) DER HOLLÄNDISCHE RÄTEKOMMUNISMUS UND VAN DER LUBBE

Mehr noch als die Übernahme der Macht durch Hitler zog die Debatte über die Bedeutung des Reichstagsbrandes, und die Rolle Van der Lubbes innerhalb der Rätekommunisten die Aufmerksamkeit auf sich. Die holländischen Rätekommunisten waren zutiefst über die Frage der „exemplarischen Handlungen" gespalten und auch über die Aktionen individueller Gewalt gegen die Symbole der bürgerlichen Ordnung.

Marinus Van der Lubbe war ein junger Arbeiter aus Leiden gewesen, der bis 1931 der holländischen KP angehört hatte. Da er zu einer antiparlamentarischen Auffassung gelangt war, war er aus der KPN ausgetreten. Als ein sehr aktives Mitglied in der Bewegung der Arbeitslosen und bei all den Arbeiterstreiks, die in den verschiedenen Städten ausgebrochen waren, hatte sich Van der Lubbe der Sache der Arbeiter und der Revolution sehr aufopferungsvoll gewidmet. Nach einem Arbeitsunfall, der langfristig zur Erblindung führen sollte, hatte er seine ganze Energie ausschließlich in die Aktivitäten der Bewegung gesteckt. Mit der L.A.O. Sirachs hatte er Kontakt aufgenommen, an deren Propagandaarbeit er sich beteiligte. Die Kontakte mit der GIK in Leiden (2) waren hauptsächlich persönlicher Art, denn niemals war Van der Lubbe Mitglied der GIK, obgleich er mit ihren Positionen sympathisierte.

Nach mehreren Reisen nach Deutschland und Europa entschloss sich Van der Lubbe im Februar 1933 nach Berlin zu fahren, kurze Zeit nachdem Hitler zum Kanzler nominiert worden war. Wahrscheinlich hatte er keinen politischen Kontakt mit den deutschen Rätekommunisten. Seine Entscheidung, den Reichstag anzuzünden, war vielleicht eine persönliche Handlung (3), die auf dem naiven Glauben beruhte, dass diese *„exemplarische Handlung das deutsche Proletariat wachrütteln und in Bewegung setzen würde",* weil er persönlich verzweifelt war, da er in kürze erblinden sollte. Aber diese persönliche Verzweiflung spiegelte vor allem eine wachsende politische Verzweiflung in großen Reihen der Arbeiterklasse der damaligen Zeit wider.

Wir wissen, was nachher mit Van der Lubbe geschah. Nachdem er vor einem nationalsozialistischen „Gericht" erscheinen musste, wurde er zum Tode verurteilt und am 10. Jan. 1934 erschossen. Er wurde damit ein der Opfer des Naziterrors, dieses bürgerlichen Terrors, der von Ebert bis hin zu Hitler so vielen Arbeitern das Leben gekostet hatte. Aber das schlimmste war, dass Van der Lubbe von den Stalinisten durch den Dreck gezogen wurde, die ihn beschuldigten, als Geheimagent der Nazis gehandelt zu haben. Die Stalinisten führten eine große Verleumdungskampagne gegen ihn durch (4). Seine Henker waren die Nazis und die Stalinisten, die ebenfalls seinen Kopf forderten. Dimitrov, der übrigens freigesprochen und zu einem der Hauptführer der stalinistischen Komintern wurde, äußerte sich während des Prozesses und verlangte die Verurteilung Van der Lubbes: *„Ich fordere deshalb, dass Van der Lubbe als jemand verurteilt wird, der gegen das Proletariat gehandelt hat" (L'Humanité, 17. Dez. 1933).*

In den Niederlanden entfaltete die KPN - deren aktives Mitglied Van der Lubbe gewesen war - ebenfalls eine Verleumdungskampagne. Sie verbreitete ebenfalls Lügen, die in dem Schwarzbuch veröffentlicht wurden, das der Münzenberg-Trust mit der Zustimmung der „Demokraten", u. a. einem engl. Lord, herausgab. Münzenberg war der große Finanzchef der Komintern. Um Van der Lubbe zu verteidigen, veröffentlichten die Rätekommunisten einen Text, der die Anschuldigungen, die gegen Van der Lubbe erhoben worden waren, Punkt für Punkt widerlegte, wobei zahlreiche Zeugenaussagen mit eingebracht wurden. Ein Komitee Van der Lubbe wurde gebildet, dem ein ehemaliges Mitglied der früheren KAPN, Lopez-Cardozo, ein Mitglied der GIK, der Psychiater Lieuwe Hornstra und ein proletarischer Schriftsteller Maurits Dekker angehörten. Dieses Komitee war in mehreren Ländern, darunter Frankreich, aktiv gewesen (2). Es handelte sich um ein Bündnis aus Persönlichkeiten und Gruppen, die sich wenig vom Anarchismus abhoben, denn diese arbeiteten auch am Komitee mit.

Die Bildung dieses Komitees konnte aber nicht verhindern, dass eine Debatte unter den holländischen Rätekommunisten über die Bedeutung der „persönlichen Handlungen" und den Terrorismus im Allgemeinen entstand. Auf der einen Seite standen diejenigen, die diese als „proletarische Aktionen" einschätzten, und auf der anderen Seite diejenigen, die aus Prinzip jede terroristische Aktion verwarfen.

Die erste Tendenz, die von den deutschen Rätekommunisten (4) verworfen wurde, weil sie „nicht mit den Wölfen heulen wollten", aber auch aufgrund einer politischen Verwirrung wollte einfach nicht hinter der Handlung eine „verzweifelte Aktion" sehen, sondern eine proletarische Methode, die unter anderen Bedingungen

das deutsche Proletariat hätte „wachrütteln“ und es in den Kampf ziehen können (5). Die Reaktion von Gruppen wie L.A.O. und „Der Radencommunist“ war in dieser Hinsicht typisch.

„Spartacus“, das Organ der L.A.O., das Van der Lubbe als *„einen unerschrockenen Kämpfer, der bereit war, sich für den Kommunismus zu opfern“ (6)* lobte, hatte eine Zwischenposition, die eine widersprüchliche Haltung über die Bedeutung der individuellen terroristischen Aktionen war. Einerseits behauptete die LAO, *„wir treten nicht für den individuellen Terror als ein Mittel des Kampfes der Arbeiterklasse ein.* Andererseits meinte sie implizit, *„das heißt nicht, dass wir unterschiedslos jede individuelle Aktion verwerfen...“ (ebenda).*

Schließlich ging LAO dazu über, die Position zu vertreten, dass eine individuelle terroristische Aktion die Arbeitermassen zur Handlung treiben könnte. *„Die Geste Van der Lubbes hätte das Signal für einen allgemeinen Arbeiterwiderstand sein können, der über die Köpfe der Bonzen der Sozialistischen und Kommunistischen Partei hinweggegangen wäre*“ (ebenda).
Die Position der Gruppe „Der Radencommunist“ war praktisch die gleiche. Sie leugnete, dass die Handlung Van der Lubbes praktisch eine Verzweiflungsaktion gewesen war, die eine tief greifende Orientierungslosigkeit innerhalb der Arbeiterklasse zum Ausdruck brachte: *„Deshalb darf diese Handlung nicht als eine individuelle Handlung gesehen werden, sondern eher als ein Funke, der in dieser sehr gespannten Situation die Explosion herbeiführen konnte“ (7).*

So leugneten die Gruppen das, was geschichtlich zu einer Tatsache geworden war: Eine terroristische Aktion, unabhängig davon, ob sie von einer Einzelperson durchgeführt wurde oder nicht, konnte von der herrschenden Klasse dazu benutzt werden, um die Herrschaft über und die Unterdrückung der Arbeiterklasse zu verschlimmern. Ihre Position stand schließlich der der Sozialrevolutionäre von 1917 in Russland nahe.

Die zweite Tendenz verwarf deutlich den Einsatz von individuellen Handlungen und terroristischen Methoden im Klassenkampf. Dies war die Haltung der Gruppe „De Arbeidersraad“, die aus der KAPN und der GIK hervorgegangen war. Aber die Gründe für diese Haltung waren ganz unterschiedliche. Aus der Sicht „De Arbeidersraad“ - er hatte während des Leipziger Prozesses behauptet, dass Van der Lubbe Mitglied der KAPN war - kam es mehr darauf an, die Person Van der Lubbes zu verwerfen, als eine klassische Position der marxistischen Bewegung zu verteidigen: *„dass die Triebkraft der Arbeiterrevolution niemals der individuelle Terrorismus oder der Putschismus war, sondern die von der Krise des Kapitalismus selbst hervorgebrachte Situation“* (1). Aber indem sie andererseits stark die Tatsache hervorhob, dass *„niemand je zuvor von Van der Lubbe gehört hatte*“, und gleichzeitig seine Handlung eine „konterrevolutionäre Wirkung haben könnte“, verweigerte sie offensichtlich jede grundlegende Solidarität gegenüber ihm als ein Opfer der Repression.

Diese unklare Haltung war eine Ankündigung für eine spätere politische Entwicklung, die einige ihrer Mitglieder zum Trotzkismus und schließlich zur kommunistischen Partei treiben ließ (2).

Die Haltung der GIK war viel eindeutiger. Während man einerseits Solidarität mit Van der Lubbe als dem Opfer der Nazis und des Stalinismus bekundete, unterstrich man, dass der junge holländische Arbeiter mit „Sicherheit den Tod durch eine solche Handlung gesucht hatte“, aber dass „niemand das Recht hat, ihm das vorzuwerfen“ (3). Nachdem diese Solidarität deutlich zum Ausdruck gebracht worden war, erinnerte die GIK an die Position der Deutschen Kommunistischen Linken in den 20er Jahren:
„Die Aufgabe einer wirklich revolutionären Gruppe kann nur darin bestehen, die Arbeiterklasse zu stärken, indem man eine klare Auffassung über die gesellschaftlichen Verhältnisse, die Organisations- und taktischen Fragen vertritt. Unsere Auffassung besteht nicht darin, die Massen in Bewegung zu setzen. Dies kann nur das Ergebnis der gesellschaftlichen Verhältnisse selbst sein. Unsere Aufgabe besteht nur darin, der in Bewegung geratenen Masse den richtigen Weg zu zeigen“ (Flugblatt der GIK, in „Spartacus“ Nr. 19, 9. März 1933).

In einem Artikel der PIC (4) versuchte Pannekoek auf einer grundsätzlicheren Ebene aufzuzeigen, dass jede persönliche Handlung, wie die Van der Lubbes nur das Klassenbewusstsein trüben könnte. Persönliche Handlungen „hätten nur einen Sinn als ein Teil einer Massenbewegung“. „In diesem Rahmen kann der größte Wagemut in den mutigsten persönlichen Handlungen zum Ausdruck kommen, während das klare Bewusstsein der Anderen diese Handlungen hin zum entsprechenden Ziel führt, um nicht die Früchte dieser Handlungen zu verlieren“ (ebenda). Losgelöst von der Massenaktion schwächt jede einzelne Handlung die Bourgeoisie überhaupt nicht, sondern verstärkt nur deren Position. Dies war im Reichstagsbrand der Fall*:*
"Die Bourgeoisie ist nicht im Geringsten durch den Reichstagsbrand erschüttert worden. Ihre Herrschaft wurde keinesfalls geschwächt. Für die Regierung war dies im Gegenteil eine Gelegenheit, ihren Terror gegen die Arbeiterbewegung zu verschärfen“ (PIC, Nr. 7, März 1933).

Auf der ideologischen Ebene hatte solch eine Handlung überhaupt keinen Sinn; weder dem Wahlzirkus noch der bürgerlichen Demokratie zog sie den Boden unter den Füssen weg. Die demokratischen Illusionen mögen immer einen anderen Weg einschlagen, z.B. durch die Aufhebung des „Wahlrechts“, dann wird von der „demokratischen Bourgeoisie“ die Verschleierung der „Herstellung der wirklichen Demokratie vorgeschoben“. Geschichtlich gesehen haben einzelne terroristische Handlungen keine, den Klassenkampf mobilisierende Wirkungen. Einzelne terroristische Handlungen gehören als solche der Geschichte an, nämlich der bürgerlichen Romantik des 19. Jahrhunderts, als einige Führer meinten, „passive Massen durch eine Funkenwirkung der sozialen Explosion in Bewegung setzen zu können. Im Gegenteil, die proletarische Revolution kann nicht mit der Explosion eines Pulverfasses verglichen werden“
Terroristische Aktionen trüben nur das Bewusstsein der Arbeiter, sie drängen die Arbeiter in die Passivität. Die Aktivität der Massen wird durch individuelle Aktionen ersetzt*. Deswegen sind ihre Auswirkungen ausschließlich negativ:*
"Selbst wenn solch eine Handlung tatsächlich die Bourgeoisie treffen und schwächen würde, bestünde die einzige Folge für die Arbeiterklasse darin, dass die Arbeiter die Auffassung entwickelten, nur solche einzelne persönliche Handlungen könnten sie befreien... Dies würde sie von der selbständigen Aktion als Klasse wegleiten“(ebenda).

Deshalb musste die proletarische Bewegung alle terroristischen Handlungsformen verwerfen, die nichts anderes waren als Überreste des Nihilismus aus dem Ende des 19. Jahrhunderts. So zeigten die GIK und Pannekoek deutlich auf, dass die Zukunft der revolutionären Bewegung nur in der Massenaktion zu finden war. Diese Auffassung wurde von einigen Teilen der rätekommunistischen Bewegung in den Niederlanden nicht immer verstanden (1). Aber die GIK konnte die Periode der Konterrevolution nach 1933 mit einer klaren Orientierung einschätzen.

Nach Febr. 1933 übernahm die GIK praktisch die Führung der internationalen rätekommunistischen Bewegung. Die deutschen Gruppen waren in den Untergrund gedrängt worden und sie übertrugen der GIK die internationale Zeitung „Proletarier“ in Amsterdam als einen Ausdruck der ganzen Bewegung herauszubringen. Allerdings erschien nur eine Nummer. Dem „Proletarier“ folgte von 1934 bis 1937 die theoretische Zeitschrift „Rätekorrespondenz“, auch wieder auf Deutsch.

In den 30er Jahren war sie eines der wenigen Organe - wie BILAN von der Italienischen Linke und INTERNATIONAL COUNCIL CORRESPONDENCE in den USA - ,die versuchten, eine Bilanz der langen Nacht der Konterrevolution zu ziehen, die über die gesamte Arbeiter- und revolutionäre Bewegung hereingebrochen war.

* Der besseren Lesbarkeit willen haben wir in dieser Form der Veröffentlichung die Fußnoten weggelassen. Im Text haben wir jedoch die Originalfußnotenbezeichnung belassen, um ein Auffinden der Quellen zu erleichtern. Die Nummern beziehen sich auf die Originalausgabe in Französisch.